

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 24. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gemeinschaftliche Erzei-
gnisse und Beschlüsse der Reichs-
und Provinzialparlamente 10 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das fertige
Bogen 20 Pfg. (zulässig 2 fertige
Bogen), jedes weitere Bogen 10 Pfg.
Stellenangebote und Schloßstellenan-
gebote das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
Eingehende Nummer 6 Pfg. Sonntags-
nummer mit Illustration 6 Pfg. Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnementspreis: 1.10 Mk. pro Monat.
Eingehende in die Post-Zeitungs-
Preisklasse. Unter-Ausschluss für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Montag, den 25. Mai: Flugblattverbreitung

in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Pichtenberg, Panfow-
Niederschönhausen und Weißensee.

Volkstrug gegen Junkertrug.

Wenn es nach den Absichten und Wünschen des neuen
Polizeiministers v. Loebell und der Mehrheitsparteien der
Junkerammer geht, dann können noch Jahre vergehen, bis
die Regierung eine neue Wahlrechtsvorlage einbringt. Und
die Wahlreform, die dann das Geldparlament unter
Führung der Herren v. Hennebrand und Herold und unter
eifriger Assistenz der Herren v. Heddy und Fuhrmann zu-
sammenbrauen wird, wird ein abscheuliches Subelgeschöck sein,
die blutigste Verhöhnung der Wahlrechtsforderungen der en-
rechteten Volksmassen.

So wird es kommen, wenn die rechtslosen und
mischoteten Drittklassigen sich nicht inzwischen energisch
rühren und den herrschenden Klassen mit dem Janufpfehl
zu versichern geben, daß sich das Volk heutzutage denn
doch nicht mehr alles gefallen läßt!

Das organisierte Proletariat Preußens nimmt den
Fehlhandelschuh, den ihm der neue Minister des
Innern, der Reformminister für die Wahlreform, mit so
verächtlicher Gedärde hingeworfen hat. In Groß-
Berlin speziell sammeln sich am Dienstag in zahlreichen
Versammlungen die Wahlrechtskämpfer, um den ersten
Protest gegen die empörende Rechtsverhöhnung ein-
zulegen. Denn in der Tat: welche ungeheuerliche Heraus-
forderung lag in der Erklärung des Herrn v. Loebell, daß er
nicht einmal daran denke, die Einführung des geheimen und
direkten Wahlrechts anzustreben, und daß ihm überhaupt
nichts ferner liege, als die Geduldsprobe für die vielen
Millionen der Entrechteten abzuliegen!

Das wagte der neue Schildträger der echtpreussischen
Männer der großen Mehrheit der Wähler Preußens zu bieten,
des größten deutschen Bundesstaates! Das wagte er dem
verkräftigten Volke Preußens zu bieten, das weiß, daß es in
Deutschland nicht ein größeres Staatsgebilde gibt, in dem
ein auch nur annähernd so elendes Wahlrecht wie in Preußen
existiert. Höchstens Braunschweig kam in diesem Punkte
allenfalls mit Preußen konkurrieren; aber Bayern, Württem-
berg, Baden und selbst das reaktionäre Musterland Sachsen
besitzen ein viel moderneres Wahlrecht als der größte Bundes-
staat, der sich die Führung im Reiche annahmt. Sogar den
Elsaß-Lothringern, den allerjüngsten Reichsangehörigen hat
man für ihren Landtag das Reichstagswahlrecht eingeräumt.
Aber diese Elsaß-Lothringer sind auch von ihrer früheren
Zugehörigkeit zu Frankreich her in bezug auf demo-
kratische und Kulturansprüche verwöhnt, ihnen glaubte
man deshalb entgegenkommen zu müssen — aber den
preussischen Proletariern und Kleinbürgern glaubt man einen
derartigen Elavenjimm und solche Hundedemut eingebläut
zu haben, daß man sie als die Stiefkinder behandeln kann!

Freilich weigert man dem preussischen Volke auch noch
aus einem anderen Grunde jene Rechte, die ihre Brüder in
den anderen deutschen Staaten längst besitzen. Man weiß,
daß Preußen das letzte und festeste Bollwerk aller volksfein-
lichen Truppolitik im Reiche ist, und dies Jwing-Mri will
man nicht preisgeben. Aber gerade darum muß die
Zwingburg so lange bezant werden, bis sie kapituliert!

Denn wo bleiben alle verfassungsmäßigen und gesetzlichen
Rechte des Volkes, besonders aber des Proletariats, so lange
die Preußen für die große Mehrheit der deutschen Reichs-
angehörigen auf administrativem Wege oder durch seine
preussischen Zustutzorgane einfach estamotieren lassen kann?
Was nützt es, wenn im Reichstage alle Anschläge auf das
Koalitionsrecht abgeschlagen werden, sich aber einfach der
preussische Polizeiminister herausnehmen kann, durch An-
weisungen an seine Polizeibehörden das Streikpostenstreben
unmöglich zu machen! Was nützt es, wenn die Reichsbehörden
eine „lokale“ Auslegung des Reichsbereinsgesetzes zulassen,
die preussischen Behörden aber auf solche Versprechungen einfach
die proletarische Jugendbewegung niederbehen und die
freien Gewerkschaften durch eine den reaktionären Herrschafts-
interessen willfährige Justiz für politisch erklären lassen?!

Ohne Niederzierung, Modernisierung und Demokrati-
sierung Preußens geht es im Reiche keinen Schritt mehr
vorwärts. Die Babern-Affäre schmähligen Angebens hat
das nur zu drastisch bewiesen. Wo sich eine freie Regierung
geltend macht, da fährt die Faust preussischer Junker und der
Säbel der preussischen Soldateska dazwischen.

Und von wem gehen die wildesten Kriegstreiberereien, die
abenteurerlichen Rüstungshegereien aus? Von Preußen und
seinen aktiven und abgehalfterten Generalen. Und wer leistet

den wildesten Widerstand, wenn für die wahnwitzigen Aus-
gaben für den Militarismus auch die besitzenden Klassen
herangezogen werden sollen? Preußen und die preussischen
Junker. Wie haben die Heubehrand und Konsorten gezetert
über den Beitragsbeitrag, wie haben sie feinetwegen gegen den
Reichstag gewütet, wie haben sie die Regierung bestimmt, ja
nicht wieder dem Reichstag das Portemonnaie der Besitzenden
auszuliefern!

Sie haben ihre Gründe für ihre wilde Gegnerschaft gegen
jede ernsthaftere Wahlreform, diese Herren von Ar und Halm
und Salot und Grube. Zwar hat der Beitragsbeitrag und der
den Steuermögleren gewährte Generalpardon Milliarden und
Abermilliarden verheimlichter Vermögen und unzählige
Millionen der Besteuerung entzogener Einkommen ans Tages-
licht gezogen, zwar hat sich dadurch gezeigt, daß die Reichstums-
anhäufung der besitzenden, von der Ausbeutung der rechtslosen
Klassen glänzend lebenden Klassen noch viel üppiger und
märchenhafter ist, als man bisher annahm — aber gerade
diese grausame Entlastung des kapitalistischen Systems ver-
ursacht den maßlosen Ingrimm der Ausbeuter und Steuer-
drückberger!

Sie wollen eben nicht einkreidend von ihrem Ueber-
fluß Steuern, nicht einmal für den Militarismus, der doch nur
ihren Zwecken dienen und letzten Endes eine polizeiliche Re-
servetruppe gegen die unbotmäßige Arbeiterklasse sein soll.
Sie wollen ihre alten Privilegien erhalten, worunter das
Privileg der relativen Steuerfreiheit nicht das geringste ist.
Dabei auch der heilige Esfer, mit dem die Junker die Ein-
führung sachkundiger und unabhängiger Steuerkommissionen für
das Land ablehnten!

Sie wollen selbst so wenig als möglich Steuern zahlen,
die Junker — aber auch die Schlotbarone. Sie wollen die
direkten Steuern so niedrig als möglich halten, aber dafür die
breiten nichtbesitzenden Schichten des Volkes durch Bucherzölle
und Liebesgaben nach Herzenslust ausbeuten! Die Agrarier
haben ja gerade in den verflochtenen Monaten im Landtag
ihre Programm energisch entwickelt: sie wollen möglichst hohe
Fischzölle, Kartoffelzölle, Gemüsezölle, Obstzölle, Milchzölle
neben all den anderen Lebensmittelzöllen!

Mit einem Wort: Die Junker und ihre Mitregierenden
in Preußen wollen nach wie vor unumschränkt herrschen und
sich in ihrem diktatorischen Regiment von den beherrschten
Massen nicht dreinreden lassen. Sie wollen ihre Privilegien
behaupten, sie wollen ihre durch die Tradition geheiligten An-
sprüche auf die Futtertrippe des Staates nicht preisgeben.
Sie wollen auch ferner das Monopol auf die Landratsstellen,
auf die Ministerposten, die Posten der Regierungen und Ober-
präsidenten behalten — kurz auf alle ausschlaggebenden Stellen
und alle Eneuren des Staates.

Und es ist keinerlei Aussicht, daß sich die bürgerlichen
Parteien der Rechte des in die dritte Klasse der absolut Ein-
flußlosen verwiesenen arbeitenden Volkes annähmen. Die
Haltung der Parteien am letzten Montag mußte ja auch dem
Gutgläubigsten die Binde von den Augen reifen.

Herr Friedberg sprach für die Nationalliberalen, aber er legte
sich viel mehr für Bewilligung der Freifahrtarten für die Ab-
geordneten ins Zeug, als für eine Wahlreform. Ja, er
empfohl der Regierung eine baldige „gemäßigte“ Wahlreform
damit, weil sie sonst leicht mehr gewähren müsse, als gut sei!
Ebenso kennzeichnend war die Haltung des Zentrum-
redners Herold. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts
gab er völlig preis, dagegen trat er für eine Wahlreform im
Interesse des „Mittelstandes“ ein — eine Schwankung, die
die Zentrumspresse eifrig mitmachte.

Also dem Mittelstand will man allenfalls einige Rechte
einräumen, aber die Mehrheit des Volkes, die Arbeiter, sollen
in der alten niederträchtigen Rechtslosigkeit verbleiben!

Eine Handvoll Junker beansprucht das Recht, die erste
führende Rolle in Preußen zu spielen. Eine Handvoll Gro-
kapitalisten erhebt nächst den Straufjunkern den nachdrück-
lichsten Anspruch darauf, auf die Gesegebung des größten deut-
schen Bundesstaates einen maßgebenden Einfluß auszuüben!

Aber der Kern und die Masse des Volkes, die Arbeiter-
klasse, soll recht und einflußlos, soll ein Spielball der Lannen
der Ausbeuterklassen bleiben!

Arbeiter, Wahlrechtskämpfer, geht in den Massenversam-
lungen am Dienstag die passende Antwort auf solch uner-
hörten Hohn!

Die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung beginnt!

Die sozialistische Einigung in England.

London, 24. Mai. (Privattelegramm des „Vor-
wärts“.) Im Anschluß an die Feier der Fabischen Gesellschaft
hat sich die Mehrheit der Mitglieder der British Socialist
Party durch ein Referendum für die sozialistische Einigung und
für den Anschluß der Partei an die Arbeiterpartei ausgesprochen.
Der offizielle Anschluß an die Arbeiterpartei sowie die Bildung des
gemeinschaftlichen sozialistischen Rats wird nach der am 20. Juni
stattfindenden Vorstandssitzung erfolgen, so daß wir noch in diesem
Sommer in Großbritannien eine geeinigte, wenn auch noch nicht
verschmolzene sozialistische Partei haben werden. Die Indepen-
dent Labour Party und die Fabische Gesellschaft
haben sich bekanntlich schon früher für den unter den Auspizien des
Internationalen Bureaus gemachten Einigungsvorschlag ausgesprochen,
der jetzt ausgeführt wird.

Hehler und Stehler!

Die Verteidiger der Korruption, die durch die Affären der
v. Lindenau und Dr. Ludwig ans Tageslicht gefördert
worden ist, fangen es so töricht wie nur möglich an, um den Skandal
zu vertuschen. In der ersten Bestürzung waren sie noch viel
klüger als jetzt, wo sie sich die Geschichte überlegt haben und ver-
suchen, den Schaden nicht zu bessern, sondern zu vertuschen. Da-
mals, in der ersten Ueberraschung, forderten sie schleunigste Klar-
legung der schmähligen Affären — heute benutzen sie schon die
Möglichkeit Ausschlag, um die Korruption zu verkleinern oder
ganz zu verhehlen.

Ein Akt der lächerlichsten Vertuschung war der Vorstoß im
preussischen Abgeordnetenshaus. Der freikonservative Abgeordnete
Bieder richtete an den Kultusminister die bestellte Anfrage, ob
das Kultusministerium wirklich Professorentitel verlaufe. Natürlich
erklärte prompt der Kultusminister, daß das nicht der Fall wäre;
der famose Herr v. Lindenau sei nur einmal vor Jahren im
Kultusministerium gewesen, um einem Protege einen Titel zu
verschaffen. Das Gesuch sei jedoch abgelehnt worden.

Diese Erklärung des Kultusministers bedeutete schon an und
für sich nichts. Denn kein Beamtlicher ist wohl so naiv gewesen,
anzunehmen, daß der Herr Divisionsgeneral von Lindenau bei
seinen Titel-Verleihungsgeschäften einfach ins Kultus-
ministerium gestiegen sei, um dort kategorisch zu fordern:
Ihr müßt meinen Klienten den Professortitel verleihen, denn ich
habe mir dafür 20—30 000 Emden blechen lassen! So plump
sangen es Lebensschadener doch nicht an. Sie haben ander-
weitige, einflußreichere Begünstigungs- und
Beeinflussungsmethoden, um zum Ziele zu gelangen.
Und wenn die Staatsanwaltschaft wirklich ein Interesse daran hat,
härteres über diese Methode zu erfahren, so mag sie nur An-
klage gegen Liebkecht und den „Vorwärts“ er-
heben!

Welches Gewicht man aber auf diese ganz beiläufige
Erklärung des Kultusministers legte, auf die zu erwideren
man nachher durch brutale Schlußmaderie unserer Genossen Lieb-
kecht schmähligerweise verbinde, beweist die „Kreuz-Zei-
tung“, die unter der sensationellen Ueberschrift: „Der an-
geblich käufliche Professorentitel“ einen langen Spech über
diese abgeforderte Komödie verzapft und so tut, als sei nun Lieb-
kecht mit seinen Enthüllungen widerlegt!

Man ist wirklich zu unvorsichtig. Wer wirklich die Korruption
hast und bekämpft, der darf doch nicht so töricht auf die Ent-
hüllung dieser Korruption loschlagen und jedes lächer-
liche Mittel benutzen, um das dokumentarisch und un-
widerleglich bewiesene Vorhandensein der Korruption
abzuleugnen! Das aber tut die „Kreuz-Zeitung“, das füh-
rende Organ der Konservativen!

Mehr noch freilich blamiert sich die „Deutsche Tages-
zeitung“, das offizielle Organ des Bundes der Landwirte, das
pomphast einen Brief des so schwer blamierten Dr. Ludwig
veröffentlicht, um die neueste Enthüllung des Herrn Liebkecht
zu entkräften.

Dabei muß das Organ des Herrn Dertel zugeben, daß Herr
Dr. Ludwig die Behauptungen Liebkechts nur bekräftigte,
daß er nur ein „Eingeständnis“ seiner Schuld ablegte.
Trotzdem bietet die „Deutsche Tageszeitung“ alle Kräfte ihrer
agrarischen Rabulistik auf, um aus dem jämmerlichen Schuld-
bekenntnis des zweiten Geschäftsführers des Reichs-
verbandes zu folgern, daß hier doch nur ein Haß des Titel-
schaders vorliege und daß dieser eine Versuch zudem mißglückt
sei. Er ist mißglückt — aber doch nur, weil der betreffende
Reflektant die von Herrn Ludwig geforderten 40 000 Mark nicht
bezahlen wollte!

Formiert die Sturmkolonnen zum Wahlrechtskampfe!

Außerdem aber sind nicht einmal die „Berliner Reußen Nachrichten“ so unvorsichtig, wie das Organ des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Dertel. Sie versehen die Erklärung, daß Dr. Ludwig über den Titelshocher selbst gar nichts wisse und daß er nur so naiv gewesen sei, die ihm (an höherer Stelle) gegebenen Auskünfte „nach dem Stenogramm wörtlich wiederzugeben“ mit einem Frage- und Ausrufzeichen. Dies Scharfmacherorgan begreift also, daß der famosere Titelshocher mit seinen Ausreden die eigentlich Schuldigen mehr belastet als entlastet!

Aber das Organ des Bundes der Landwirte scheint sich nicht die schändliche Korruption durch die lächerlichsten Ausflüchte zu beschönigen. Was Geistes Kind der Dr. Ludwig selbst ist und wie ausgebreitet der von ihm betriebene Titelshocher (bei dem er allerdings nur der Untervermittler war, die eigentlichen Vermittler waren viel höher gestellte Personen) war, beweisen weitere Enthüllungen.

Dahinmüß die einträgliche und hochpatriotische Titelshocherei des Hauptgeschäftsführers des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie seine einmalige Entgleisung ist, Herr Dr. Ludwig auch nicht als das Opfer eines grundsätzlichen Verführers zu bemitleiden ist, wie das von einigen staatsberhaltenden Blättern vermutet wurde, geht aus einer weiteren Korrespondenz hervor, die denselben Herrn zum Verfasser hat und die nun der Breslauer „Volkswacht“ auf den Tisch geschlagen ist. Der erste Brief lautet:

„Dr. Franz Ludwig.

Berlin, den 7. April 1912.
W. 57, Mansteinstr. 1.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wenn Sie ernsthaft den bewußten Titel anstreben, so werden Sie sich darüber klar sein, daß hierzu größere finanzielle Anforderungen erfüllt werden müssen. Es handelt sich um ein absolut reelles Zug-um-Zug-Geschäft. Der geforderte Betrag wird bei einem Notar deponiert mit der Bestimmung, daß er an dem Tage verfällt, an dem Sie den bestimmten Gegenwert offiziell in Empfang nehmen. Im Falle des Nichtgelingens steht der Betrag unverzüglich zu Ihrer Verfügung, so daß Sie absolut kein Risiko eingehen. Irgendwelche Vorläufe werden nicht erhoben. Diskretion gegenwärtig selbstverständlich. Zutroterst müßten Sie sich entschließen, Ihre Personalien anzugeben.

Ihren diesbezüglichen Mittellungen sehe ich entgegen und zeichne

Hochachtungsvoll

Dr. Ludwig.

Im zweiten Briefe wird Herr Ludwig schon deutlicher:

„Dr. Franz Ludwig.

Berlin, den 20. April 1912.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Gestatten Sie zunächst noch die Anfrage, ob Sie approbierter deutscher Zahnarzt sind. Ist dies nicht der Fall, ist die Erlangung des Hofzahnarzttitels, der vielleicht sonst mit 8-10000 M. zu lancieren wäre, etwas teurer. Auf jeden Fall aber bitte ich, meinen Briefwechsel zu vernichten und mir Ihre Entschliebung baldmöglichst zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll

Dr. Ludwig.

Man sieht also, es ist ein Engros-Geschäft, das Herr Ludwig mit Professoren- und Hofarzttiteln trieb. Ein sehr einträgliches Geschäft wahrscheinlich, denn zwei Professoren und zwei Hofärzte bringen schon das runde Stümchen von 100000 M. Da kann man schon über die Unmoral und Sittenlosigkeit der Sozialdemokratie herzziehen. Das Geschäft rentiert sich. Der Reichsverband, der sonst über jede Unrichtigkeit ein großes Geschrei erhebt, ist bis jetzt m a u s h e n s i l l geblieben.

Auch die „Kreuz-Ztg.“ und „Deutsche Tages-Ztg.“ hätten also besser getan, sich niemals für die Bindenan, Ludwig und die ganze Sippe des Titelshochers ins Zeug zu legen.

Wenn man nun aus dem Hebereiser der Verteidigung auf engere Beziehungen zu den Ludwig, Bindenan und Konsortien schließt, so tragen die führenden Organe der Konservativen und Agrarier selbst die Schuld daran.

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, 21. Mai. (Fig. Ber.)

Belgien wählt alle zwei Jahre in Teilwahlen, in denen die Hälfte der Kammer erneuert wird. An diesem Sonntag stehen zur Wahl die Provinzen Hennegau, Lüttich, Ostflandern und Limburg. Und zwar sind für die 15 Wahlbezirke der vier Provinzen 88 Mandate zu besetzen. Davon hatten bis jetzt inne: die Katholiken 43 Sitze, die Sozialisten 25 und die Liberalen 19 Sitze. Ein Mandat war im Besitze des christlichen Demokraten Daens, der aber immer mit der Opposition stimmt. — Die Regierung erhielt in den vier Provinzen bei den letzten Wahlen von 1912: 592 021 Stimmen, die Daensisten 17 603, die Sozialisten 169 030, das liberal-sozialistische Kartell 387 123 und die Liberalen 120 398 Stimmen. — Zwei der Provinzen — Hennegau und Lüttich — sind wallonisch, Ostflandern und der Limburg flämisch. In den flämischen Provinzen mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung hat die Regierung natürlich eine bessere Position als in den aufgeklärteren wallonischen Landesteilen.

Die beiden wallonischen Provinzen zählten 18 Regierungsabgeordnete und 35 oppositionelle; die beiden flämischen Provinzen 26 Regierungsabgeordnete und 9 oppositionelle.

Von auch im Ausland bekannten Sozialisten stehen diesmal zur Wahl Ansele (Gent), Destree (Charleroi), Demblon (Lüttich), der bekannte Literaturprofessor und Shakespeareforscher. Im Wahlkreis Huy-Baremme kandidiert wieder Wauers, der Chefredakteur unseres Brüsseler Parteiblattes „Le Peuple“, dessen Mandat bei den letzten Wahlen verloren ging. — Von den Liberalen steht als bekanntester der kürzlich geadelte greise Führer, Staatsminister Boesse, zur Wahl, eine der jedenfalls charakteristischsten Persönlichkeiten des belgischen Parlamentarismus, der unstreitig einflussreichste Parteichef, zugleich einer der fanatischsten, borniertesten und rücksichtslosesten Bekämpfer der Sozialdemokratie.

Die Wahlen finden in allen Lagern eine von den fieberhaften Wahlen von 1912 wesentlich abweichende Stimmung vor. Im Gegensatz zu jenen, an die nicht wenige die Hoffnung auf eine Umwälzung des Regimes knüpften, fehlt den diesmaligen Wahlen die Spannung und Leidenschaft eines Entscheidungskampfes. Aber wenn auch nach der Festigung, die die Wahlen von 1912 der liberalen Majorität brachten, eine wesentliche Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis der Parteien voraussichtlich nicht zu erwarten ist, so kommt den Wahlen gleichwohl keine geringe politische Bedeutung zu. Sie bilden eine Abrechnung der Parteien untereinander, die sich in weit klareren Verhältnissen vollziehen wird wie bei

den letzten Wahlen. Die Wahlen von 1912 waren bekanntlich „Kartellwahlen“, die Liberale und Sozialisten zu einem gemeinsamen und — wie man hoffte — erfolgreichen Ansturm gegen den politischen Merkantilismus zusammenführen sollte. Das Resultat ist noch in Erinnerung: die Flucht der gemäßigten und flottierenden Elemente des Liberalismus in den Regierungskartellismus, der nicht ermangelte, über die begonnenen alsbald segnend seine Hände zu breiten; denn dank ihnen lehrte Herr von Broqueville statt besiegt mit einer gestärkten Majorität von 16 Stimmen gegen die frühere Schwäche von 6 Stimmen ins Parlament zurück. Diese Erfahrungen haben das eine Gute mit sich geführt, daß sie wieder den Prinzipien und Interessen auch im Wahlkampf klaren Ausdruck gestatten, in dem es sich, für den Sozialismus wenigstens, nicht nur um ein politisches Programm, sondern auch, und nicht zum geringsten, um die Sichtbarmachung seiner Prinzipien und Ideale handelt. Eine Reihe von Wählerveranlassungen, in denen es zwischen Sozialisten und Liberalen zu heftigen Auseinandersetzungen, ja Tumulten kam, hat die Gegensätze der beiden Parteien in aller Schärfe zutage treten lassen, und die Reden stunden, haben wie drüber, des einseitigen Kartellschwimmers entkleidet im rauhen Gewande der Massenopposition vor dem Wähler.

Das Aufgeben der Kartellpolitik hat natürlich der Schärfe des Wahlkampfes, sofern er sich gegen den Merkantilismus und die liberale Majorität richtet, keinerlei Abbruch getan — nicht im sozialistischen und kaum im liberalen Lager.

Die politische Wirksamkeit des Merkantilismus in den letzten zwei Jahren hat der Opposition allerdings für ihren Kampf kein unerhebliches Material geliefert.

Im Juni werden es dreißig Jahre, seit der Merkantilismus die politische Macht in Händen hat. Die liberale „Durchdringung“ des Landes hat aber besonders in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, und das eben vom Senat angenommene Schulgesetz ist einer der ersichtlichen Gipfelpunkte. Die liberalen Machthaber haben in diesen dreißig Jahren ihre ganze Politik ausschließlich auf die Festigung der liberalen Ideen und die Unterstützung der Einrichtungen der Kirche eingerichtet.

Man darf hoffen, daß ungeachtet jener, die den Merkantilismus von eh und je bekämpften, auch unter der Masse der Kleingültigen, der Mittläufer oder der Unentschiedenen nach all den neuen Erfahrungen am Sonntag eine erhebliche Anzahl gegen den Merkantilismus stimmen wird, denn immer sichtbarere keine anderen Verdienste zugerechnet werden können, als daß er die Herrschaft der Kirche befestigt, Millionen von Steuergeldern verschleudert, die öffentliche Schuld ins Riesenhafte erhöht und in jedem Betracht an dem nationalen Wohl Verrat übt. Am Sonntag wird aber nicht schlecht hin „gegen den Merkantilismus“ allein gestimmt werden. Mehr als je und mit immer klarerem Bewußtsein werden am Wahltag Tausende und Tausende für den Sozialismus stimmen, damit bekundend, daß sie nicht nur für die Freiheiten und Rechte von heute, sondern für die großen allgemeinen Völkerideale der Zukunft streiten.

Politische Uebersicht.

Das Ende der Etatsberatung.

Das eine muß man den Mehrheitsparteien des preussischen Abgeordnetenhauses lassen, konsequent sind die Herren, konsequent wenigstens dann, wenn es sich darum handelt, mit ihrer Macht den rücksichtslosesten Mißbrauch zu treiben. Dem System der Wortabschneider sind sie bis zum letzten Augenblick treu geblieben. Gals über Kopf haben sie der Debatte über den Auktubetat, den letzten der noch zu erledigenden Etats, ein Ende bereitet. Nicht etwa, weil es an Zeit zur Beratung fehlte, sondern aus einem ganz anderen Grunde. Der Minister hatte auf Anfrage eines konservativen Abgeordneten die Erklärung abgegeben, daß in Preußen niemals Titelshocher gerieben wird, er hatte den Eindruck hervorgerufen, als ob die Enthüllungen Liebknechts im „Vorwärts“ keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben und daß sich vor Gericht alles als falsch erweisen würde. Natürlich war das bestellte Arbeit. Aber der saubere Plan hätte leicht vereitelt werden können, wenn Liebknecht selbst zu Worte gekommen wäre.

Zum Entsetzen der Dunkelmänner aber stand unser Genosse ziemlich weit vorn in der Rednerliste. Die Mehrheit mußte also von zwei Uebeln das kleinste wählen: entweder sie ließ der Debatte freien Lauf, und dann wäre Liebknecht zu Worte gekommen, oder sie machte Schluss und schritt damit ihren eigenen Freunden das Wort ab. Sie wählte den letzteren Ausweg. Daß dadurch das Haus um den „Genuss“ kam, die sattem bekannten Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen in vollen Zügen zu gehen, tut nichts zur Sache. Wichtiger ist die Rundtötung unseres Genossen. Aber auf die Dauer wird den Herren das auch nichts nützen; verhindert man uns, von der Tribüne des Landtags zu reden, so gibt es glücklicherweise ja noch andere Stellen, die uns die Reaktion nicht versperren kann.

Vorher hatte Ad. Hoffmann sich des längeren über den in Preußen geübten Gewissenszwang und den Kampf gegen die Jugendbewegung verbreitet und energisch die Trennung von Kirche und Schule gefordert.

Die Gesamtannahme des Etats erfolgte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Auch einige Konservative blieben sitzen, aber wohl nur aus Versehen. Die fortwährende Unterstützung von Schlussanträgen hatte sie so angestrengt, daß sie fest eingeschlafen waren.

Montag: Besoldungsvorlage.

Eine lächerliche Annahme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt in ihrem Wochenrückblick:

Die letzte Sitzung des Reichstages ist von der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Kundgebung gegen das Oberhaupt des Reiches ausgenutzt worden, über die man nicht mit einem Scherzenden hinweggehen kann. Es handelt sich hier um mehr als um schlechte Monieren. Es liegt eine wohlüberlegte Demonstration der monarchiefeindlichen Gesinnungen der Sozialdemokratie vor, deren regelmäßige Wiederholung zu erwarten wäre, wenn der Reichstag nicht die Mittel finden sollte, in seinem Hause dem Kaiserthum, mit dem zugleich er selbst geboren ist, die gebührende Achtung zu sichern. Den bürgerlichen Parteien des Reichstages stellt sich hiermit für die nächste Session eine Aufgabe, die sie, wie wir hoffen, mit fester Hand in Angriff nehmen werden.

Wir stimmen mit dem Kanzlerblatt schon darin überein, daß die Haltung unserer Fraktion keine Frage um Manieren, sondern eine der politischen Ueberzeugung ist, und haben nichts dagegen, wenn sie eine Demonstration genannt wird. Aber eine Redlichkeit der Regierung ist es, sich in eine innere Angelegenheit des Reichstages mischen zu wollen. Das könnte der Regierung so passen, das geringe Maß politischer Meinungsfreiheit im Reichstag noch weiter beschränken zu wollen und Abgeordneten des deutschen Volkes den Zwang aufzuerlegen, ohne ihre Ueberzeugung an monarchischen Kundgebungen teilzunehmen. Wenn sich die Herren durch die Nichtbeteiligung unserer Vertreter an ihren politischen Kundgebungen verlegt fühlen, so sollen sie diese eben unterlassen. Und wenn schon am Schluß der Session ein Ruf ausgebracht werden soll, so könnte es einer sein, der auch auf die Empfindungen der stärksten deutschen Partei Rücksicht nimmt. Will also der Reichstag eine Aenderung treffen, so möge er seinen Präsidenten mit dem Rufe schließen lassen: Es lebe das deutsche Volk!

Die Kera der Verfolgungen.

Die politischen Verfolgungen häufen sich, und selbst politische Schriftsteller, die nicht der Sozialdemokratie angehören, sind vor dem Staatsanwalt nicht mehr sicher. Zu den Kronprinzen-Beleidigungen kommen immer öfter Beleidigungsanklagen, die der Kriegsminister v. Falkenhayn veranlaßt. So fand gestern in der Wohnung des Schriftstellers Ulrich Kauscher in Berlin eine Hausdurchsuchung statt. Drei Kriminalbeamte beschlagnahmten einige Exemplare des „März“, in dem Kauscher einen Artikel über die „Asernerierung der Jugend“ geschrieben hatte. Kauscher kritisierte darin scharf die Vergiftung der Jugend mit dem Geist des Militarismus. Deshalb soll gegen ihn und den „März“ wegen Beleidigung Anklage erhoben werden. Es beweist dies auch, wie empfindlich die Regierenden gegen jede Kritik ihrer „Jugendertüchtigung“ sind.

Bund der Industriellen und Zolltarif.

Die deutsche Fertigungsindustrie hat sich eine Organisation in dem Bund der Industriellen geschaffen, der in scharfem Gegensatz zu dem Zentralverband deutscher Industrieller steht. Dieser Bund hat kürzlich in Erfurt zu den künftigen Handelsverträgen Stellung genommen und dabei folgende Leitätze aufgestellt:

1. Irgendwelche Minimal- und Maximalsätze sind weder für landwirtschaftliche noch für industrielle Erzeugnisse neu einzuführen. Schon die bisherigen Mindestverträge bedeuten eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft und erschweren wesentlich die Erlangung von ausländischen Zugehändnissen zugunsten der Industrie.

2. Eine Erhöhung der heute geltenden Zollsätze für Getreide und Lebensmittel ist ebenso abzulehnen wie die Einführung neuer Zollsätze auf bisher zollfreie Lebensmittel. Wenn für die Erlangung günstiger Handelsverträge oder für die Abänderung von Zollmaßnahmen des Auslandes deutscherseits Kompensationen erforderlich sind, so muß gleichmäßige Behandlung für Landwirtschaft und Industrie eintreten.

Wichtig ist an die im Zentralverband organisierte Schwerindustrie das Erfahren gerichtet worden, sich mit diesen Leitätzen einverstanden zu erklären, um gemeinsam gegen die Zoll- und handelspolitischen Ansprüche des Bundes der Landwirte Front machen zu können. Der Bund der Industriellen scheint bei seiner Beschlußfassung ganz übersehen zu haben, daß der Zentralverband deutscher Industrieller gemeinsam mit dem Bund der Landwirte das persönliche Kartell der schaffenden Arbeit gegründet hat, das direkt auf Zollserhöhungen hinarbeitet. Wie die Masse des Volkes der Kartellern als Konsumenten gegenübersteht, so auch die deutsche Fertigungsindustrie der Schwerindustrie als Verbraucher. Die Fertigungsindustrie ist dadurch schwer benachteiligt.

Ueber Politik darf in Ostpreußen nicht gesprochen werden.

In Splittter, einem Borort Tilsits, sollte am Himmelfahrtstage eine öffentliche politische Volksversammlung im Garten eines Restaurants stattfinden, da der Saal kürzlich abgebrannt ist. Doch der Amtsvorsteher verzogte die Genehmigung zum Abhalten der Versammlung, und zwar sandte er an den Einberufer, Genossen Wolff-Tilsit, folgenden Bescheid:

„Die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung unter freiem Himmel am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 21. Mai 1914, bei Herrn Koslin in Splittter muß aus folgenden Gründen versagt werden.

In Splittter und Schillgallen ist noch eine große ländliche Bevölkerung von parteireligiösem Sinn vorhanden, welche den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie durchaus abgeneigt ist. Diese Bevölkerung würde es als eine Herausforderung betrachten, wenn eine sozialdemokratische Versammlung am Himmelfahrtstag, einem hohen christlichen Feiertag, abgehalten werden sollte. Es liegt daher die Befürchtung vor, daß die Versammlung Gelegenheits zu Meinungen und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann.“

„geg. Gombert.“ Dieser Bescheid ist selbstverständlich ungeschicklich, da der Amtsvorsteher nicht eine Tatsache für seine Vermutungen anführen kann. Doch es kommt noch besser. Genosse Wolff hielt in der Schankstube des Lokals eine Mitgliederversammlung ab und öffnete der Hitze wegen die Fenster. Hierauf trat Bachmeister Heidemann hinzu und sagte: über Finanzreform dürfe nicht gesprochen werden, überhaupt dürfe über kein politisches Thema geredet werden. Wolff wies darauf hin, daß an der Tür sich ein Schild mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ befände; worauf er kurze Zeit unbeschäftigt blieb. Bald aber wurde er wieder von dem Gendarmen unterbrochen, der ihm sagte: „Wenn Sie in dem Tone weiter über Politik reden, löse ich die Versammlung auf.“ Und als Genosse Wolff fragte, ob der Gendarm auch in einer Mitgliederversammlung nicht über Politik reden lasse, antwortete der Beamte schließlich: „Nein!“ Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Es waren nicht weniger als sieben Gendarmen aufgeboden! Natürlich wird Beschwerde eingelegt.

Sozialdemokraten im Schulvorstand überflüssig?

Der Landrat des Saalkreises (Umgebung von Halle a. S.), ein Herr mit dem hochfeudalen Namen v. Krosigk, wagt ängstlich besorgt darüber, daß in den seiner Gewalt unterstehenden Orten nicht etwa Sozialdemokraten in Schulvorständen tätig sind. Seitdem einmal das Juristische sich ereignet hat, daß so ein Sozi doch bestatigt wurde und dessen nachträgliche Befestigung von dem Amte einige Mühe kostete, übt man ein scharferes Kontrollverfahren aus.

Aber in einer Reihe von Arbeitergemeinden waren trotz alledem in diesem Frühjahr wieder Sozialdemokraten mit in die Schulvorstände gewählt worden, und zwar in allen Fällen durch einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretungen mit bürgerlichen Mehrheiten! Doch keiner von ihnen erhielt die landrätliche Bestätigung. Aus den bekannten Grün-

Den: „Schule ist Staatseinrichtung, Sozialdemokraten sind Staatsfeinde“. Und so weiter.

In dem kleinen Orte Böllberg blieb die Gemeindevertretung standhaft und wählte neben zwei Bürgerlichen den abgelehnten Sozialdemokraten Vogel bei der vom Landrat angeordneten Neuwahl wiederum in den Schulvorstand. Unter der Begründung, daß es im Dorfe keinen Menschen gebe, der größeres Interesse für alle Schulangelegenheiten befunde habe wie der Sozialdemokrat, und weil man von niemandem unter der Gemeindegürgern eine stärkere Förderung des Schulwesens erwarten könne, als von dem Sozialdemokraten.

Jetzt ist vom Landrat die Nachricht eingelaufen, daß die Befähigung Vogels auch nach der neuen Wahl versagt wird. Und weiter hieß es in dem Schreiben, eine dritte Wahl sei nicht nötig, weil die kleine Dorfgemeinde an zwei Schulvorstandsmitgliedern genug habe!

Ein merkwürdiges Verfahren, den Sozialdemokraten an der Ausübung eines bürgerlichen Vertrauensamtes zu hindern. Nicht gerade genial, aber auch nicht ungeschickt, jedenfalls aber weniger tapfer als die von preussischen Landräten sonst beliebte offene Proklamation von der Rechtlosigkeit der sozialdemokratischen Staatsbürger. Hat man vielleicht gar in den Landratsstuben die aufreizende Wirkung dieser brutalen Unterdrückungspolitik empfunden?

Zentrumsperfide in Baden und Großblodminister v. Bodmann.

Bekanntlich war einer der Gründe, die für das Großblodabkommen in Baden ins Feld geführt wurden; Wenn es gelänge, für die Großblodparteien eine Zweidrittel-Mehrheit in der Zweiten Kammer zu schaffen, es auch gelingen müßte, den Proporz für die Landtagswahlen einzuführen und damit künftige Wahlen abkommen unnötig zu machen. Um den agitatorischen Wert dieser Argumentation abzuschwächen, behauptete das Zentrum, daß es prinzipiell auch für den Landtagsproporz sei, aber mit Rücksicht auf den Widerpruch der Regierung und der Ersten Kammer vorläufig den Proporz nur für die Städte als Abschlagszahlung annehmen werde. Jetzt aber, nun die Wahlkämpfe geschlagen, erklärte der Zentrumsobergeordnete Schöfer — einer der wüthendsten Dämonen unter den katholischen Geistlichen —, daß seine Partei jetzt gegen den allgemeinen Proporz überhaupt sei, denn man könne ihr nicht zumuten, eine Wahrung zum Schaden der eigenen Partei zu unterstützen. Angefähr an demselben Standpunkt stellte sich die Regierung.

Der „Großblod“-Minister v. Bodmann erklärte offenherzig: Vom Proporz würde in erster Linie die Sozialdemokratie den Vorteil haben und das sei ein ausschlaggebender Grund für die Regierung, sich seiner Einführung kraftvoll zu widersetzen! Man könne einer Regierung unmöglich zumuten, Wahnwahrheiten zu unterstützen, die der Umsturzpartei zum Vorteil gereichen würden.

Nun, auch diese Stellungnahme trägt wie die des Kultusministers v. Böhme zur Klärung der politischen Situation bei. Und das ist gut so und ist in Baden nicht unnötig.

Die Vorgänge in Albanien.

Wien, 23. Mai. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Durazzo: 300 Aufständische haben in der 20 Kilometer nördlich von Durazzo liegenden Stadt Kawaja die türkische Fahne aufgesteckt.

Aus Tirana wird berichtet: Ein Teil der Familie Topxani in Tirana umgibt. In Sukh, nördlich von Schial, gab es schwere Kämpfe mit den Aufständischen. Heute gingen nach Schial und Tirana 300 Freiwillige, 4 Maschinengewehre und 2 Geschütze unter Leitung eines holländischen Offiziers ab, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

Gegen den Zarismus.

In den letzten Tagen hat in Paris ein allgemeiner georgischer Kongreß stattgefunden, an dem Vertreter aller Klassen Georgiens teilnahmen. Er beschäftigte sich mit der Gewaltpolitik, die der Zarismus gegen das georgische Volk betreibt und die in der letzten Zeit einen besonders brutalen, unmenslichen Charakter angenommen hat. Der Kongreß beschloß ein Protestmanifest, das nach der Darstellung der blutigen Unterwerfung des Landes fortsetzt:

Nachdem die russische Regierung das georgische Volk durch ungeheuerliche Steuern zugrunde gerichtet und dieses christliche Volk in eine Lage gebracht hat, wo die Empörung nach Recht wird, trönt sie ihre Politik der Unterdrückung und Russifizierung durch die Veröffentlichung eines Entwurfs, der auf folgendes hinausläuft: die Enteignung von 20000 georgischen Bauern, die völlige Verhinderung von mehr als zehn Dörfern und die Errichtung eines militärischen Kommandospostens an deren Stelle. Und auf diese Art würden Massen georgischen Volkes ihres Lebens beraubt und ohne Existenzmittel gelassen werden.

Die in Paris versammelten Vertreter des georgischen Volkes protestieren mit aller Macht gegen diese unglaubliche Barbarei der russischen Regierung, die mit allen Mitteln ein Volk gänzlich zu vernichten sucht, das 15 Jahrhunderte lang das Christentum gegen die wilden Horden des Nordens verteidigt und Rußland selbst den Weg nach Byzanz und Rom gezeigt hat. (?)

Sie bitten die Menschen von Herz und Gewissen um ihre Sympathie und um ihre Unterstützung, um der Aktion derjenigen beizutreten, die Georgien blühend und frei von fremdem Joch sehen wollen und die überall und vor aller Welt ausprechen werden, daß die russische Regierung das schrecklichste Verbrechen an der Menschheit begehen will.

Dänemark.

Die Wahlreform.

Kopenhagen, 22. Mai. Die Linke, die radikale Linke und die Sozialdemokraten, die die Mehrheit in beiden Kammern bilden, haben sich in Verbindung mit der Verfassungsvorlage, über welche bereits zwischen ihnen eine Einigung erzielt wurde, über die Wahlgesetzentwürfe geeinigt. Daher wird die Verfassungsvorlage wahrscheinlich binnen kurzem vom Reichstag angenommen werden.

Schweden.

Die Militärvorlage.

Stockholm, 23. Mai. Dem Reichstage ist heute die Reformvorlage über die Reform der Landesverteidigung zugegangen. Danach wird die Wehrpflicht die Zeit vom 20. bis zum 42. Lebensjahre umfassen, während sie nach dem gegenwärtig geltenden Gesetz vom 21. bis zum 40. Lebensjahre besteht. Die Hebungszeit der Infanterie wird auf 340 Tage festgesetzt. Die Kriegsbereitschaft wird verstärkt und Reserveabteilungen werden in großer Ausdehnung organisiert. Die Flotte wird 8 Panzerschiffe vom Typ des Panzerschiffes Sverige und 16 Torpedobootzerstörer bestehen. In Fernland wird ein Stützpunkt für die Küstenverteidigung des nördlichen Schwedens errichtet. Die Gesamtausgaben werden auf 63 Millionen Kronen für die Verteidigung zu Lande und auf 20 Milli-

onen Kronen für die Verteidigung zur See geschätzt. In diesem Jahre sollen 55 Millionen Kronen bzw. 30 Millionen Kronen gefordert werden. Es ist eine einmalige Wehrsteuer auf große Vermögen in Aussicht genommen, die circa 75 Millionen Kronen einbringen soll.

Rußland.

Die auswärtige Politik.

Petersburg, 23. Mai. Die Reichsduma begann heute die Beratung des Budgets des Ministeriums des auswärtigen Ministeriums konstituierte, daß nach den heftigen Erschütterungen im Orient eine ruhigere Periode begonnen habe. Man spüre keine Spannung mehr, die begründeten Besorgnissen Raum geben würde, obwohl manche Dinge noch zu ordnen blieben. Die zutragende Solidarität der Mächte der Tripartente habe beträchtlich zur glücklichen Lösung der Krise beigetragen. In Erinnerung daran, daß die Uebereinstimmung der politischen Richtung eine wesentliche Bedingung für die Festigkeit und die Fruchtbarkeit des Bündnisses bilde, hielten sich die Regierungen von Rußland und Frankreich in ständiger Fühlung zur Erörterung aller sie interessierenden Fragen. Die festen Bande gegenseitiger Freundschaft zwischen Frankreich und England und andererseits zwischen England und Rußland hätten eine Erweiterung dieses Kontaktes und die Teilnahme Großbritanniens an den Beratungen geschaltet, was der Sache des Friedens in einem ersten Augenblick einen wirklichen Dienst geleistet habe. Das habe Rußland und Frankreich bestimmt, ihre Vertreter in London zu beauftragen, gemeinsam mit dem englischen Minister des auswärtigen eine Reihe von Fragen zu erörtern, die sich auf die endgültige Lösung der jüngsten Verwickelungen bezogen.

Der Minister stellte jedoch fest, daß die russische Diplomatie sich bemühe, Beziehungen traditioneller Freundschaft mit Deutschland zu unterhalten. Diese alte Freundschaft und der Wunsch beider Regierungen sie zu erhalten, hätten neuerdings dazu beigetragen, gewisse Zwischenfälle beizulegen, welche die guten Beziehungen zu beeinträchtigen zu drohen schienen. Leider fanden die Bemühungen der Regierungen in dieser Richtung nicht immer die Unterstützung der Presse beider Länder, trotz der Gefahren, die in der Erregung solcher begründeten Alarms lägen. Der Minister sprach den nachdrücklichen Wunsch aus, daß die unnütze Polemik der deutschen und russischen Blätter aufhören möchte, indem er sie zu einer ruhigeren Erörterung der Fragen der gegenseitigen Beziehungen einlad, zumal angesichts des bevorstehenden Abschlußes eines neuen Handelsvertrages, der nur unter der Bedingung Friede bringen könne, daß er den gerechten Forderungen der vertragspflichtigen Teile angepaßt sei. (Beifall rechts.)

Aus der Partei.

Totalität der Partei.

In Osnabrück starb am Freitag der Genosse Zigarrenarbeiter Wilhelm Wenig im 66. Lebensjahre. In einem Anfall von Schwerkopf hat er selbst Hand an sich gelegt. Wenig hat schon unter dem Sozialistengesetz seinen Mann in der Partei gestanden, im Jahre 1884 wurde er in Hamburg wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und dann später ausgewiesen. Er wandte sich nach Osnabrück, wo er die ganzen Jahre im Bordertreffen der Partei und Gewerkschaftsbewegung gestanden hat, bis ihn sein hohes Alter zwang, von seinem Posten zurückzutreten. Aber bis zum letzten Atemzuge ist er der proletarischen Bewegung treu geblieben. Die Parteigenossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Kongreß der serbischen Sozialdemokratie.

Vor einigen Tagen fand in Belgrad der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Serbiens statt. Es war der erste Kongreß nach dem Kriege. 128 Delegierte, davon drei aus den neuen Provinzen, nahmen daran teil.

Der Kongreß, einer der wichtigsten, den unsere serbische Bruderpartei abgehalten hat, zeigte, daß die sozialdemokratische Partei in allen Gegenden, wo sich Arbeiter befinden, vorgebrungen ist, daß sich die politischen Organisationen in bemerkenswerter Weise entwickelt haben und daß sie tapfere und entschlossene Genossen in ihren Reihen zählten.

Die Eröffnungssprache des Kongresses hielt der Parteisekretär Genosse Dr. Laptschewitsch, einer der ältesten Genossen, der seinerzeit zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und infolge der allgemeinen Amnestie kürzlich befreit worden ist. Den Kongreß leitete als Vorsitzender Genosse Kaschawitsch, der nach einer kurzen Ansprache das Wort den Delegierten der Bruderparteien übergab. Es waren die Parteien aus Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und die kroatische und tschechische Partei vertreten. Besonders beachtenswert war die Anwesenheit des Generalsekretärs der bulgarischen Sozialdemokratie, dem Genossen Salasow. Er führte aus: „Unsere Soldaten und die Eurigen lebten lange Zeit wie Brüder. Aber die Intrigen der Diplomaten, der Imperialismus und der Despotismus unserer Dynastien haben sie in einen brudermörderischen Krieg gekehrt.“ Im Verlauf seiner Rede entwarf er ein Bild der politischen Lage auf dem Balkan. Niemals und nirgendwo seien die Bedingungen für die Errichtung einer föderierten Republik auf dem Balkan günstiger gewesen als gegenwärtig. Bulgarien hat in den beiden Kriegen 100000 Menschen verloren und eine Milliarde Schulden gewonnen. Ueberall herrscht der Hunger und das Elend. Eine tiefe Unzufriedenheit durchdringt das Volk. Sie hat ihren Ausdruck bei den letzten Wahlen gefunden, welche 37 sozialdemokratische Delegierte in das bulgarische Parlament brachten.

Der Kongreß nahm alsdann die Berichte des Parteisekretärs und des Kassierers entgegen. Es folgten Referate über das allgemeine Wahlrecht zum serbischen Parlamente, über den Militarismus und andere. Entsprechende Resolutionen fanden Annahme. Darunter ist eine Resolution über die Lage, die durch die Kriege auf dem Balkan geschaffen worden ist. Der Kongreß verlangt die Einführung der Selbstverwaltung in den von Serbien eroberten Provinzen, die politische Gleichheit der Bewohner dieser Provinzen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Nationalität; die Abschaffung des Neubulsthemas, soweit es noch in Kraft ist. Grund und Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten. Der Kongreß hat außerdem einen Aufruf an das serbische Proletariat sowohl wie an das Proletariat der anderen Balkanstaaten erlassen, alle Kraft daran zu setzen, um einen engen Zusammenhalt der Balkanvölker herbeizuführen, damit so der Errichtung einer föderierten Republik aller Balkanstaaten vorgegearbeitet werde.

Nach dem Kongreß fand eine große Demonstration für die Annäherung Bulgariens und Serbiens statt. Diese Demonstration sowie der ganze Kongreß haben bewiesen, daß die Sozialdemokratie die fürstbare Zeit der politischen Verwickelungen gut überstanden hat, und daß sie allein imstande ist, die Balkanfrage, die durch die Diplomaten der großen militärischen Mächte immer unheilvoller verwirrt wird, zu lösen.

Dollzeitliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigte Berliner Polizei.

Vor der Lübecker Strafkammer hatte sich am Freitag Genosse Stellung als verantwortlicher Redakteur des „Lübecker Volksboten“ wegen angeblicher Beleidigung der Berliner Polizei zu verantworten. Am 4. März erschien in unserem Lübecker Parteiorgan ein Artikel, der sich an die Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterfrauen wandte und sie zur Werbung für die Partei in der roten Woche aufforderte. Es wurde darin auch hin-

gewiesen auf die Gefahren, die dem Koalitionsrecht der Arbeiter drohen und im Anschluß daran gesagt:

„Arbeiter! Denkt an die kreischenden Totschläger, denkt an die Hingegardie, an den Mörder Keiling, der im Auftrage der Berliner Polizei und des Arbeitgeberverbandes „arbeitend“, den Maschinenmeister Solinger erschoss.“

In diesem Satz erwiderte der Berliner Polizeipräsident von Jagow, dem ein „patriotischer“ Denunziant eine Nummer des „Lübecker Volksboten“ überliefert hatte, eine schwere Beleidigung der Berliner Polizei und stellte gegen den Genossen Stellung. Ein Antrag, Daraufhin erhob die Staatsanwaltschaft, die vorher in dem Artikel sühlig nichts Beleidigendes entdeckt hatte, Anklage. In der Verhandlung hob Genosse Stellung hervor, daß es ihm gar nicht in den Sinn gekommen sei, zu behaupten — wie die Staatsanwaltschaft es tut — daß der Keiling im Auftrage der Berliner Polizei den Buchhändler Solinger erschossen habe, sondern daß er nur hervorheben wolle, daß dieser Totschläger vorher für die Berliner Polizei und für den Arbeitgeberverband tätig war, wie auch aus dem vom „Volksboten“ veröffentlichten Bericht über die Verhandlung gegen Keiling hervorgehe. Der Beleidiger, Genosse Wolfgang Heine-Berlin, stellte den Antrag, den Keiling als Zeugen zu vernachlässigen; er solle bezeugen, daß er bis zu seiner Abreise nach Leipzig in Berlin von der Polizei als Agent und Sigilant, namentlich zur Ueberwachung von Streikenden bei Arbeitskämpfen verwendet worden ist, und daß er auf Grund dessen die Erlaubnis zum Waffen tragen erhalten hat, obgleich der Berliner Polizei seine Vorkrafen bekannt waren. Ferner, daß er gleichzeitig im Dienste des Arbeitgeberverbandes als Streikbrechervermittler stand und für jeden vermittelten Streikbrecher 20 M. erhalten habe. Auch solle er über seine Vorkrafen aussagen. Der Staatsanwalt unterstellte alles, was in dem Antrag von Keiling gesagt wird, als wahr, ebenso das Bericht. Das Gericht verurteilte dennoch Genossen Stellung zu 300 M. Geldstrafe, weil es der Meinung war, daß ein unbefangener Leser aus dem inkriminierten Satz herauslesen müsse, die Berliner Polizei stände mit dem Mord Keilings in Verbindung. Als strafmildernd habe es angenommen, daß kein vernünftiger Mensch glauben könne, die Berliner Polizei habe die Mordtat angezettelt.

Sozialdemokrat — eine Beleidigung.

Vor dem Kölner Schöffengericht hatte sich im Offizialverfahren ein Bahnarbeiter aus Kall zu verantworten, weil er seinen Schwager, den Dillweidenkeller W., durch die Behauptung, dieser sei Mitglied des „sozialdemokratischen“ Eisenbahnerverbandes beleidigt haben soll. Der als Zeuge vernommene Dillweidenkeller bezeugte, er sei von seinem Vorgesetzten zur Rede gestellt worden und man habe ihm gesagt, wenn er das nicht anzeige, müsse angenommen werden, daß die Behauptung wahr sei. Es sei unklar, daß er je in einer solchen Versammlung gewesen sei; jeder, der die Besuche, werde entlassen. Das Gericht nahm an, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht sei, und daß der Angeklagte den Zeugen habe beleidigen wollen. Er erhielt eine Geldstrafe von 10 M.

Der badische Landesparteitag wird am 20. und 21. Juni in Freiburg stattfinden.

Letzte Nachrichten.

Ausperrung der schlesischen Glasarbeiter.

Görlitz, 23. Mai. Die der „Neue Görlitzer Anzeiger“ meldet, wurde in einer gestern in Koblfurt abgehaltenen Versammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Glasfabriken beschlossen, sämtliche Arbeiter auszulagern, nachdem seitens der Organisation die Forderung gestellt wurde, die Arbeitszeit auf neun Stunden zu verkürzen. Von der Ausperrung werden betroffen die Glasfabriken von Borsig, Koblfurt, Kolben, Wiesa, Hartmannsdorf und Nieschen. Heute, Sonnabend, wurde den Arbeitern die Kündigung zum 6. Juni mitgeteilt. Es kommen ungefähr 3000 Arbeiter in Frage. In Koblfurt stehen bereits 450 Arbeiter im Streik.

Folgeschweres Gewitter im Hamburger Gebiet.

Hamburg, 23. Mai. Eine heute nachmittags gegen 4 Uhr plötzlich einsetzende stürmische Nordweststürme, verbunden mit Gewitter, bot im Hafen, in der Stadt und in den Vororten großen Schaden angerichtet. Im Kohlenhafen sind verschiedene Dampfer von den Vertauungen losgerissen und ins Treiben gebracht worden. Eine Biermaifark, die ebenfalls von den Vertauungen losgerissen worden war, rih einen eisernen Kran um. Der Mastspinn des Krans wurde zerlegt. Auch in anderen Häfen sind Dampfer und kleinere Schiffe losgerissen worden. Mit Hilfe von Schleppern konnten sie jedoch wieder zu den Liegeplätzen gebracht werden. Bei Neumühlen hat der Sturm einen großen eisernen Schornstein, bei den Elektrizitätswerken an der Unterelbe ein zum Abtragen eines Schornsteins bestimmtes Gerüst, auf dem sich 5 Arbeiter befanden, umgerissen. Die Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 80 Metern herab und wurden sämtlich schwer verletzt. Drei von ihnen sind ihren Verletzungen bereits erlegen. In den Vororten wüthete der Sturm mit besonderer Heftigkeit. In einigen Straßen wurden die Alleebäume reihenweise umgelegt und die Dächer teilweise abgedeckt. Die Straßenbahnen außerhalb der Stadt konnten zeitweise nicht fahren, da der haushoch aufgewirbelte Sand die Führer am Sehen verhinderte. Auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel sind die Flugzeuge der Militärverwaltung und der Zivilflieger zum größten Teile zerstört worden. Auch mehrere Flugzeuge wurden beschädigt.

Schweres Unglück bei der Kieler Segelregatta.

Kiel, 23. Mai. (W. L. B.) Während der heutigen 3. Verbandstourfahrt des Kaiserlichen Yachtclubs brach in der Regatta der Kriegsschiffboote über der Kieler Förde ein furchtbares Unwetter los. Von den großen Yachten brachen „Meteor“, „Komet“ und „Cecilia“ die Großmasten ab. Von den Kriegsschiffbooten kenterten zwei Küster. Sämtliche Insassen fielen ins Wasser. Fünf Mann ertranken, und zwar von der 3. Kompanie der 1. Matrosenabteilung Obermaat Voeticher, der Matrose Strupke von der 6. Kompanie der 2. Matrosenabteilung, die Matrosen Rasmusen, Ohlsen und Kepsel. (Letzterer Name ist ungenau.) Außerdem sind vier Kriegsschiffkutter in der Nähe von Möltenort gestrandet, aber wieder abgeschleppt worden.

Die Explosion in Düren.

Düren, 23. Mai. Bis 5 Uhr nachmittags wurde noch ein Loter aufgefundener. 15 Perleze konnten entlassen werden, nachdem sie verbunden worden waren.

Ein Schuderer Akt der mexikanischen Regierung.

Mexiko, 23. Mai. Nach der Einnahme von Tepic sind über 200 Kriegsgefangene erschossen worden. Deutsches Leben und Eigentum ist bisher in Tepic unverletzt.

Ein neuer Suffragettenakt.

Edinburgh, 23. Mai. Eine Suffragette beschädigte mit einer Art in der königlich schottischen Akademie ein von Lavery gemaltes Porträt des Königs. Sie wurde verhaftet.

PFINGSTEN



Alpaca-Mantel
Der typische, luftige Sommer-Mantel mit schönem verzierten Schal, schöner Rosette und ebensolchem Spitzen-Kragen

12.—



Popeline - Paletot
ganz vorzügliche Ware, Kragen mit eingelegerter, passender Seiden-Verzierung, seidenbüchsenwirktem Schloß, m. angesetztem und glöckig fallenden Volant

18.75



Kurze Popelinejacke
beliebte, liebliche Form — sehr leicht — mit Taschen und schönem Stoffgürtel. Ferner mit Aufschlägen, besonders passend zu einem karierten Rock zu tragen. Also sehr praktisch.

9.75



Popeline-Paletot
Ein schönes und sehr klebbares Stück mit schönem buntem Schal, spitzer Kragen-Garnierung und reizender Rosette. — Besonders preiswert.

6.75



Einfarb. Kostüm
mit der beliebtesten, modernen Blusen-Fasson und passendem Seidenschal, in dem Stoffgürtel, tabelloz sitzen. Ganz vorzügliche reinwoll. Ware. Auf Seide.

15.75



Sehr elegantes, äußerst ansprechend, Sommer-Kleid, genau wie Zeichnung, nur

29.75

Wollen Sie Geld verdienen?

Sie können dies kaum leichter erreichen, als wenn Sie bei uns kaufen! — Jede Mark, die Sie bei uns anlegen, kauft Ihnen bedeutend mehr, als Sie dies sonst gewohnt waren. — All unsere Sachen repräsentieren einen grösseren Wert, als die billigen Preise, die wir dafür fordern.

Die Differenz ist Ihr Verdienst!

Königstrasse 33
am Bhf. Alexanderplatz
Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof

Sonntag, den 24. ds. bleiben unsere Geschäfte von 2 bis 6 Uhr geöffnet!

C & A
BRENNIKMEYER G.M.B.H.

Gewerkschaftliches.

Die gelbe Angestelltenbewegung kommt!

Vor sechs Jahren hielten die Kapitalgewaltigen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die Schöpfer der gelben Arbeiterbewegung Deutschlands, zu einem großen Schläge gegen die junge Angestelltenbewegung aus, der hauptsächlich den gewerkschaftlichen Bestrebungen der technisch-industriellen Beamten galt, durch den infolge der summarischen Beschlussfassung des Verbandes bayerischer Metallindustrieller über einige ganz harmlose Privatbeamtenvereine mit getroffen wurden. Sämtliche angeschlossenen Werke wurden angewiesen, in Zukunft keine Mitglieder der betreffenden Organisationen mehr zu beschäftigen, und durch eine Verständigung mit dem Zentralverband der Industriellen sollte dieses unerhörte Attentat auf die Koalitionsfreiheit noch auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Der Plan scheiterte dadurch, daß der „Geheimerlaß“, in dem der Bayerische Industriellenverband seine Mitglieder entsprechend instruierte, durch einen freundlichen Zufall an die Öffentlichkeit kam und wegen seiner brutalen Gesetzesverhöhnung selbst in der bürgerlichen Presse so lebhafteste Proteste auslöste, daß er bald darauf zurückgenommen werden mußte.

Diese offenbare Schlappe hat die Machthaber in Augsburg aber keineswegs zur Ruhe gebracht, sondern sie nur veranlaßt, neue Mittel und Wege zu suchen, um auf andere Weise zu ihrem Ziele zu kommen, der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung den Lebensfaden abzuschneiden. Dabei kam ihnen Herr Rudolf Lebius im rechten Augenblick zu Hilfe, der als Rechtsanwalt in den Syndikus der bayerischen Metallindustriellen, Rechtsanwalt König, und an den Profuristen Pfeifer der M. A. N. (den Leiter der Augsburger Gelben) die Anfrage richtete, wie es mit der Gründung einer gelben Arbeiterorganisation für Techniker und andere Privatbeamten wäre. Diese Anregung fiel auf fruchtbaren Boden und im Frühjahr 1909 wurde in Augsburg der erste gelbe Beamtenverein gegründet!

Das Augsburger Beispiel ist bei den übrigen Scharfmachern nicht unbeachtet geblieben. Konnte die Gründung selbständiger Beamtenvereine wegen der meist zu geringen Zahl der Angestellten auch nur selten durchgeführt werden, so sind doch die verschiedensten Versuche gemacht worden, die Angestellten zunächst den gelben Arbeitervereinen zuzuführen. Diese Bemühungen haben bisher aber auch nicht den erwarteten Erfolg gehabt und geben Veranlassung, daß vor Jahresfrist, gelegentlich des Zusammenschlusses der Arbeitgeberverbände, „strenger vertrauliche“ Beratungen darüber gepflogen wurden, wie man der fortschreitenden Ausbreitung unter den Privatbeamten am besten Einhalt gebieten könnte. Das Ergebnis war der Beschluß, bei sinkender Konjunktur den Kampf gegen die Organisationen auf der ganzen Linie aufzunehmen, und zwar sollte vornehmlich versucht werden, ihnen die Zwangsjacke der gelben Vereine anzuziehen.

Ist dieser Zeitpunkt jetzt gekommen? Am 18. Januar d. J. wurde in dem schon länger bestehenden „Verein der Kruppischen Beamten“ in Essen ein Vortrag gehalten über: „Die Interessenvertretung der gewerkschaftlichen Beamten auf wirtschaftsfriedlicher Grundlage“. Referent war Dr. Sperling-Bodum, ein im Industriegebiet als Organisator der Gelben bekannter Herr. Seine Ausführungen, die von der Tendenz getragen waren, die millionenschwere Firma Krupp als unüberwindlich und jede Kampfsorganisation als zwecklos hinzustellen, hatten den Erfolg, daß nunmehr die von Dr. Sperling begründeten „Richtlinien“ zum offiziellen Programm des Vereins erhoben worden sind. Von welcher Art diese Richtlinien sind, ergibt sich aus folgenden Sätzen:

Der V. A. B. hat den Zweck, seine Mitglieder in geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu heben. Er geht bei seiner Organisation und bei seiner Arbeit von der Tatsache aus, daß die Interessen der Unternehmer sowie der Beamten und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend sind. Als Organisationsform erscheint ihm deshalb

die Betriebsorganisation als die gegebene und die zweckmäßigste und als Arbeitsweise das friedliche Zusammenwirken mit dem Unternehmer.

Die Beiträge der Firma an seine Kasse sind gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft sowie die besonderen wirtschaftlichen Vorteile, die auch (1) der Firma durch die Wirksamkeit des V. A. B. erwachsen.

Der V. A. B. verwirft den Streik, da er für Beamte ungeeignet und zudem nicht in Einklang zu bringen ist mit dem besonderen Vertrauensverhältnis, in dem der Beamte in seinem Werke durch Übernahme einzelner Unternehmerfunktionen steht. Die streikgewerkschaftliche Methode verbittert die Angestellten zweifelsfrei, zerstört die Arbeitsfreude und verhindert von vornherein die friedliche Verständigung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

Der V. A. B. ist konfessionell streng neutral.

Der V. A. B. steht gemäß seinem grundsätzlichen Festhalten an der heutigen Staats- und Verfassungsordnung unbedingt auf nationalem Boden. Im übrigen (1) ist er parteipolitisch streng neutral. Bei den Wahlen empfiehlt er, in erster Linie für solche Kandidaten der bürgerlichen Parteien einzutreten, die dem Gedanken der wirtschaftsfriedlichen Interessenvertretung freundlich gegenüberstehen. Ein Eintreten zugunsten der Sozialdemokratie ist ausgeschlossen.

Die Bedeutung dieser Richtlinien liegt darin, daß in ihnen zum erstenmal der Versuch gemacht wird, der „Wirtschaftsfriedlichen“ Angestelltenbewegung eine programmatische Grundlage zu geben. Auf die Planmäßigkeit des Vorgehens deutet auch der letzte Leitsatz, in dem die Absicht ausgesprochen wird, mit gleichen Beamtenorganisationen auf anderen Werken zusammenzugehen. Danach soll zweifelsfrei die bisher ziemlich regellos betriebene Nüchternung von gelben Industriebeamten nunmehr in ganz bestimmte Bahnen gelenkt und durch planmäßige Zusammenführung aller jetzt noch zusammenhanglos arbeitenden Beamtenvereine eine einheitliche gelbe Angestelltenbewegung geschaffen werden.

Tatsächlich ist bereits vor einigen Wochen ein weiterer Versuch nach dieser Richtung gemacht worden. Auf den Krupp-Grusonwerken in Magdeburg wurde ganz plötzlich und mit verdächtiger Hast die Gründung eines Beamtenvereins in die Wege geleitet. Zu dem Zweck wurden die Angestellten von einem mysteriösen Beamtenauschuß ersucht, bis zum anderen Tage mittags (1) ihre Beitrittserklärung abzugeben. Als Zweck des Vereins wurde zunächst die Pflege der Geselligkeit und Kameradschaftlichkeit angegeben. Aber, so hieß es weiter: „Die Ausdehnung seiner Betätigung bleibe vorbehalten“. Genau wie in Essen, wo im Anfang auch alle möglichen geselligen Zwecke vorgeführt wurden, um zunächst das Mißtrauen einzuschläfern und auf bequeme Weise einen Stamm von Mitgliedern zu gewinnen.

Diese Methode verdient um so mehr Beachtung, als bekanntlich heute schon bei allen größeren Unternehmungen besondere Besorgnis, Theater- oder Sportvereine bestehen, in denen durch die Mitgliedschaft hochgestellter Direktoren und durch reichlich fließende Unterstüßungen der Ruhm der Firma organisiert und eine zweifelhafte Dankbarkeit bei den Angestellten hervorgerufen wird. Von diesem verkappten Seelenfang bis zur offenen Betätigung gelber Kampfmethoden ist nur ein sehr kleiner Schritt, der besonders in kritischen Zeiten leicht getan wird, und es wäre deshalb wohl angezeigt, daß diesen von „oben“ protegierten Vereinigungen seitens der Angestellten, namentlich soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, etwas mehr gesundes Mißtrauen entgegengebracht würde, denn von der Größe und Wachsamkeit dieses Mißtrauens wird es schließlich abhängen, in welchem Umfange das gelbe Gift von den Angestellten Besitz ergreifen wird.

Berlin und Umgegend.

Die „verunreinigte“ StraÙe.

Der polizeiliche Hebermeister im Dienste der beiden Großbäckereien Goldacker und Weidner zeitigt immer sonderbarere Blüten.

Kuh, muh, muh!
So macht die bunte Kuh.
Wir geben ihr das Futter,
Sie gibt uns Milch und Butter.
Kuh, muh, muh!
So macht die bunte Kuh.

Man mag über den poetischen Gehalt dieser sechs Verse nicht gerade sehr entzückt sein, tut nichts, wenn es den Kleinen nur Spaß macht. Aber etwas bedenklicher sind doch die Vorstellungen, die dieses Gedächtnis von dem Verhältnis eines berechnlichen Kindviehes zur fütternden Menschheit erweckt. Das wird so dargestellt, als sei es jener berühmte „freie Arbeitsvertrag“, den die meisten Kinder später einmal kennen lernen, wenn sie das erste Schulgedicht längst vergessen haben. „Wir geben ihr das Futter“ — als humane Arbeitgeber, die da wissen, daß eine gute Kuh ihres Mees wert ist. — „Sie gibt uns Milch und Butter“ — als getreuer Arbeiter, der weiß, daß man nicht umsonst „dem Tischen das Maul nicht zubindet, der da dröhnt“.

Damit pflanzt die Fabel die erste soziale Lüge ins Kinderherz. Eine harmlose, sicherlich, wenn sie allein stünde. Aber was die Fabel harmlos begann, das setzt das Lebewohl und besonders der Geschichtsunterricht sehr wenig harmlos fort. Wie zu allen Zeiten die regierenden Herren das Volk gleich der Kuh am Wastengel im Stall ihres Ausbeutungssystems festgebunden haben, um es lustig zu melken, das wird genau so gefühlswarm als ein Balken auf Gegenseitigkeit hingestellt, die der „Arbeitsvertrag“ mit der Kuh. Noch der Geschichtsunterricht, die die Schule lehrt, haben immer die Fürsten ihre Völker biszefüllert, nicht umgekehrt.

Für den aber, der Sinn für Symbolik besitzt, gleicht in gewissem Sinne der „freie“ Arbeitsvertrag wirklich dem Balken zwischen dem Menschen und der Kuh.

Was geschieht der Kuh, wenn sie keine Milch mehr gibt? Man zieht ihr das Fell über die Ohren!

Eine eigenartige Form der Fortpflanzung. Eine sehr merkwürdige Planarienart hat der amerikanische Zoologe Child in der Umgegend von Chicago beobachtet. Diese Gattung der „Strudelwürmer“, Planaria velata, entwickelt sich in einigen Wochen zu voller Reife. Die Würmer streifen mit Bier und wachsen außerordentlich rasch bis zu 12 oder 13 Millimeter, dann tritt ein ebenso rasches Altern ein; die Planarien verlieren ihren Hunger, ihre Farbe verichwächt und ihre Bewegungen werden langsamer und langsamer. In diesem Zustande vollzieht sich nun das seltene Phänomen der Fortpflanzung, das Child im langjährigen Studium bei diesen Würmern beobachtet hat. Die Planarie verliert zunächst ein kleines Stück vom hintersten Ende ihres Körpers, dann ein anderes, dann noch ein anderes und verringert sich so allmählich bis zur Hälfte, dann bis auf ein Drittel ihres Umfangs. Jedes

Von der Streikleitung waren eine Anzahl mit polizeilicher Erlaubnis zum Verteilen von Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen dergleichen Leute angenommen, die Flugblätter verteilten, in denen vom Streik bei Goldacker und Weidner Kenntnis gegeben wurde. Dieses Verteilen der Flugblätter hat es der Polizei besonders angefallen! Nicht nur, daß die Verbreiter derselben belästigt und sogar fesselt und widerrechtlich längere Zeit festgehalten wurden, sondern gegen einige Zettelverteiler wurden auch Strafbefehle erlassen mit so sonderbaren Begründungen, daß wir glauben, der Nachwelt diese Ausflüsse tiefgründiger Polizeimeisheit erhalten zu sollen. Der eine dieser Strafbefehle lautet:

Der Polizeipräsident. 96. Polizeirevier, Prachtstr. 70.

Sie haben am 16. Mai 1914 gegen 4.30 in der Koppentstraße vor dem Hause Nr. 75 dadurch groben Unfug begangen, daß Sie beim Verteilen von Druckschriften die Verkäuferin Mathilde Kuppe durch weithin hörbares Schimpfen belästigten. Durch Ihr Gebahren verursachten Sie einen Aufstand von ungefähr 20 Personen.

Dieses profitgefährdende Verbrechen soll mit 6 Mark geahndet werden. Wenn man nun schon der Meinung ist, daß die Polizei dazu da sei, das Publikum vor Belästigungen zu schützen (wenn auch Streikende von dem Schutz vor den „Siedemonstranten“ nie etwas gemerkt haben), so muß man beim Folgenden sich doch fragen: wie weit soll der Eifer der Polizei im Dienst der Unternehmer noch gehen?

Ein zweiter Strafbefehl lautet nämlich:

Der Polizeipräsident. 97. Polizeirevier, Greifenbagenstr. 17.

Sie haben am 16. Mai d. J. gegen 3 1/2 Uhr nachmittags in der Schönhauser Allee vor dem Häusern 71/71a Zettel mit der Aufschrift: Organisierte Streik in 2 Großbäckereien usw. verteilt, welche das Publikum sofort wegwarf und wodurch die StraÙe verunreinigt wurde. (1)

Der im Interesse der Reinlichkeit auf der öffentlichen StraÙe an Sie ergangene Aufforderung eines Aufsichtsbekanntem, das Zettel verteilen einzustellen, haben Sie keine Folge geleistet. Auf Grund der §§ 182, 183 der StraÙenordnung vom 31. 12. 09 wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von vier Mark, an deren Stelle, wenn Sie nicht feigzutreten ist, eine Haft von 2 Tagen tritt, hierdurch festgesetzt.

Ein anderer Zettelverteiler, der ebenfalls dadurch „die StraÙe verunreinigt“ haben sollte, daß er Zettel verteilte, die das Publikum wegwarf, erhielt 3 Mark Geldstrafe eventuell 1 Tag Haft!

Wir würden die Wirkung dieser Polizeimeisheit abschwächen, wollten wir dazu noch ein Wort sagen. Neugierig freilich sind wir, ob das Verbot diese Polizeiauffassung teilt! Nach dieser Logik der Polizei müßte in Zukunft das Verteilen von irgendwelchen Druckschriften, mögen dieselben nun Reklametzettel für Abzahlungsgehalte, Anpreisungen von Lokalen, Heilsamerwerbungsanstalten oder sonst etwas sein, überhaupt verboten werden. Denn alle diese Zettel werden doch, meist sogar ungelesen, weggeworfen und die StraÙe wird damit verunreinigt! Dergleichen tut die Polizei nicht. Warum also wurden die Zettelverteiler weggewiesen, welche die organisierten Arbeiter über die Tatsache aufklärten, daß die Arbeiter von Goldacker und Weidner (Firma Hanke u. Co.) im Streik stehen?

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Lokale sind wegen Differenzen gesperrt: Restaurant Vater Jählich (Jah. Jählich) in Grünheide, Strand-Restaurant Nihilshorn (Jah. K. K.) in Grünau, Hauptrestaurant Garbars 3 (Jah. Kamilla) in Treptow, Stechbierhalle am Paradiesgarten (Jah. Ganyberg) in Treptow, Restaurant Pferdebusch (Jah. Wolter) in Köpenick.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Berlin I.

Der Streik am Berliner Weidner ist beigelegt. Zur Beilegung der Differenzen haben Verhandlungen stattgefunden, die von Erfolg gekrönt waren. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Aussperrung in Charlottenburg.

Die Firma Verteilung, die für die Stadt Charlottenburg die Müllabfuhr besorgt, hat am Freitag sämtliche bei ihr beschäftigten Aufsicher und Verladearbeiter, 91 an der Zahl, ausgesperrt. Der Grund für die Aussperrung soll darin liegen, daß die Aufsicher sich weigerten, am Himmelfahrtstage Müll abzufahren. Seit dem Jahre 1910 ist dieses Verlangen niemals an die Arbeiter gestellt worden. Es lag diesmal kein besonderer Anlaß dafür vor, diese Arbeit am Himmelfahrtstage zu verlangen. Wahrscheinlich ist es

getrennte Stück rundet sich, sondert einen Schleim ab, der hart wird, und findet sich so bald in eine Art Schutzschale eingeschlossen. Diese kleinen Kugeln der Planarien bleiben so unverändert den Sommer und den Winter über, und erst im kommenden Frühjahr entwickeln sich daraus wieder kleine Würmer, die nun rasch wieder zu normalen Planarien werden. Der vordere Teil der alten Planarie stirbt, nachdem sich die hinteren Teile von ihr getrennt haben oder klappt sich auch ein. Child hat während der 13 Jahre seiner Beobachtungen keine andere Art der Fortpflanzung bei diesen Planarien festgestellt, sodah sie als die normale Form bei diesen merkwürdigen Tieren angesehen werden muß.

Wälder, die zu Papier werden. Mehr als eine halbe Milliarde Mark ist das Holz wert, das die Welt jährlich zur Erzeugung von Papier verwendet. Im laufenden Jahre werden rund 88 Millionen Hektometer gebraucht, und zwar 20 Millionen zur Erzeugung von Zellulosestoff, 13 Millionen für Holzschliff und die übrigen 55 Millionen zur Herstellung von Holz und Pappen. Unter den Erzeugungsstätten dieser gewaltigen Holzmassen stehen, wie die „Naturwissenschaften“ mitzuteilen wissen, die Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze, die etwa 1 1/2 Millionen Tonnen liefern. Es folgen in weitem Abstände Schweden mit 740 000 Tonnen, Deutschland mit 700 000 Tonnen, und dann wieder in großem Abstände Norwegen mit 280 000 Tonnen, Oesterreich-Ungarn mit 260 000 Tonnen und Kanada mit 210 000 Tonnen. Die Verursachung, daß die Abnahme der Wälder in absehbarer Zeit einen Mangel an Rohstoff nach sich ziehen werde, scheint unbegründet. (?) In Europa verwendet man zur Herstellung von Zellstoff fast nur Nadelhölzer, namentlich Fichte und Tanne, seltener einige Buchenarten und Pappelholz. 80 000 Quadratkilometer Waldfläche liefern gegenwärtig ihren Jahresertrag der Papierindustrie. Europa hat etwa 8,75 Millionen Quadratkilometer Landfläche, wovon etwa ein Viertel mit Wald bedeckt ist. Wenn später auch solche Hölzer, die heute noch nicht benutzt werden, für die Zellstoffherstellung herangezogen werden, wird der Holzbedarf wohl gedeckt werden können; allerdings ist eine Verschönerung der Zellstoffherstellung nach walddärteren Gegenden in der Zukunft wahrscheinlich. Schon jetzt wird der Rohstoff fast ausgenutzt. Wenn unter Druck von 6 Atmosphären bei Temperaturen von etwa 140 Grad die Rohstoffe aufgeschloffen werden, um unter möglicher Schonung der Zellulosefasern das Lignin abzuscheiden, werden aus dem Holze 60 bis 85 Proz. der vorhandenen Zellulose gewonnen. Mit Ausnahme sehr teurer „Spezialpapiere“ werden alle Papierarten aus Zellulose hergestellt.

Notizen.

Das neue pflanzenphysiologische Institut in Dahlem, das an die Stelle des alten Universitätsinstituts in der LortschestraÙe getreten ist, wurde am Freitag eingeweiht.

Kleines Feuilleton.

Die Kellere des Patriotismus. Man muß sich eigentlich wundern, daß das Geschäft noch so gut geht. Aber schließlich ist sich die deutsche Vaterlandsliebe W. m. S. D. sehr wohl bewußt, daß die Soche nur bei ausreichender Kellere gesucht, und daß die Berechnung für die Dynamik und das Militär nur dann genährt wird, wenn man Propaganda treibt wie jene Fabrik englischer Toilettenseifen: unermüdlich, überall, beharrlich und teuer.

Ein großer Teil unserer gesamten illustrierten Presse lebt von dieser Spezialindustrie der Witzmenschen. Innerhalb dieses Themas: der Kaiser. Der Kaiser beim ... der Kaiser in ... der Kaiser mit ... Und allemal hat er zwei Beine und sieht so aus, wie jeder gewöhnliche Mensch. Aber das allein macht's nicht. Da haben wir noch die sehr wichtigen Militäraufzüge, deren Stupidität innerhalb des Aspirationssystems photographiert wird, und die der brave Bürger nun ungehindert beglücken darf. Und da haben wir vor allem: den Niedrig und die Eleganz und die Feinheit und das vornehme Wesen. Ja bitte Sie — da ist eine Feingebild, und sie lächelt, und auf ihrem Schopf hat sie ein kleines Köbchen in Spigen. Der Feier sieht's und der patriotischen Brust entringt sich der Ausruf: so jung und schon ein Feingebild! Ja, kann denn so ein feines, entzückendes, pikaresques Wesen einer Nacht und einem System angehöben, das wir verabscheuen? „Es ist von jeher unter seinen Leuten üblich gewesen, die Personen des Kaiserhauses aus der Debatte zu lassen“; was aber nicht hindert, daß man mit den immerhin gut gewachsenen Menschen treiben geht und sie als Kellereplakate für politische Konstellationen ausbeutet. Getrich ist die Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig im Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Preußen etwas herzlich Gleichgültiges. Aber die Fäden, die da hin und da laufen, sind doch feiner als man denkt. So eine Photographie („Die Herzogin im Kreise ihrer Lieben“, Der Taufung“, „Der Oberhofpastor vor der Taufe“, „Der Oberhofpastor nach der Taufe“) strahlt eine Gloriole aus, die eine ganze Weile haften bleibt. Liebesvoll vertieft sich der Abonnent in diese kindlichen Bilderbogen und spürt jeder Falte seiner Fürsten nach; ob sie die im Gesicht oder an der Hofe werken, ist gleich.

Von den bunten Federbüscheln der Militärsoldaten bis zu den einfarbigen Illustrationen der Presse: es ist immer dasselbe. Der Patriotismus macht Kellere, und er muß ja am besten wissen, daß ers nötig hat.

Die Kuh als soziales Vorbild. Sobald unsere ABC-Schützen zusammenhängende Sätze zu lesen verstehen, führt man sie in die Poesie ein. Und zwar geschieht das auf allen deutschen Schulen gleichmäßig durch ein gemüßvolles Gedicht, das also lautet:

daher, daß die Firma sich des Tarifvertrags entledigen möchte, der zwischen ihr und dem Transportarbeiterverband besteht. Der Transportarbeiterverband hat sich schon verschiedentlich bemühen müssen, Differenzen, die während des Tarifvertrags zutage traten, beizulegen; vielfach wurde den Leuten mehr Arbeit zugemutet, als sonst üblich ist. — Die Firma hat jetzt aus ihrer Müllerwerkzeugfabrik in Seegefeld eine Anzahl Arbeiter nach Charlottenburg als Arbeitswillige dirigiert. Der Transportarbeiterverband bemühte sich sowohl bei der Direktion, wie auch bei dem Delegierten des Magistrats von Charlottenburg, Einigungsverhandlungen mit der Firma herbeizuführen. Die Direktion hat aber dem Vorstehenden des Einigungsamts auf Anfrage mitgeteilt, daß sie nicht bereit sei, sich dem Einigungsamt zu stellen. Sie will wahrscheinlich versuchen, mit den Streikbrechern, die zum großen Teil ältere Leute sind, die Arbeit zu bewerkstelligen. Bei der schweren Arbeit dürfte das kaum gelingen, zumal das angehäufte Rüll schon drei Tage auf den Höfen lagert.

Deutsches Reich.

Im Dünzauer Dachdeckerberuf ist es zum Ausstand gekommen. Die Unternehmer wollen, daß der Tarif im Baugewerbe auch für die Dachdecker und Hilfsarbeiter Geltung haben soll. Dagegen wandten sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit. Da ein letzter Versuch zur Einigung an dem ablehnenden Verhalten der Dachdeckermeister scheiterte, beschloß eine Versammlung der Dachdecker einstimmig, am Freitag die Arbeit einzustellen.

Zum Kampfe in der Solinger Waffenindustrie.

Die vom Oberbürgermeister Dickel vor einigen Tagen eingeleitete Verständigungsversuche sind an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer lehnen es ab, die bereits vor Ausbruch des Kampfes bestandenen Verträge, nach denen sie nur dann Arbeit nach auswärtig und zu tariflichen Preisen vergeben dürfen, wenn die Organisationen am Orte nicht genügend Arbeitskräfte vermitteln können, anzuerkennen. Die Waffenarbeiter beschloßen in ihrer letzten Versammlung einstimmig, den Kampf, der nun bereits 12 Wochen andauert, selbst dann weiter zu führen, wenn der Solinger Unternehmerverband zur Gesamtsperre schreiten sollte. Außer den fünf Arbeitswilligen, die schon bei Beginn des Kampfes vorhanden waren, haben sich bisher trotz aller Bemühungen der Fabrikanten keine weiteren Streikbrecher gefunden.

Brauerstreik in Cassel. In Cassel haben sämtliche Arbeiter der Brauereien Streik und Schloßhof die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist provoziert durch den Syndikus Dr. Schmidt-Vielefeld, den bekannten Schornsteiner, der im Auftrage der Casseler Brauereibesitzer die Lohnbewegung leitet. Beide Betriebe sind mit Hingegardisten besetzt. — In der Hertulesbrauerei sind ebenfalls 16 Hingegardisten in einem Zell, das auf dem Hof der Brauerei aufgeschlagen ist, untergebracht. Sie machen nach den dortigen Arbeitszeiten die Heberstunden, die die dortigen Brauereiarbeiter verweigerten. Es ist selbstverständlich, daß der Brauereiarbeiterverband den hängigen Arbeiter nicht zumutet, mit dieser Garde längere Zeit in nähere Berührung zu kommen; eine Arbeitsniederlegung ist auch in diesem Betriebe wahrscheinlich.

Sturz eines Verräters.

Bei der freien Schumacherorganisation in Regensburg war früher der Schumacher Kunk. Da dem sehr sorgfältig angelegten Herrn nicht alles nach Wunsch ging, trat er zu den Christlichen über, die ihn natürlich mit offenen Armen aufnahmen und als ein Opfer des „sozialdemokratischen Terrorismus“ vorzeigten. Kunk erbrachte den Verlässlichkeitsnachweis für einen christlichen Vertrauensposten durch eine fanatische Hege gegen den freien Verband und wurde auch bald mit einem Kassiererposten bei der Regensburger Zählstelle der christlichen Schumacherorganisation betraut. Dieser Tage ist er nun spurlos aus Regensburg verschwunden, wobei er es so eilig hatte, daß er es vergaß, das in seinen Händen befindliche Kassierermagazin abzuliefern; aber auch Gelder für eine Kriegervereinslotterie sollen sich noch in seiner Tasche befinden. Die Zentrumspresse, die mit frommen Augenverdrößen über jeden „roten Kassierermörder“ jektet, schweigt sich über diesen schwarzen Bruder vollständig aus.

6. Verbandstag der Steinarbeiter.

Dresden, 22. Mai.

Stichter Verhandlungstag.

Ueber den Punkt

Uner Tarifwesen

referierte heute in geschlossener Sitzung der Redakteur des Verbandsorgans Staudinger- Leipzig. Er verwies einleitend auf den gewaltigen Umschwung in der Steinindustrie, der immer größerer Verwendung von Kunststein und Beton, und betonte dann, daß im Tarifwesen der Steinarbeiterverband mit an erster Stelle

— **Ausverkauf.** In Dublin war vor einiger Zeit eine Aufführung von Goethes Faust. Bei der Szene, wo Mephistopheles und Faust in die Unterwelt hinabsteigen, war die Versenkung in Unordnung geraten, sodaß beide nicht von der Bühne verschwand. Die Situation war für die Schauspieler peinlich und für die Zuschauer auch. Tiefe Stille erfüllte das Theater. Auf einmal tönte eine laute Stimme von der Galerie herüber. „Hurrah! Die Hölle ist voll! Es kann keiner mehr hinein!“ Der Rest der Vorstellung löste sich in lautes Gelächter auf.

— **Die falschen Oberammergauer.** Die profitlichen Leute, die in England das Passionsspiel aufführen wollen, sind nicht die echten Oberammergauer, sondern nachgemachte. Die echten spielen nach wie vor nur alle 10 Jahre dabei, und es fürigen dabei soviel, daß sie unter Zuhilfenahme der jährlichen Fremdenausbeute es nicht nötig haben, auswärtig die Heiligen zu spielen.

— **Der Kampf um die Waterschaft** geht im Hause Wahfried lustig weiter. Frau Cosima läßt sich einen Antergerichtsbeschluss von 1888 publizieren, in dem nur Siegfried Wagner als Richard Wagners Kind und Erbe anerkannt wird, während Cosimas Töchter Eva und Hilde als Wilhelms Kinder nach dem formellen, aber sehr häufig gar nicht zutreffenden, römischen Rechtsgrundsatz ausgegeben werden, daß als Vater zu gelten hat, wer in gültiger Ehe mit einer Frau lebt. — Daß dieser beachtliche Rechtsgrundlagen herangezogen werden konnte, war ja klar, aber die Frage ist doch: wer ist der natürliche (und nicht der juristische) Vater.

— **Die Alpen als Spekulationsobjekt.** Ein findiger Unternehmer ist auf die Idee gekommen, ein großes Stück der deutschen Alpen zu monopolisieren. Er hat das vielbesuchte Geogolnergebiet angekauft, um es nach allen Regeln geschäftlich auszubuten. Jeder Besucher wird also künstlich Entree zu zahlen haben; jeder Besucher ist gebührenpflichtig, jede Aussicht kostet extra. Es ist in der Tat höchste Zeit, daß diese gegen den Geist des Kapitalismus verstoßenden Gratzüberlegungen in den Alpen ihm endlich tributär gemacht werden.

— **Das Petersburger Schachturnier** ging Freitag zu Ende. Lasker gewann gegen Marshall, Capablanca gegen Alchin. Das Endergebnis ist: Lasker 13½, Joffe, Capablanca 13, Alchin 13, Tarasch 8½, Marshall 8.

— **Ein internationaler Kongreß für Elefantenschutz,** bei dem alle Länder, die in Afrika Kolonien besitzen, vertreten sind, ist in London zusammengetreten. Es soll versucht werden, möglichst gleichartige Bestimmungen über die Schonung und Jagd der Elefanten und der Nashörner zu erlassen. Besonders bei den einander benachbart liegenden Kolonien verschiedener Staaten ist die Einführung eines gleichartigen Schutzes der ohnehin nicht zahlreichen und dabei am leichtesten jagbaren Elefanten und Nashörner notwendig.

siehe. Im Jahre 1906 habe der Verband 109 Tarife für 1037 Betriebe und 5642 Mitgliedern abgeschlossen. 1913 seien es aber bereits 280 Tarife für 2077 Betriebe und 23 281 im Verband organisierten Mitgliedern. Redner kennzeichnete hierauf das Bestreben der Unternehmer der Steinindustrie zur Zentralisation, mit der man rechnen müsse und besprach die tatsächlichen Maßnahmen bei der Ausfertigung von Forderungen und bei der Durchführung der Lohnkämpfe. Er warf dann die Frage: Lokal-, Bezirks- oder Reichstarif? auf. Der Lokal tarif gehöre der Vergangenheit an, normal sei in der Steinindustrie der Bezirkstarif. Auf dieser Grundlage müsse weiter gebaut, versucht werden, immer größere Einheitsverträge im Tarifwesen zu schaffen. In der Konkretenhandlung sei der Reichstarif nur noch eine Frage der Zeit. Bei der Entwicklung des Tarifwesens sei die Einsetzung eines Zentralschiedsgerichts notwendig. Der Vorstand habe sich deshalb an den Unternehmerverband gewendet, dieser habe aber noch keinen definitiven Bescheid gegeben. Redner betonte zum Schlusse seiner Ausführungen, die Verbandsarbeit, die Tarifpolitik müsse mehr von dem Gedanken an die Zukunft mit ihren größeren Aufgaben bestimmt sein. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wurden auch die Lohnbewegungen der letzten beiden Jahre besprochen. Gemeinhin wurde, daß der Vorstand bei Bewegungen schärfer vorgehe. Das Verhalten des Vorstandes bei mehreren Tarifbewegungen wurde kritisiert. Ein Antrag des Vorstandes, der besagt, daß, wenn in einer Jahreshälfte die Absicht besteht, den Tarif zu kündigen, hierzu das Einverständnis des Zentralvorstandes einzuholen ist, stieß auf teilweisen Widerspruch. Das Kündigungsgesetz solle den Ortsverwaltungen zustehen. In größeren Auseinandersetzungen kam es über den Kampf im schlesischen Sandsteingebiet, der vor kurzem beendet wurde, ohne daß die angebotene Aussperrung in der Granitindustrie zur Durchführung kam, und über den Abschluß des schlesischen Normaltarifs. Von Vorstandsseite wurde erklärt, daß nicht mehr erreicht werden konnte, als erzielt wurde.

Bei der Diskussion wurde der Vorstandsantrag, daß vor Kündigung eines Tarifs das Einverständnis des Vorstandes einzuholen ist, gegen eine starke Rinderheit angenommen. Die Kosten bei Abschließen von Bezirkstarifen tragen die Haupt- und Zahlstellen nur dann gemeinsam, wenn die Einberufung und die Zusammenfassung der Verhandlungskommissionen nach vorheriger Verständigung mit dem Vorstand erfolgte. Der Verbandstag stimmte ferner erneut der auf dem letzten Verbandstag zu dem Punkt Tarifwesen gefaßten Resolution zu, in der die grundsätzliche Stellung des Verbandes dargelegt ist. In einer weiteren angenommenen Resolution erhebt der Verbandstag Protest, daß in den meisten Steinbrüchen die Mehlstein- und Förderwagen noch nicht geacht sind. Der Vorstand soll sich beschwerdeführend an den Reichstanzler und an die Bundesregierungen wenden.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stichter Verhandlungstag.

Dresden, 22. Mai 1914.

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen standen heute auf der Tagesordnung. Ueber den Punkt

Einsetzung eines Reichsausschusses

referierte Paul Tillaud-Reichenberg: Seit Fall des Sozialistengesetzes hat die gewerkschaftliche Organisation ihre Mitgliederzahl, Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände enorm gesteigert. — Redner gibt darüber eine Reihe detaillierter Angaben. — Aber mit der Größe blieb die Schulung der Mitglieder nicht im Einklang. Dazu kamen mit der Entwicklung zu Zentral- und Industrieverbänden Elemente in die Organisation, die sich mit der Verfassung der modernen Gewerkschaften schwer befremden können. Als ehemalige Sozialisten waren sie an restlos Selbstbestimmungsrecht in der lokalen Organisation gewöhnt. Die Entwicklung zwang aber dazu, das Recht der Entscheidung über Kämpfe in die Zentralverwaltung zu verlegen. Die Unternehmerorganisation ist weiter ausgebaut als die der Arbeiter, die Unternehmer können sich schneller und gründlicher über Maßnahmen verständigen als die Arbeiter. Hinzu kommt, daß Polizei und Gerichte zugunsten der Unternehmer mit ihren Maßnahmen wirken. Und die Unternehmer haben ein Interesse daran, die Arbeiter in für sie ungünstige Kämpfe hineinzudrängen, um ihre Kassen zu leeren. Die Leistungen sind es aber nicht zu kämpfen kommen lassen, die zum Schaden der Arbeiter ausschlagen. Daraus entpringen schon Mißbilligkeiten. Für die Textilarbeiter sind die Verhältnisse besonders schwierig, weil hier die Marktlage von verschiedenen nicht leicht zu überschendenden Umständen abhängig ist. Hervorragend kommen dabei die Rohstoffversorgung und die damit in Verbindung stehenden Wörsenänderungen in Betracht.

Das alles macht es notwendig, daß Beschlüsse über Streiks und große Bewegungen in geheimen Sitzungen gefaßt werden. Dabei kommt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu kurz, daraus entpringen Differenzen, die ja auch schon die Theoretiker auf den Plan gerufen haben. Adolf v. B. im befürwortete die Einrichtung eines Vertretungskörpers, der bei den entscheidenden Beschlüssen mitwirken soll. Ihm möchte als Vertretung der Mitglieder weitgehende Befugnisse eingeräumt werden. Auch Genosse Adolf Braun beschäftigte sich mit der Frage und kam zu dem Resultat, daß der Organisation größere Elastizität gegeben werden müsse. Es beständen überlebte Verfassungsformen, die zu Widersprüchen zwischen Zentralverwaltung und Mitgliederkreisen führten. Solche Widersprüche und Differenzen werden sich in Zukunft noch mehr. Aus solcher Ueberzeugung ist von Grimmitschau schon der Stuttgarter Generalversammlung ein Antrag auf Schaffung eines Aktionsausschusses unterbreitet worden, der dem Vorstand überwiegen worden ist. Und solche Anträge werden solange wiederkehren, bis dem Verlangen der Mitglieder nach mehr Mitbestimmungsrecht Genüge geleistet wird. Wir verlangen nicht einen hängigen Aktionsausschuss, sondern eine Vertretung der Mitglieder, die von Fall zu Fall zu entscheidenden Beschlüssen zugezogen werden soll. Nicht aus Mißtrauen gegen die Zentralverwaltung verlangen wir den Aktionsausschuss, sondern um dem sonst stärker werdenden Mißtrauen vorzubeugen. Die kapitalistische Entwicklung macht auch vor den Gewerkschaften nicht halt; wohl aber übel müssen sie den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen. (Beifall.)

Als Korreferent vertrat Köpcke-Berlin den Standpunkt des Zentralvorstandes: Der Referent hat nicht bewiesen, daß die Rechte der Mitglieder beschnitten werden oder daß der geforderte Ausschuss ihre Rechte vernehme. Wichtig ist die von Tillaud geschilderte Geschlossenheit der Unternehmerorganisation. Weiter ist von Bedeutung die Kampfethode der Unternehmer. Diese Tatsachen und Umstände machen die Geheimhaltung der gewerkschaftlichen Beschlüsse, in Kampffragen zwingend notwendig. Das hat auch Tillaud anerkannt. Was würde in dieser Beziehung durch einen Aktionsausschuss geändert? Entweder er hält die Beschlüsse geheim, Mißtrauen und die Mißgunst richten sich auch gegen ihn; hält er die Absichten der Gewerkschaften nicht geheim, dann ist der Schachplan der Arbeiter verraten, die Unternehmer können sich danach einrichten. Beschlüsse größerer Vertretungskörper werden aber selten geheim bleiben. Krüder könnte man Sieges erringen, weil die Unternehmer höchst organisiert waren. Mittlerweile haben sich die Verhältnisse in der Textilindustrie weiter kompliziert. Der Unternehmer entwickelt sich immer mehr zu einem unpersönlichen Faktor, für den lediglich das wirtschaftliche Interesse entscheidet. Konferenzen haben ja schon immer stattgefunden; die Generalversammlung müßte deren Kompetenzen einmal genau abstecken. Auch muß sie entscheiden in der Frage der Streikleitung. Darüber bestehen im Vorstand Meinungsverschiedenheiten. Die Vorsitzenden müssen gleichberechtigt sein. Ob Aktionsausschuss oder nicht, ist keine Frage der Demokratie, sondern eine solche der Taktik. Aus tatsächlichen Gründen muß man ihn ablehnen.

Braun hält viel von dem Plan der Arbeiter im Kampf. Ich möchte sagen: Wohlwollig ist das Feuer der Begeisterung, wenn Erfahrung sie bewacht, damit kein Schadenfeuer entsteht. Begeisterung kommt aus dem Herzen, nicht aus der Wissenschaft. Mit Begeisterung will man die Welt erobern, aber — seine Beiträge bezahlen. Man sollte nicht fragen, ob Aktionsausschuss oder nicht: die Regel, die siegt, ist die richtige. Man sagt: mit der weiteren Entwicklung kommt die Demokratie ins Gedränge. (Rufe: Sehr richtig!) Nein, nicht sehr richtig. Wahre Demokratie im Gewerkschaftsleben wäre Selbstmord. Alles durch Abstimmung zu machen wäre Unsinn; das geht nicht. Alle Theoretiker sind einig in der Meinung, daß die Beschlüsse über Kämpfe geheim gehalten werden. Diese Geheimhaltung ist die Quelle des Mißtrauens, die kein Aktionsausschuss verlohnt. Beiräten haben die Mitglieder zu der Leitung, der Kollege sitzt 20 Jahre an der Stelle des Vorsitzenden. Von größtem Schaden für die Organisation sind leichtfertige Verdächtigungen in der Kampfesphase. Es genügt mir nicht, daß der Aktionsausschuss abgelehnt wird; es muß erkannt werden, daß wir ihn nicht brauchen, daß die Leitung das beste ist. Die Abstimmung soll sich zu einem Vertrauensvotum für die Leitung gestalten. — Redner empfiehlt eine Resolution, die den Aktionsausschuss verwirft und die Einrichtung eines besonderen Streikleiters befürwortet. — Urteilen und entscheiden Sie mit höchstem Verstande. (Beifall.)

In der Diskussion wird der geforderte Aktionsausschuss fast allgemein verworfen.

Arztzig-Berlin begründet folgenden Antrag:

Die Generalversammlung beschließt die offizielle Anerkennung der bisher schon üblichen Arbeiter-Konferenzen als mitberatenden und beschließenden Beirat in allen Fragen des Verbandes und hat mindestens alle 6 Monate eine Sitzung stattfinden zu lassen.

Ueber den nächsten

Gewerkschaftskongreß

sprach der Verbandsvorsitzende Häbisch. Er wendet sich gegen die Forderung der Einrichtung von Bezirkssekretariaten. Die Sache bedeute finanziell einen Sprung ins Dunkle, den man nicht mitmachen könne.

Sodann referierte Dreffel-Plauen über die

Organisation der Heimarbeiter.

Er wies unter anderem darauf hin, daß ein Grundbesitzer mit dem Versuch begonnen habe, Landarbeiter während der Wintermonate als Heimarbeiter zu beschäftigen. Dem Vorgang muß man Aufmerksamkeit schenken. Redner gab eine Reihe von Zahlen über Löhne und Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter verschiedener Industrien. Der freimüthige Abgeordnete Günther hat den Textilarbeitern schlechte Dienste geleistet. Genosse Kädel bot ihn erfreulicherweise gründlich zurecht. Es ist unsere Pflicht, uns der Heimarbeiter mehr als bisher anzunehmen. Dabei begrüße ich den Beschluß, sie zu niedrigen Beiträgen aufzunehmen. In der Diskussion wurden noch vielerlei erbärmliche Lohnverhältnisse geschildert.

Der bisherige Vorstand wurde ohne irgendwelche Veränderungen wiedergewählt.

Sodann referierte Redakteur Wagener über internationale

Beziehungen.

Damit waren die heutigen Verhandlungen beendet.

Aus Industrie und Handel.

Arbeitslosenzählung in Budapest.

Die Arbeitslosenzählung, die am 21. März d. J. in Budapest auf Drängen der Arbeiterschaft von der Stadtverwaltung mit Hilfe von 5000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern vorgenommen wurde, hat interessantes Material zutage gefördert, das jetzt von der Stadtverwaltung veröffentlicht wird.

Die Arbeitslosenzahl betrug am Zähltag, also zu einer Zeit, in der sich die Arbeitslosigkeit bereits wieder etwas gehoben hatte, in Budapest 20 624, in den Vororten 6564, zusammen 27 188 Personen, das sind 23 Proz. der Gesamtbevölkerung oder 4,2 Proz. der erwachsenen männlichen und 0,6 Proz. der weiblichen Bevölkerung. Um die große Zahl der Arbeitslosen deutscher her vorzuheben, stellt der Bericht das Ergebnis dreier deutscher Städte über die Arbeitslosenzählung dem Ergebnis aus der ungarischen Hauptstadt gegenüber. Danach hatte Köln am 22. Januar 1911 0,3 Proz. der Gesamtbevölkerung als Arbeitslose, Nürnberg am 24. Januar 1912 0,6 Proz. und München am 11. Februar 1912 1,1 Proz. Wenn man in Betracht zieht, daß in diesen drei deutschen Städten die Zählung im Winter vorgenommen wurde, so erscheinen die Ziffern der Budapester Zählung außerordentlich hoch.

Von den Budapester Arbeitslosen gehörten der Industrie 83,4 Prozent, dem Handel 8,3 Proz., anderen Gruppen 8 Proz. an. Die Retailarbeiter waren beteiligt mit 19,3 Proz., die Holzarbeiter mit 13,3 Proz., die Bekleidungsindustrie mit 8,6 Proz., die Nahrungsmittelindustrie mit 6 Proz.

Ein großes Elend verbürgt sich in den Zahlen über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Unter einer Woche waren 1468, bis zwei Wochen 834, 15—30 Tage 1907, einen bis drei Monate 5683, 3—6 Monate 8626, 6—12 Monate 4872, bis 1½ Jahre 1500, über 1½ Jahre 1200 Personen arbeitslos.

Ihre Fastein stießen von unbestimmtem Verdienst 5037, von ihren Ersparnissen 4277, von Darlehen 2990, von Darlehen und Ersparnissen 206, von den Eltern 6421, von dem Verdienst der Frau 1908, von dem Verdienst der Kinder 2807, von dem Versehen ihrer Habe 2217, behördliche Unterstützung erhielten 737, von den Gewerkschaften 8068 Arbeitslose.

9796 Arbeitslose gehörten den Gewerkschaften an; diese zählten mit ihren Familienangehörigen zusammen 62 000 Personen.

Offensichtlich werden nunmehr auch die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Arbeitslosenzählung gezogen!

Aus aller Welt.

Explosionskatastrophe in Düren.

Durch eine folgenschwere Explosion in der Schießbaumwollfabrik der Deutschen Sprengstoff-Fabrik wurden am Sonnabend die Einwohner der rheinischen Stadt Düren in Schrecken versetzt. Gegen mittag erschütterte eine gewaltige Detonation fast die ganze Stadt, kurz darauf folgte eine zweite Erschütterung. Durch Losgehen einer Patrone war die Schießbaumwollfabrik in die Luft geflogen. In der Kochener Straße, dem Gürzich und in Roelsdorf sind Tausende von Fensterscheiben eingedrückt worden. Viele Dächer sind abgedeckt. Eine Explosion machte sich in einem Umkreise von einer Viertelstunde bemerkbar. Die Fabrik ist mit ihren Erdwällen und Mauern zum größten Teil eingestürzt. 21 Personen sind verletzt, drei davon schwer.

Bei den Aufräumungsarbeiten in der Schießbaumwollfabrik sind noch zwei tote und zwei schwerverletzte gefunden worden. Zwei werden noch vermisst. Ein Schwerverletzter ist im Krankenhaus gestorben.

Aus 1400 Meter Höhe abgestürzt.

Wieder hat die deutsche Armee den Tod zweier Militärflieger zu beklagen. Am Sonnabendvormittag geriet in der Nähe von Bellenberg in Westfalen ein Flugzeug in einer Höhe von 1400 Metern in einen Gewittersturm und stürzte ab.

Beide Insassen, der Führer Leutnant Wörder und der Begleiter Leutnant Bernhardt, wurden bei dem Absturz getötet.

Ein anderer folgenschwerer Fliegerabsturz hat sich am Sonntagvormittag in der Nähe von Essien zugetragen. Auf einem Fluge nach Düsseldorf ist unweit der Villa Hügel der französische Flieger Chevillard abgestürzt. Er und sein Begleiter Wilson sind schwer verletzt; sein Flugzeug ist zertrümmert.

Bei den Löscharbeiten den Tod gefunden.

Wie bereits gestern gemeldet, hat die Mannschaft des in Konstantinopel ankommenden deutschen Kreuzers „Göeben“ beim Brande der Taschkischka-Kaserne erfolgreiche Hilfe geleistet. Von der Mannschaft des deutschen Kriegsschiffes wurden drei einströmende Feuererlöschungsapparate schwer verletzt. Drei der Verunglückten sind in der Nacht zum Sonntag ihren Verletzungen erlegen. Bei den Löscharbeiten sind auch zwei Offiziere und sechs Sappeure der türkischen Feuerwehr und ein russischer Matrose schwer verletzt worden.

Einsturz einer Landungsbrücke.

Ein schweres Unglück hat sich Freitagnachmittag in Hohen bei der Abfahrt des Passagierdampfers „Friedrich VIII.“ ereignet. Ein vom Dampfer nach dem Kai gelegter Brückensteg, der zur Einschiffung der Passagiere dienen sollte, brach plötzlich mitten durch und etwa fünfzig Personen stürzten ins Wasser. Hilfe war sofort zur Stelle und es gelang, alle Verunglückten bis auf drei aus dem Wasser zu ziehen und in Sicherheit zu bringen. Zwanzig von ihnen hatten jedoch mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen. Nach längeren Bemühungen konnten auch die Leichen der drei Verunglückten geborgen werden.

Teuere Umzüge.

Nach dem Ausweis der dem Reichstag jetzt zugegangenen Reichshaushaltsrechnung für 1912 ist der Posten „Außerordentliche Ausgaben des Auswärtigen Amtes“ außerordentlich überschritten worden. Kein Wunder! Für 20.000 M. ist der biederer Ferdinand von Bulgarien im Deutschen Reich umhergereist, und über 14.000 M. sind für Ehrengelächter des Kaisers draufgegangen, die er gelegentlich seiner Schweizerreise dorthin berechtigt hat, die zu bezahlen aber das Reich die Güte hatte. Verhältnismäßig noch viel kostspieliger sind aber die Umzüge unserer hohen Diplomaten. Der des Herrn v. Jagow von Rom nach Berlin hat 7801 M. gekostet, der seines Nachfolgers v. Tschirch von Brüssel nach Rom bereits 18.860 M., der des Herrn v. Wangenheim von Athen nach Konstantinopel, obwohl dieser Weg nicht übermäßig weit ist, schon 19.260 M. und der des Fürsten Lichnowsky von Berlin nach London gar 20.598 M.!

Wenn sogar die Umzüge der hohen Herren so nobel bezahlt werden — die Gehälter sind dementsprechend —, so ist der Zubrang des Adels zu diesen Kosten sehr begreiflich, und wir haben denn auch glücklicherweise im auswärtigen Dienst acht Fürsten, neun- und zwanzig Grafen, zwanzig Barone, vierundfünfzig einfache Herren „von“ und ganze elf Bürgerliche, die sich natürlich in den unteren Stellungen befinden. Das ist der „Patriotismus“ der Adelskaste! Außer anderen großen Vorteilen aus dem Vaterlande möglichst viel Geld ziehen, auf Staatskosten den großen Herrn spielen und die besten Stellen besetzen.

Kleine Notizen.

Am Meer erstickt. Als Freitagabend der Gutsvorstand von Conitonen bei Königsberg, Karl Dannappel, mit dem Betriebsingenieur Schäfer eine leichte Stelle an einem Nebenflügel des

Bregel passierte, verlor Schäfer plötzlich im Meer. Dannappel versuchte ihn zu retten, sank jedoch selbst ein und erstickte, während Schäfer sich retten konnte.

Krieg im Frieden. Bei Schießübungen auf dem Artillerie-Schießplatz in Rowy Lara (Göltzen) wurde infolge Reihens eines Verschlusses ein Mann getötet, drei schwer und einer leicht verletzt. Zwei Schwerverletzte sind ihren Wunden erlegen.

Schweres Automobilunglück. Der Generaldirektor der französischen Südweltbahn, Max Maury und dessen Gattin sind am Freitag, wie aus Toulouse gemeldet wird, das Opfer eines schweren Automobilunfalls geworden. Maury, der den Wagen selbst steuerte, fuhr in der Dunkelheit gegen einen Baum, wodurch das Auto umstürzte und die Insassen unter sich begrub. Maury wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht, während seine Gattin auf der Stelle getötet wurde.

Suftrageentwürfe. Am Sonntagmorgen fand ein Wächter auf seinem Rundgang zwei Bomben mit einer halbverbrannten Zunte. Sie waren an der Wasserleitung, die vom Loch Kaitinesse nach Glasgow führt, gelegt. Ihre Explosion hätte halb Glasgow von der Wasserversorgung abschneiden können. In der Nähe der Fundstelle wurden Schriften von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts gefunden.

Im Britischen Museum zu London zertrümmerte Sonntagnachmittag eine Anhängerin des Frauenstimmrechts einen Kasten, in dem sich eine Mumie befand, mit einer Art. Zwei Frauen wurden verhaftet.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Aida. Montag: Laubhühner. Dienstag: Samson und Dalila. Mittwoch: Bohème. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Coppelia. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Violetta. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag und Montag: Parsifal. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der Weibchenreifer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der Weibchenreifer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Sappho. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Der Weibchenreifer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Der Weibchenreifer. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag: König Lear. Montag: Ein Sommerabend. Dienstag: Der Kaufmann von Venedig. Mittwoch: Hamlet. Donnerstag und Freitag: Was ihr wollt. Sonnabend: König Lear. Sonntag: Ein Sommerabend. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Montag: Der Kaufmann von Venedig. (Anfang 8 Uhr.)

Kammertheater. Sonntag: Sumerun. Montag: Frühlings Erwachen. Dienstag: Sumerun. Mittwoch: Mein Freund Teddy. Donnerstag: Sumerun. Freitag: Frühlings Erwachen. Sonnabend: Sumerun. Sonntag: Franziska. Montag: Marquis von Keith. (Anfang 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Professor Bernhardt. Sonntag, Montag und Dienstag: Popponian. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Das Kammerstück. Donnerstag und Freitag: Beer Gant. Sonnabend: Das Mädchen vom Volk. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Sonntag und Montag: Das Mädchen vom Volk. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Große Kossin. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: Dr. Du. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Künstler-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Der Hühnerhändler. (Anfang 8 Uhr.)

Komödienhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Theater an der Weidenbammerstraße. (Anfang 8 Uhr.)

Lustspielhaus. (Anfang 8 Uhr.)

Theater des Westens. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Triang-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Opernhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Aida. (Anfang 8 Uhr.)

Reichstheater. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Walhalla-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Valkyrie-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Volkstheater. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Montis Cyrenen-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Theater am Rollendorfsplatz. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol. (Anfang 8 Uhr.)

Hippodrom. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Gebr. Dorenfeld-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Abtralepalast. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Circus. (Anfang 8 Uhr.)

Palast am Zoo. (Anfang 8 Uhr.)

Cines Rollendorf-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Hrania-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Passage-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Polite Caprice. (Anfang 8 Uhr.)

Birkus Busch. (Anfang 8 Uhr.)

Briefkasten der Redaktion.

F. N. 3. Solche Stellungen sind uns nicht bekannt. Veruchen Sie es bei der Stützungsdeputation des Magistrats, Berlin, Poststr. 16. — Z. 30. Die Zentralkommission der Krankenassen, Berlin, Alexanderstraße 89/90, dürfte Ihnen die gewünschte Auskunft erteilen. — Mai 1911. Ueber die Eisenbahnfahrt erkundigen Sie sich am besten selbst im Auskunfts-Bureau Bahnhof Alexanderplatz. Ueber die Fahrten zu Wasser im Bureau des Norddeutschen Lloyd, Unter den Eichen. — April 300. a) Ja und keine Mitteilung zugegangen. b) In das Mitgliedamt des Landtags in Oldenburg. — G. 2. 61. Wetten entscheiden wir nicht.

Billige Pfingst-Angebote



- Jackett-Anzug 27.—
- Jackett-Anzug blau Cheviot 36.—
- Cutaway u. Weste marengo Cheviot 27.—
- Jünglings-Sport-Anzug 16.—
- Boz. Lodenmantel 12.50
- Tourist.-Anzug 27.—
- Loden-Pelerine 7.50
- Herren-Jackett-Anzüge 15.—
- Herren-Jackett-Anzüge 24.—
- Herren-Jackett-Anzüge 30.—
- Herren-Jackett-Anzüge 36.—
- Herren-Jackett-Anzüge 50.—
- Knaben-Wasch-Anzüge 80 Pl.
- Knaben-Anzüge 4.—
- Loden-Pelerinen 4.50
- Jüngl.-Jackett-Anzüge 14.—
- Jüngl.-Jackett-Anzüge 21.—
- Touristen-Anzüge 18.—
- Manchester-Anzüge 24.—
- Touristen-Anzüge 36.—
- Loden-Joppen 5.-8.-11.50
- Manchester-Hosen 6.50

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
 Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1871 Schöneberg, Hauptstr. 10

Heute Sonntag von 8-10 und 2-6 Uhr geöffnet

Maß-Anfertigung noch bis Pfingsten lieferbar
 Jackett-Anzüge n. 54, 65, 80
 Ulster, Paletots n. 52, 60, 75
 Cutaway u. Weste n. 48, 58, 70
 Beinkleider n. 16, 20, 24

Wasch-Joppen 90 Pl.
 Luster-Jacketts 3.—
 Weiße Hosen 3.—
 Strohhüte 1.50

Prompter Versand nach außerhalb



A. WERTHEIM

Leipziger Str. Königstr.

Versand-Abteilung
Leipziger Str. 132-137

Rosenthaler Str. Moritzplatz



Montag bis Mittwoch: Extra-Preise!

Kleider

Frotté-Kostüme fesche Blusenform, Jacke gefüttert, Doppelrock **28 M.**

Wasch-Kleid aus baumwollenem Volle reich gestickte Bluse u. Doppelrock, Seidenbandgürtel **12.50**

Wasch-Kleid aus baumwollenem Volle, lose Bluse und Doppelrock, reich gestickt. **18.50**

Wasch-Kleid aus bedrucktem Volle, (Mille-fleurs-Dess.) apart-Form, m. Ueberrock **29 M.**

Kleid aus bedrucktem Baumwoll-Krepp fesche, jugendliche Form, Rock m. doppeitem Plissé-Volant **39.50**

Kleid aus bedrucktem Baumwoll-Krepp Doppelrock, Batistgarnitur **45 M.**

Foulardkleid aparte, jugendl. Formen, gestreift u. gepunkt, blau-weiß, schwarz-weiß **39.50**

Kleid aus reinseidenem Liberty, fesche lose Form, mit Spitzengarnitur, Rock mit zwei losen Volants **48 M.**

Blusen

Bluse aus merzerisiertem Mull, mit gemustertem Frotté garniert **2.95**

Bluse aus weiß-bunt gestreiftem oder gepunktetem Volle **3.50**

Bluse aus Volle, reich mit Volle-Stickerei garniert und Hohlraum **5.25**

Bluse aus feinem Waschkrepp, mit reichgestickt. Glattbatistkragen garniert **6.25**

Bluse aus Volle, mit reicher Stickerei und Hohlraum garniert **7.75**

Bluse aus Volle, mit weiß-bunter Stickerei garniert, Samtbandschleife **8.75**

Kostüm-Röcke

Frottérock mit Knopfgarnitur, hinten mit Riegel **4.10**

Frottérock mit Tunika, vorn zum Knöpfen **6.25**

Waschcôtelérock vorn ganz zum Aufknöpfen, mit Riegel hinten **7.90**

Damenhüte

Schwarze Frauenhüte a. Tagalor, in kleinen und mittelgroßen Formen **2.10**

Schwarze Fassons kleine, schicke Formen, aus feiner schwarzer Litze **3.25**

Schutenform sehr kleidsam, aus Tagalor in Schwarz, Blau, Weiß und Champagne ... **2.75**

Matelothut mittelgroße Form aus Rustik mit schwarzer Ripsband-Garnitur **2.40**

Hut-Blumen zu sehr vorteilhaften Preisen!

Stielrose mit Laub **15 Pl.**

Blüten in vielen Ausführungen Piquet **28 Pl.**

Stielrose aus Seide und Stoff mit Laub **45 Pl.**

Rosenpiquet flache, moderne Formen in feinen Farben Piquet **45 Pl.**

Stiefmütterchen aus Velvet, 3teil., mit Knospe und Laub **35 Pl.**

Stiefmütterchen aus Samt, 2teilig, mit Laub und Knospe in feiner Farbenzeichnung **85 Pl.**

Stangenreihler ca. 36 cm lang, nur weiß, Stiel **85 Pl.**

Heute Sonntag sind unsere Geschäfte Rosenthaler Str. u. Moritzplatz geöffnet

Bootswerft Paul Steinbock, Friedrichshagen, Friedrichstr. 5
empfiehlt sich den werten Arbeiter-Sportgenossen zum Bau von modernen Segel- und Ruderbooten sowie Motorbootkörpern jeder Art nach eigenen und gelieferten Zeichnungen. — Gebrauchte Boote stehen zum Verkauf.

Melerei C. Bolle A.-G.

Berlin NW. 21. Alt-Moabit 98-103
Fernsprecher: Amt Moabit 7912, 7913, 7914.

Ältester und größter milchwirtschaftlicher Großbetrieb

Tagesquantum: Circa 130 000 Liter.
290 Verkaufswagen. — 2500 Angestellte.

Eigenes Laboratorium für Milch-Untersuchungen.

Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahllosen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit aller Produkte.

Vollmilch. Dieselbe wird durchweg pasteurisiert, d. h. von krankheitsregenden Keimen (Typhus, Tuberkulose u. a.) befreit, braucht daher nicht noch einmal aufgekocht, sondern nur gewärmt, kann aber auch unbedenklich roh genossen werden.

Kindermilch von Pachtgütern, ebenfalls pasteurisiert. Beide gewonnen unter dauernder tierärztlicher Aufsicht.

Kindermilch aus eigener Kuhhaltung, roh

Kefyr, Dr. Axelrods Joghurt.

Süße Sahne, saure Sahne, Schlagsahne, prima Butter.

Buttermilch, Medizinal-Buttermilch.

Käse: Neufchâtel, Frühstückskäse, Kümmelkäse, frischer weißer Käse (Quark), Harzer Käse, Camembert, Kaiserkäse.

Bienenhonig, Apfelmilch.

Erzeugnisse der Bolleschen Obst- u. Gemüse-Anlagen im Sommer frisch zugeführt, im Winter konserviert.

Gelees.

Marmeladen.

Verschiedene Früchte in Zucker.

Diverse Gemüse.

Säfte und Fruchtweine.

Sämtliche Erzeugnisse sind hergestellt unter Verwendung reinerster Raffinade und unter Vermeidung irgendwelcher schädlicher Konservierungsmittel.

Man verlange Preisliste.

Trinkkuren von Milch, Sahne, Joghurt

in unserem Laden Alt-Moabit 100, gegenüber dem Kleinen Tiergarten werden angelegentlichst empfohlen.

KITG Pfingsten ist in der Näh'

darum geben wir auf **Kredit** die schönste und eleganteste **Damen-, Herren- und Kinder-Garderobe**

als: **Kleider, Kostüme, Sportjacken, Anzüge, Cutaways und Sportpaletots etc. etc. sowie Wäsche** für Damen und Herren: **Oberhemden, Stiefel** mit nur wöchentlich **M. 1⁰⁰ Abzahlung**

Ferner in besond. Abteilung: **Möbel** mit Anz. von M. 3⁰⁰ an **Reizende Geschenke gratis!**

am **Kollbuser-tor**

Sonntag von 8-10 u. 2-6 Uhr geöffnet

Kaufhaus = Julius = Glogau
auf Kredit G.m.b.H.

Central-Haus Jägerstr. 13!

Von Kavaliere wenig getragene sowie in Vorsatz gewesene **Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster**, 18, 20, 25 bis 30 M., Prima. Ferner **Gelegenheitskäufe** neuer **Maßgarderobe** enorm billig. **Riesenposten Kostüme** und **Damen-Mäntel**, auf Seide, enorm billig. **Extraangebot** in **Lombard** gewesener **Brillanten, Uhren und Goldwaren** enorm billigen Preisen.

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Montag, den 25. Mai: Frauen-Leseabend.

Die gemischte wirtschaftliche Unternehmung.

Ein Beitrag zur Berliner Elektrizitätsfrage von Dr. Albert S u d e t m.

2. Die Begründung und die Gründe.

Man wird nicht behaupten können, daß die Begründung die Ministerialdirektor Dr. Freund seiner G. W. U. sozusagen als Brautausstattung mit auf den Weg gegeben hat, besonders eindrucksvoll wäre. Mit ihr hätte er wohl ebensowenig eine Gemeinde wie eine private Erwerbsgesellschaft zu einem Versuch der neuen Unternehmungsform verlockt. Aber die Dinge liegen überhaupt anders: die G. W. U. bestand bereits, wenn auch nicht in der schematisch entworfenen Gestalt und nicht auf Grund eines Reichsgesetzes, ehe Dr. Freund ihre Theorie veröffentlichte.

Jede Sache hat ihre Ursache. Und der nachzuspüren liegt in diesem Falle besondere Veranlassung vor. Seit Jahr und Tag waren in Deutschland die Vorzüge der kommunalen Regie auf dem Gebiete der Elektrizität und Gasversorgung und des Verkehrswesens allgemein bekannt und anerkannt; die öffentliche Meinung war der Ueberführung aller monopolartigen Betriebe in Gemeindegewalt unabweislich zugeneigt. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß das Kapital bei seinem legitimen Streben nach Profit jede Hemmung gründlich verabscheut; es schwört durchaus nicht dafür, seine „wohlverdienten Früchte“ mit irgend jemandem und unter irgendeinem Vorwande und unter irgendeiner Begründung zu teilen. Was hat nun bei einer solchen Sachlage Gemeinden auf der einen Seite, das Privatkapital auf der anderen Seite dennoch in der G. W. U. zusammengebracht? Wir können uns bei der Beantwortung dieser Frage auf das umfassende Werk von Dr. Richard Passow („Die gemischt-privaten und öffentlichen Unternehmungen“, Jena 1912, Verlag von Gustav Fischer) beziehen, das eine Menge von sachlich wertvollem Material beibringt und auch die Bedeutung desjenigen verdient, der nicht mit allen Schlußfolgerungen seines Verfassers übereinstimmt. An der Stelle, wo er über die Beweggründe des Privatkapitals handelt, sich den G. W. U. anzuschließen, führt Passow aus, „daß für die privaten Pläne das Terrain nicht mehr frei ist, daß mit der Abneigung vieler kommunaler Verbände, ihre Straßen für rein private Werke herzugeben, von nur privaten Werken ihren Strom zu beziehen, und mit den bereits bestehenden kommunalen Werken gerechnet werden mußte“. Das heißt mit anderen Worten, daß die Welt eines Tages weggeschenkt war und daß das Privatkapital vergeblich nach einer Betätigungsmöglichkeit auf gewissen Gebieten Ausschau hielt. Aber auch dort, wo etwa noch ein Feld für ein rein privates Werk (z. B. ein großes Elektrizitätswerk) offen gewesen wäre, sprachen triftige Gründe für ein Zusammengehen des Privatkapitals mit anderen Kräften, nämlich (wie folgen wieder Passow) „vor allem die durch die Beteiligung öffentlicher Körperschaften regelmäßig ermöglichte Erleichterung der Kapitalbeschaffung“. Eine Stadt, ein Kreis können zu viel besseren Bedingungen, namentlich in den Zeiten gespannter Geldverhältnisse, Kredit aufnehmen als ein privates Unternehmen. Warum sollten also die privaten Firmen sich diesen Umständen nicht zunutze machen? Sollten sie sich etwa durch die Aussicht abreden lassen, sie gäben damit auch einen erheblichen Teil des Einflusses auf das zu gründende Werk aus der Hand? Diese Gefahr wird ihnen nicht sehr drohend erschienen sein. Insbesondere dann, wenn die eigentliche Geschäftsführung den privaten Gesellschaften zufällt (wie das nicht bei allen, aber bei vielen dieser Unternehmungen zutrifft), haben sie auf den Geschäftsbetrieb, die Bestellungen und dergleichen einen ähnlichen Einfluß wie bei einem privaten Unternehmen; die Beteiligung öffentlicher Körperschaften bringt daneben aber den Vorteil mit sich, daß diese in Bezug auf die Erlangung der Erlaubnis zur Begebenutzung ihren Einfluß zugunsten des Unternehmens geltend machen, nicht nur in der eigenen Gemeinde, sondern auch anderswo, insbesondere bei höheren Kommunalverbänden. Ueberhaupt ist in allen den zahlreichen Fällen, wo es sich um Verhandlungen mit Behörden handelt, die öffentliche Beteiligung sehr nützlich, denn von Behörden wird sehr viel mehr erreicht, wenn man betont, daß „Vertreter der öffentlichen Interessen“ im Aufsichtsrat sitzen, daß der Ertrag des Unternehmens zum großen Teil öffentlichen Körperschaften zufließt usw.“. Man sieht, daß für die privaten Kapitalisten sehr triftige Gründe zugunsten der G. W. U. vorhanden sind, zu denen wir noch die von Passow nicht genügend berücksichtigte Tatsache hinzufügen, daß die privaten Teilnehmer an einer G. W. U. sich in der Regel noch die ganzen Lieferungen für das Unternehmen kontraktlich vorbehalten, eine Gepflogenheit, die wir weiterhin noch näher besprechen.

Soviel ergibt sich schon aus den bisherigen Darlegungen, daß man in der Regel einer privaten Gesellschaft nicht lange wird zureden brauchen, mit einer Stadt oder einem Kreise oder dem Staate eine G. W. U. zu betreiben.

Anders liegen die Dinge natürlich für die öffentlichen Korporationen, und es erhebt sich die Frage, was denn eigentlich die Städte, Kreise usw. von der neuen wirtschaftlichen Form erwarten oder zu erwarten haben. Läßt man die Gründe, die von den Gemeinden für ihre Beteiligung an den G. W. U. und für das Aufgeben eigener Werke angeführt werden, an sich vorüberziehen, so ist man, wie Hugo Lindemann mit Recht bemerkt hat, erstaunt über ihre Dürftigkeit. Alte Bekannte, die man schon längst verblichen glaubte, feiern eine fröhliche Wiederauferstehung. Es sind die alten „Gründe“, die seit Jahrzehnten unermüdetlich von den privaten Unternehmern und ihren literarischen Verfechtern vorgebracht worden sind, ohne daß sie durch Wiederholung an Beweiskraft gewonnen hätten. Passow zählt in seinem Werke diese Gründe in einer langen Liste auf; den öffentlichen Betrieben seien, so behauptet man, die Hände zu sehr gebunden, es könnten daher keine tüchtigen Betriebsleiter gewonnen werden; in der kommunalen Betriebsorganisation lägen viele Hemmungen; es machten sich in den Stadtverordnetenversammlungen Einflüsse geltend, die der Entwicklung der Werke

nicht günstig seien; das stets wachsende Personal der städtischen Betriebe bringe für die Unabhängigkeit der Verwaltung große Gefahren mit sich; es entstehe die Veruchung, bei der Behandlung der Betriebs- und Arbeiterfragen neben sachlichen Gründen parteipolitischen und wahlpolitischen Erwägungen zu folgen usw. Soweit diese Mängel und Nachteile tatsächlich existieren und nicht nur als Scheinründe aufgeführt werden, haften sie zum allergrößten Teil der gegebenen Verwaltungs- und Betriebspraxis an, fallen aber nicht der kommunalen Regie als solcher zur Last. Unsere Gemeindeverfassungen stammen beinahe ohne Ausnahme aus einer Zeit, wo man die Ausdehnung der Wirtschaftsbetriebe in ihrer heutigen Form nicht einmal ahnen, geschweige denn in ihren Einzelheiten voraussehen konnte. Natürlich ergeben sich daraus gewisse Schwierigkeiten, die zu leugnen uns nicht einfällt. Aber das ist kein Argument gegen den öffentlichen Betrieb, sondern gegen die Gemeinde- und Städteordnungen, deren Reform auch aus anderen Gründen dringend ist. Neue Verhältnisse erfordern eben überall eine Korrektur veralteter gesetzlicher Bestimmungen. Wo könnte man dessen deutlicher inne werden als auf dem Gebiete von Groß-Berlin, wo die tatsächliche Entwicklung längst über die rechtlichen Formen hinausgewachsen ist. Aber um einmal bei Groß-Berliner Verhältnissen zu bleiben: die G. W. U. auf dem wirtschaftlichen Gebiete ist unangeführt dasselbe, was das Zweckverbands-gesetz auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation ist, nämlich ein trauriger Notbehelf, der mehr das Bedürfnis nach großzügigen Reformen andeutet als befriedigt. Wenn man, nicht mit Unrecht, darauf verweist, daß die technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dazu nötigen, die Werke (Gaswerke, Elektrizitätswerke usw.) nicht mehr nur auf Bedürfnisse einer einzelnen Gemeinde zuzuschneiden, sondern weitere Gebiete dadurch zu versorgen, so ist das natürlich ganz richtig; aber es folgt daraus nicht, daß diese Versorgung durch eine G. W. U. geschehen muß, sondern daß in unseren Gemeindeverfassungsgesetzen Vorkehrungen für eine freiere, umfassendere Organisation der Gemeinden zu treffen sind.

Eine zweckentsprechende und umfassende Organisation der Verwaltung auf dem großen Siedlungsgebiete, das wir Groß-Berlin nennen, ist bisher an der schisonösen Haltung der staatlichen Zentralbehörden und des Dreiklassenparlamentes gescheitert. Die traurige Zerstückelung Groß-Berlins ist das gewollte Ergebnis dieser Haltung. Würde der Zwang zur Uebernahme von den Groß-Berliner Gemeinden genommen, würden sie ihre Freiheit der Entscheidung auf diesem Gebiete gewinnen — die heute so gewaltig erscheinende Schwierigkeit wäre spielend zu lösen!

Ganz genau so ist es aber mit der Entstehung vieler der vorhandenen G. W. U. Auch da war Zwang die Veranlassung. Bald war es eine Umkreisung oder Einschüierung durch übermächtige, von den Staatsbehörden wohl gar noch begünstigte Privatunternehmungen; bald war es das Ergebnis einer kurzfristigen Regierungspolitik, wertvolle Monopolkonzessionen an private Unternehmer zu vergeben auf Vorrat auszu-teilen; bald waren es auch eigene Fehler und Sünden der Vergangenheit, bürokratische Schwermühsamkeit: kurzum, wenn wir die heute in Deutschland bestehenden G. W. U. Revue passieren lassen, so können wir feststellen, daß die Gemeinden in der Mehrzahl in solche Organisationsformen direkt hineingezwungen worden sind, daß die reinen kommunalen Organisationsformen vereitelt wurden und daß man die G. W. U. nur widerstrebend als kleineres Uebel betrachtet hat. Es mutet daher mindestens sonderbar an, wenn man das Stückwerk der G. W. U. uns gewissermaßen als eine höhere Form der modernen kapitalistischen Entwicklung hinstellen will, die dazu berufen sei, wenigstens auf einem Teilgebiet tiefgreifende Gegenläufe aus dem wirtschaftlichen Leben herauszuschaffen.

Man schaue sich aber nur unbefangen die Dinge an: es ist nicht etwa nur eine Behauptung, sondern eine erweisliche Tatsache, daß sich auch die freundschaftliche Form als ohnmächtig erweist, die Interessengegenläufe der öffentlichen und privaten Teilnehmer an der G. W. U. auszugleichen. Früher oder später bricht der Kampf immer los. Einen Mittelweg zwischen kommunal- und Privatbetrieb gibt es eben als ständige Einrichtung nicht. Eines von beiden muß einmal weichen. Das sehen auch die Vertragsschließenden ein, denn es gibt keinen Vertrag über eine G. W. U., worin nicht eine genaue zeitliche Begrenzung, genaue Auflösungsbedingungen festgelegt würden. Wozu denn das alles, wenn Aussicht bestände, die G. W. U. wäre eine historische Kategorie der wirtschaftlichen Entwicklung, die Dauer verbräde?

So viel über die wahren Gründe, die an einzelnen Stellen zur Errichtung von G. W. U. geführt haben, und über die ideologischen Begründungen, wie man dieser zumeist recht dauerlichen Tatsache hat zuteil werden lassen. Es bleibt uns nun noch übrig, die besonderen Verhältnisse zu besprechen, die bei der Gründung von G. W. U. auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung, zumal in Berlin, zu berücksichtigen sind.

Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Wegen der veränderten Dispositionen findet die Zusammenkunft der Funktionäre am Dienstag nicht um 8 Uhr, sondern nach der Versammlung statt. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, in der Urania, Wronschstraße 10/11, statt. Neue Einladungen werden nicht ausgegeben.

Die Versammlung der jugendlichen Mitglieder im Alter von 18-21 Jahren findet erst am Donnerstag, den 4. Juni, bei Sichel, Große Frankfurter Str. 80, statt. Vortrag des Genossen Emil Eichhorn über „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Jugendsektion des 5. Kreises. Unsere nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 27. Mai, im Lokal von Pöwileit, Kottbuserstraße 7, abends 8 1/2 Uhr, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Drucker: „Roses oder Darwin“.

Sechster Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 27. Mai, finden die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder in nachfolgenden vier Lokalen statt: Straß, Schönhauser Allee 134a; Koczerowski, Kabenstr. 6; Franke, Bob-

straße 19, und Schröder, Stromstr. 80. Referenten sind die Genossen Eugen Brückner, Simon Katzenstein, Ernst Reuter und Wilhelm Dieck. Wir erüchten die Genossen und Genossinnen, die jugendlichen Mitglieder auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Der Vorstand.

Zehndorf (Bannseebahn). Am Dienstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Niel, Karlstraße 12, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag: „Die verflochtene Reichstagssektion. Neuwahlen der noch nicht erledigten Posten. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.“

Lichterfelde. Dienstag, den 26. Mai, im Restaurant Wahren-dorf, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Freund über: „Moderne Feuerbestattung“, unter Vorführung eines Modells. Anträge zur Generalversammlung.

Steglitz. Montag, den 25. Mai, findet in den Bezirken 1 bis 7 die letzte, ähnerst wichtige Flugblattverbreitung zur Gemeindevwahl statt. Die Genossen der übrigen Bezirke werden dringend ersucht, zur Unterstützung bei dieser Flugblattverbreitung sich zwischen 7 und 8 Uhr bei Clement, Däpewstr. 7, einzufinden.

Die Genossinnen und Genossen, die an den beiden Tagen der Wahl, Mittwoch und Donnerstag, als Helfer tätig sein können, werden gebeten, am Dienstagabend zur Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhals, Thornsir. 16 a, zu erscheinen.

Treptow-Baumischulenweg. Da eine Demonstrationssammlung am nächsten Dienstag in unserem Orte nicht stattfinden, beteiligen sich die Genossen an den Berliner Versammlungen. Die Flugblattverbreitung am Montag fällt ebenfalls aus.

Pankow. Wegen der am Dienstag, den 26. Mai, stattfindenden öffentlichen Versammlung im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102, fällt die Mitgliederversammlung aus.

Niederhörnhausen - Nordend. Montag, den 25. Mai, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung zu der am Dienstag stattfindenden Versammlung. Die Genossen beteiligen sich an der Versammlung in Pankow im „Kurfürsten“, Berliner Straße. Die Mitglieder-versammlung fällt aus diesem Grunde aus.

Berliner Nachrichten.

Sanfaren.

Wer sich als patriotischer Erfinder betätigt, hat in der Regel sein Glück gemacht. Das Vaterland, das teure, kann wirklich dankbar sein, wenn es ihm in den Arm paßt. Ein frischverpackter flotter Armeemarsch oder eine süßliche Hohen-zollernhymne auf Notepapier ist ihm mehr wert als ein paar hundert auf dem Schlachtfeld liegende geklebene Soldaten-beine, deren ehemalige Besitzer darben durchs armselige Leben fuhren. Unlängst starb ein großer Mann, der seine Zeit richtig einschätzte. Er war Militärkapellmeister und überraschte einst S. M. mit dem seit diesem in der Hohen-zollerngeschichte unbergelichen Tag berühmt gewordenen Fanfarengebläse. Ganz funkelneluen war die Idee freilich nicht. Schon vor den Rauern Reichsblies man vor Jahr-tausenden obenbeisägend aus ellenlangen Drommeten zur Ehre Jehovas, und auch heute regieren Mars und das Gottes-gnadenium die Stunde mit Pauken und Trompeten. Ohne Sanfaren ist ein heftigeres öffentliches Militärkonzert kaum mehr denkbar. Ein förmlicher Kultus wird augenblicklich mit dieser aufpolierten Musikmode getrieben, um dem Konzert-publikum eine patriotische Seele einzutrompeten. So etwas wie Hofluft soll durch den Biergarten wehen. Man hört das Geidmetter der matorlangen silbernen Tuten, die in ihrem Mittelteil einen bunten Kappen mit dem Kreuzenadler tragen, sieht im Geiste all das militärische und höfische Brimborium, das die letzten Jahrzehnte gebracht haben, damit die Sonne, um die sich da oben alles trabantenhaft dreht, noch heller erstrahle. Auch die Fanfarentrompeten sind ja nur ein Stück dieses uns beidenmägia viel Geld kostenden Firlefanzes, der zur modernen Hohenzollernverhimmelung gehört und das Auge betören soll, aber das Hirn der Denkenden und Selbst-bewußten deshalb nicht verkerstern wird.

Da stehen hochaufgerichtet die sechs oder acht Fanfaren-bläser an der Brüstung des Gartenorchesters, Stramm und betragungslos, wie auf dem Kasernenhof, ihres musikalischen Stützwortes barend. Dann ein blühender Auf, maldänen-mägia fliegen die Fanfarentrompeten in die Höhe, an den Mund, und dröhnend ickallt es eine Viertelstunde weit in der Runde... läterälä, läterälä, läterälä! Wie auf dem Kasernenhof! Der Obermusikmeister bläst noch mit dem Takt-stock nach, damit ja alle Trompeten im vorgezeichneten Winkel von 45 Grad nach oben stehen. Mozart, Beethoven... dreht euch im Grabe herum. Mars dirigiert die Musik. Wieder ein hörbarer Auf, diesmal nach unten, der Schweiz-berlt von den hochroten Köpfen, die angeitrenate Brust arbeitet in sichtbaren Schlägen. Schodet nichts, der Preußen-drill muß auch auf dem Erbeiter des Konzertgartens zu seinem Recht kommen. Und abermals „flappend“ der ein-gelernte Auf nach oben... läterälä, läterälä!

Unten im Garten sperzt zwischen den Tischen das Lauf-publikum den ganzen Mittelweg. Man bewundert das Exakte, das „Echtpreussische“ der majornemmägia Arm-bewegungen. Mühsam akrobatisieren sich die Kellner hindurch. Auch sie werden militärisch angehaucht, schmectern in das Läterälä unaufhörlich ihr „Achtung, Fettschle!“ hinein. Wie angewurzelt stehen die Reagierigen, klodden für ihre wanzig Pfennig Eintrittsgeld freitellisch Weisfall, vorwiegend Leute, denen man alles bieten kann, wenn sie sich nichts dabei zu denken brauchen. Die wenigen Denkenden bestimmen sich darauf, wie unwürdig doch dieses Bagdadenschauspiel ist und daß es nur in neuer Form den A o d a n e r g e h o r s a m zur Andäunung bringt, der selbst dem Feiertag und dem Musik-podium nicht jern bleiben kann.

Die Ausdehnung der Lustbarkeitssteuer auf Theater hatte kürzlich eine Korrespondenz angekündigt, die mehr weih wie jeder andere Sterbliche. Diese Ankündigung hat bereits den Protest der verschiedensten Interessenten hervorgerufen, die zeitig vorbeugen wollen. Jetzt haben 200 Bühnengestellte gegen die dem Magistrat zugeschriebene Absicht Stellung ge-nommen und haben dem Magistrat von ihrer Ansicht Mit-teilung gemacht. Der Protest lautet: „Die vom Berliner Magistrat geplante Ausdehnung der Lustbarkeitssteuer auf die Theater bedeutet für sämtliche Bühnengemäuer Berlins eine Gefährdung ihrer Existenz. Da weder das Publikum noch die Direktion gewillt und instande wären, einen so

großen Anfall, wie ihn diese Steuer bedingt, selbst zu tragen, würde die ohnehin wenig beneidenswerte Lage der Bühnengehörigen noch wesentlich verschlechtert, die Zahl der engagierten Schauspieler noch größer werden.

Wie immer wären natürlich auch hier nicht die Unternehmer und das Publikum, sondern die mittleren und kleinen Schauspieler und Theaterangestellten die eigentlichen Leidtragenden. Aber nicht bloß die Darsteller, sondern auch das große Heer der technischen Angestellten, der Hilfsarbeiter, der Chorführer, Musiker und Bureaubeamten wären auf das schwerste geschädigt. Unzählbares Elend, die größte Not würde heraufbeschworen, viele Familien müßten zugrunde gehen, wenn diese Ansicht zur Wirklichkeit werden sollte, wie das Beispiel des Rirkus Puidi, des Apollotheaters und vieler kleiner Unternehmungen lehrt.

Wir erheben daher in unserer Bedrängnis gegen den Plan einer solchen Steuer, die ohne jeden Schein von Berechtigung, mit einer durch keinerlei Sachkenntnis getriebenen Leidenschaftlichkeit ins Werk gesetzt werden soll, auf das energischste Protest.

Zweitausend Bühnengestellte Berlins, darunter sämtliche ersten Künstler und Künstlerinnen, auch die königlichen Theater, werden alles daran setzen, die Direktoren in dem berechtigten Kampfe gegen die ihre Existenz schwer bedrohende Steuer mit allen Mitteln zu unterstützen.

Wir haben stets mit aller Schärfe gegen die kulturfeindliche Besteuerung von Theatervorstellungen Stellung genommen. Bemerkenswert soll aber werden, daß bisher in den Kreisen der städtischen Verwaltung nichts bekannt ist von einer Vorlage, gegen welche die Protestbewegung sich richtet. Wir glauben, daß die Proteste zu einer Zeit kommen, wo sie wenig am Platze sind und ihre Kraft einbüßen, wenn später wirklich Anlaß zu Protest vorliegt.

Einweihung des Neuföllner Hafens.

Die Stadt Neufölln hat ihren wertvollen Besen ein neues hinzugefügt. Sie, die an ihrem natürlichen Wasserlauf liegt, hat es dahin gebracht, Ostensiedl zu werden. Der von ihr geschaffene, 4 1/2 Kilometer lange Schiffkanal, der vom Landwehrkanal zu der Brückentreppe am Westende des Teltowkanals hinüberführt, ist fertig. Gestern wurde auch der mit dem Neuföllner Schiffkanal verbundene Hafen, den die Stadt auf dem Industriegebiet außerhalb der Ringbahn angelegt hat, dem Verkehr übergeben. In der Einweihungsfeier, die aus diesem Anlaß veranstaltet wurde, beteiligten sich mit dem Magistrat und vielen Stadtverordneten Neuföllns eine große Zahl Vertreter der Staats- und Provinzialbehörden, der Stadt- und Gemeindebehörden von Berlin und Potsdam, der Korporationen von Handel und Gewerbe. Auf geschmückten Dampfern fuhren die Teilnehmer von der Brückentreppe aus durch den alten und neuen Teil des Schiffkanals bis zu dem Hafengebiet. Fliegen- und Wimpelfestband der Kanalränder, der im Kanal liegenden Röhre und Dampfer, der seine Ufer säumenden industriellen Anlagen wiesen auf die Bedeutung des Tages hin und hatten Scharen von Zuschauern angelockt, die die Ufer und Brücken besetzt hielten. Auf dem Hafengebiet vollzog Oberbürgermeister Kaiser den Weihenakt. Er gedachte des verstorbenen Oberbürgermeisters Boddin, dem die Idee dieses Werkes zu danken ist. Dem älteren Teil des Schiffkanals, die Strecke vom Landwehrkanal bis zur Neuföllner Gaskanal, schuf schon vor einem Jahrzehnt der damalige Stadtverordnete Weigand. Der neuere Teil, das Schlußstück bis zum Teltowkanal, entstand unter Leitung des jetzigen Stadtbaurats Hahn. Während die zuerst gebaute Strecke nur 234 Meter breit ist, hat der neuere Teil eine Breite von 26,6 Meter — die des Teltowkanals — erhalten, die für Schiffe des Mitteltonnals genügt. Am Hafen wird der Ausgleich zwischen den Höhenunterschieden des Landwehrkanals und des Teltowkanals durch eine Schleuse bewirkt, die auch den Hafen in zwei Teile, einen Oberhafen und einen Unterhafen, gliedert. Der Oberhafen bietet mit seiner Wasserfläche von 10 000 Quadratmetern bei 250 Meter Länge und bis 85 Meter Breite die Möglichkeit, daß gleichzeitig 14 Schiffe zu je 600 Tonnen Tragfähigkeit lässen können. In dem kleineren Unterhafen, der eine Wasserfläche von 7000 Quadratmeter hat, können gleichzeitig 6 Schiffe dieser Größe lässen. Zu errichten sind noch die großen Speicheranlagen, die auf dem Hafengebiet geplant sind. Außerdem bietet das umfangreiche Gelände auch reichlich Flächen, um Güter im Freien zu lagern. Der Hafen hat Eisenbahnanschluss an die Ringbahn. Kanal, Hafen und Bahnanchluss kosten rund 5 Millionen Mark. Auf die Bedeutung dieses neuen Verkehrsweges, der sich in das auf Groß-Berlin zuströmende Wasserstraßennetz einfügt, wies der Verkehrsminister von Beilkenbach in einer kurzen Ansprache hin. Das Kaiserhoch, das er einleitete, begründete er damit, daß Wilhelm II. „der mächtigste Förderer unseres Verkehrsweises“ sei. Es folgte die übliche Gebetsverlesung, vom Kronenorden dritter Klasse für den Oberbürgermeister bis zum Allgemeinen Ehrenzeichen für ein paar Arbeiter. Nach einem Blick über das Hafengebiet, auf dem es noch fast genug aussieht, legten die Teilnehmer ihre Fahnen fort. Aus dem Neuföllner Schiffkanal ging's hinein in den Teltowkanal und durch ihn in die Spree. Den Schluß bildete ein Festmahl auf der in Neuföllns Besitz übergegangenen Kückinsel.

Mordversuch an der Geliebten.

Eine blutige Eiferjagdtragödie hat sich gestern Abend gegen 6 Uhr im Osten Berlins abgespielt. In dem Hause Prodauer Straße 18 gab der 34jährige Schlosser Müller auf seine Geliebte, die 34jährige Frau Anna Schweigert, vier Revolverkugeln ab und verwundete sie so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Über den Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten: Frau Schweigert, die seit drei Jahren von ihrem Ehemann geschieden ist, betreibt in dem genannten Hause ein Milchgeschäft. Bei ihr wohnte Müller, mit dem sie verlobt war. Die Hochzeit sollte in den nächsten Wochen erfolgen. Schon vor etwa zwei Jahren hatte Frau Sch. mit M. ein Liebesverhältnis unterhalten, sich dann aber von dem Schlosser getrennt. Die Schuld an der Trennung lag anscheinend bei der Frau, die sehr leichtgläubig war und auch zu anderen Männern Beziehungen unterhalten haben soll. Müller, der an der Sch. sehr hing, ruhte nicht eher, bis er eine Ausöhnung herbeigeführt hatte. Er zog dann zu seiner Geliebten und verlobte sich mit ihr. Zwischen den beiden kam es aber oft zu heftigen Streitigkeiten, weil Müller außerordentlich eifersüchtig war und seine Braut im Verdacht hatte, daß sie auch nach der Verlobung noch Beziehungen zu anderen Männern unterhalte. Gestern nachmittags besuchte ein Bekannter die Frau Schweigert, zu dem die Sch. kurz nach ihrer Scheidung und bevor sie Müller kannte, in Beziehungen gestanden hat. Zufällig kam gestern Müller früher als gewöhnlich von der Arbeit nach Hause und traf den Besucher bei seiner Braut an. Müller geriet sofort in große Wut und wollte sich auf seine Geliebte stürzen. Diese flüchtete hinter den Ladentisch und nun zog Müller aus der Tasche einen Revolver, aus dem er, ehe er daran gehindert werden konnte, vier Schüsse auf Frau

Schweigert abgab. Der erste Schuß ging vorbei, die übrigen drei Augen trafen die Sch. in den Kopf und die Brust. Die Getroffene brach mit lautem Aufschrei blutüberströmt zusammen. Müller richtete nun die Waffe gegen sich selbst, wurde aber an dem Vorhaben, sich zu töten, durch einige Männer gehindert, die die Hilfe suchten der Verletzten gehört hatten und in den Laden geeilt waren. Der Täter, der zu flüchten versuchte, wurde eingeholt, nach heftiger Gegenwehr überrollt und von der empörten Menschenmenge, die sich inzwischen gesammelt hatte, gelockt und dann zwei Polizeibeamten vom 116. Revier übergeben, die auf telephonischen Anruf herbeigeeilt waren. Frau Schweigert wurde auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Dort liegt sie in sehr bedenklichem Zustande darnieder; es ist fraglich, ob sie mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Mordtäter wurde polizeilich gefesselt.

Raubanschlag auf einen Geldbriefträger.

Ein Raubanschlag auf einen Geldbriefträger wurde gestern Morgen in dem Hause Kollendorferstraße 5 verübt, zum Glück ohne Schaden für den Ueberfallenen und ohne Erfolg für den Räuber, der auf der Stelle festgenommen wurde. Der Obergeleitbriefträger Friedrich Zerlau, der auf dem Postamt W 30 in der Neuen Winterfeldtstraße angestellt ist, trat gestern Morgen kurz nach 8 Uhr seinen ersten Postgang an. Viel Geld hatte er nicht bei sich. Ein Nebeltäter hatte aber wahrscheinlich das Gegenteil angenommen. Als Zerlau kurz nach Beginn seines Ganges in dem genannten Hause die Treppe hinaufging, warf ihm ein junger Bursche, der ihn aufgelauret hatte, plötzlich eine Handvoll Pfeffer in die Augen. Zugleich griff der Bursche nach der Geldtasche, um sie ihm mit Gewalt zu entreißen. Der Angefallene rief um Hilfe und Hausbewohner, die herbeieilten, nahmen den Räuber sofort fest und übergaben ihn der Polizei. Zerlau war erst geblendet, konnte aber seinen Dienst wieder aufnehmen, nachdem man ihm die Augen von dem Pfeffer gereinigt hatte. Der erkappte Räuber wurde auf der Revierwache festgesetzt als ein 18 Jahre alter Arbeiter Suhay Schulz, der aus Ludwigsdorf im Kreise Götlich stammt und seit acht Tagen in der Oranienstraße wohnte. Als er hier zuzog, erzählte er seiner Witwin, daß er bisher als Fahrstuhlführer in einem hiesigen Hotel beschäftigt gewesen sei und brachte auch einen Anzug mit, wie ihn solche Leute wohl tragen. Morgens ging er regelmäßig weg, angeblich um sich eine neue Stellung zu suchen. Ebenso regelmäßig kam er abends wieder nach Hause. Gestern Morgen ging er um sieben Uhr schon fort. Ob Schulz wirklich hier schon Stellung gehabt hat und ob er jetzt neue Beschäftigung sucht oder was er sonst trieb, weiß man noch nicht.

Der Schuhmannsrevolver.

Von einem Schuhmann erschossen wurde gestern Abend gegen 7 Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Freiwalder Straße 29 der Arbeiter Dittmann, der in dem Hause unangemeldet bei einer Fremdenperson wohnte. Wie wir einer Lokalkorrespondenz entnehmen, trat sich der Vorfall folgendermaßen zu: D., ein roher, gewalttätiger Mensch, verursachte häufig großen Schaden im Hause, so daß sich die Mieter schon wiederholt über ihn bei dem Hausvater beschwert hatten. Gestern Abend hatte sich D. auf den Hof des Hauses begeben, um Holz zu hauen. Dabei machte er wiederum großen Spektakel, so daß sich der Wirt schließlich veranlaßt sah, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Als ein Schuhmann vom 9. Polizeirevier erschien, um den Ergänzenden festzunehmen, ging Dittmann sofort mit dem Beil auf den Beamten los und versuchte ihn niederzuschlagen. Der Schuhmann sah sich gezwungen, den Revolver zu ziehen, und als der Angreifer, der in eine große Wut geraten war, nicht abließ, auf D. einen Schuß abzugeben. Die Kugel traf den Arbeiter in die linke Brustseite und der Getroffene brach sofort tot zusammen. Der Beamte stellte sich sofort seiner vorgesetzten Behörde, die eine Untersuchung eingeleitet hat. Die Leiche des Erschossenen wurde polizeilich beiseitegenommen.

Die Regelung der Freibäder in den öffentlichen Wasserläufen des zur näheren Umgebung Groß-Berlins gehörigen Spree- und Havelgebiets behandelt eine umfangreiche Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Potsdam, welche soeben in Kraft getreten ist. In derselben werden die freigegebenen und die verbotenen Badesstellen genau bezeichnet. Die Landräte und Polizeivertreter aber ermächtigt, einzelne Badesstellen der freigegebenen Wertkreise zu sperren und andererseits an einzelnen verbotenen Plätzen das Baden zu gestatten. Daß in unmittelbarer Nachbarschaft der Ortsanlagen, der Kunststraßen, der Brücken und Dampfanlegestellen usw. nicht gebadet und der Schiffsverkehr nicht gestört werden darf, versteht sich von selbst. Ueberhaupt sollen weder Männlein noch Weiblein sich unbedeckt oder nur mit Badebekleidung versehen in Booten und anderen Wasserfahrzeugen aufhalten.

Im übrigen schreibt § 4 für die Badebekleidung folgendes vor: „Die zulässige Bekleidung ist für Personen männlichen Geschlechts mindestens eine Badehose, für Personen weiblichen Geschlechts ein Badeanzug, der Schultern, Brust, Leib und die Beine etwa bis zum Kniegelenk bedeckt.“ Wonach sich zu richten!

Kautionschwindler.

Den Direktor einer Autoomnibüsgesellschaft spielte ein 23 Jahre alter Kaufmann Max Schneider, der wegen Kautionschwindels von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Schneider, der hier in der Elisabethstraße wohnte, ging in Chauffeurschulen umher und suchte junge Leute für ein Unternehmen zu gewinnen, das er in Zukunft gründen zu wollen verspiegelte. Als „Sicherheit“ für den Dienst „Antritt“ oder unter sonst einem Vorwande, nahm er denen, die sich von ihm als Chauffeurs, Schaffner, Betriebsinspektoren usw. anwerben ließen, Bürgschaften von 50.— M. an. Die neuen Angestellten machten er besonders dadurch sicher, daß er ihnen erzählte, eine hiesige Automobilsfirma habe die umfangreichen Wagenbestellungen bereits angenommen und den Bau und die Lieferung der Wagen schon begonnen. Ein vorsichtiger junger Mann wandte sich aber an die Kriminalpolizei, weil ihm das Unternehmen doch nicht ganz sicher zu sein schien. Die Ermittlungen ergaben auch nun bald, daß Schneider nicht das geringste Betriebskapital besaß und auch noch gar keine Wagen bestellt hatte. Alle seine Angaben waren falsch. Er wurde daraufhin verhaftet und nach Raabitz gebracht. Leute, die mit Schneider in Verbindung gestanden haben, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. Bei Anruf durch den Fernsprecher unter Benennung der Nr. 448.

Die Spiel- und Sportplätze auf dem von der Stadt erworbenen Teil des Grotzterplatzes an der einsamen Pappel (Schönhauser Allee) sind jetzt fertiggestellt und werden am Donnerstag, den 28. d. M., vormittags der öffentlichen Benutzung übergeben.

Die Sitzung der Stadtverordneten in der nächsten Woche fällt aus.

Ein Opfer der Wettleidenschaft.

Mit Gas vergiftet hat sich gestern Morgen der Vorsteher der Köthener Straße befindlichen Filiale der Wessinger Boh Company, der 34jährige Max Hoffmann. Er, der ein eifriger Klubangehöriger war, wettete über seine Verhältnisse hinaus und ließ sich dazu verleiten, die ihm anvertrauten Gelder anzugreifen. In gestrigen Sonnabend sollte Hoffmann abgerechnet werden, nicht mehr, die fehlenden Summen heranzuschaffen. Freitag Abend schloß er sich in seinem Bureau in der Köthener Str. 48 ein und öffnete die Dämme der Gasbefüllung. Gestern Morgen wurde er tot aufgefunden.

Die Direktion des Hofe-Theater teilt uns mit, daß in „Gondaris“ vom 9. Mai in einem Artikel unter der Ueberschrift „Von der Arbeit der Beleger“ es unter anderem heißt: „Direktor Bernhard Hofe hat den Antrag einer Theatervorstellung der bürgerlichen Jugendvereinigungen des Ostens überwiegen.“

Das sei ein Irrtum. Die Sache sei die: Das Theater habe viele Vereine, welche das Theater suchten, auch Schulen. Kurz vor vergangene Weihnachten sei das Theater an eine Schule verpachtet worden, welche den Ueberfall, der durch den Verkauf der Willen erzielt wurde, zu ihrem eigenen Zwecke verwendet hat.

Die Annahme, daß Herr Hofe den Antrag einer Theatervorstellung indirekt der bürgerlichen Jugendvereinigungen übermitteln hat, ist aus der Fassung des von uns besprochenen Berichts zu entnehmen.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 76 und einem Pferdewagen der Linie 15 ereignete sich gestern nachmittags am Köthener Platz. Der Straßenbahnwagen fuhr mit solcher Wucht auf den Hinterrad des Pferdewagens auf, daß dieser stark beschädigt und aus dem Betrieb gezogen werden mußte. Der Schaffner erlitt dabei schwere Verletzungen im Gesicht, auch wurde ihm die Schlagader der linken Hand aufgeschnitten. Er und zwei Passagiere, die ebenfalls Verletzungen erlitten hatten, mußten nach der Infirmerie in der Köpenickerstraße gebracht werden.

Das ausgeführte Kind. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 11. Mai 1914 wurde in einem Hotel in der Albrechtstraße von einer 25jährigen, schlanken, circa 1,55 bis 1,60 Meter großen Frauenschönheit mit dunkelbraunem Haar und vollem gesundfarbenen Gesicht ein etwa acht Wochen alter Knabe zurückgelassen, offenbar in der Absicht, sich desselben zu entledigen. In ihrer Begleitung befand sich eine circa 45 Jahre zählende, etwa 1,50 Meter große Frau mit grauweißem Haar und schmalen, eingefallenen und blassem Gesicht. Wie bisher festgestellt werden konnte, hat die jüngere der beiden Frauen — anscheinend die Mutter — am 9. Mai in der Filiale des „Berl. Volkszeitungs“ in Charlottenburg, Kaiserdamm 6, 2 Annoncen — in einer suchte sie eine Stelle als Wirtschafterin und in der anderen will sie einen acht Wochen alten Knaben verschicken — aufgegeben und auch die eingegangenen Offerten dort abgeholt. Eine mit dem Knabe zurückgelassene Milchflasche trägt die Aufschrift: „Sauglingsfürsorge Charlottenburg.“ Nach diesen Feststellungen liegt die Vermutung nahe, daß die Kindesmutter in Charlottenburg wohnt oder gemohnt hat. Die Personen, denen Umstände bekannt sind oder werden, welche mit dem geschilderten Vorfall in Verbindung gebracht werden können, werden ersucht, dem XIV. Kriminalbezirk beim Polizeibezirksamt Berlin Mitte, Rottenmarkt 1, Zimmer 18 zu dem Altstegischen B. XIV. 14 1530 Kenntnis zu geben.

Unbekannter Täter. Am 22. d. Mts. abends 9 1/2 Uhr verübte ein unbekannter Mann dadurch Selbstmord, daß er sich in der Nähe von Schulzendorf unmittelbar vor einem von Zegel nach Kremmen fahrenden Zuge so auf die Schienen warf, daß ihm der Kopf abgefahren wurde. Der Lokomotivführer, dem ein rechtzeitiges Anhalten des Zuges unmöglich war, meldete den Vorfall auf Bahnhofs Schulzendorf. Von dort wurde die Polizei benachrichtigt, die den Toten, der keinerlei Legitimationspapiere bei sich hatte, nach der Polizeihalle in Zegel übergeführt hat. Der Tote ist circa 25 Jahre alt, groß, schlank, hat bageres Gesicht, dunkles Haar, blonden Schnurrbart und ist bekleidet mit blauem Jacketanzug, schwarzem, freiem Hut, weißem Hemd und blauweißgestreiftem Oberhemd, weißem Stehragen mit umgelegten Äden, blaifarbenem Selbstbinder, grauwollenen Strümpfen und schwarzen Schürhühen. Kelognoszenten wollen sich bei der Zegel Polizei melden.

Vorortnachrichten.

Wilmerdorf.

Sand in die Augen!

Uns wird geschrieben: Alle paar Tage bemüht sich der Wilmerdorfer Magistrat im Schweiße seines Angesichts, die heunruhigenden Nachrichten zu dementieren, daß der im jüdischen Besitz befindliche Joachimsthal'sche Park der Auspflanzung zum Opfer fallen werde. Man muß den Mut des Magistrats bewundern, nachdem man sichere Informationen die für die Wertung des Grundstücks eingehende Deputation bereits beschloffen hat, das Hauptgelände mit vierhundertjährigen Pflanzensätzen belegen zu lassen. Nur um die Presse und die Öffentlichkeit, deren Lärm man nach früheren Erfahrungen fürchtet, zu täuschen, sind einseitigen unter Anwendung unerheblicher Mittel Park und Spielplätze freigegeben worden. Die grünen Rasenflächen mit dem alten Baumbestand werden verschwinden, sobald in dem Teil, der nach der Parkenstraße gelegen, die evangelische Kirche, eine überflüssige Parkterrasse im Bau begriffen sein wird. Um diese Kirche herum werden lediglich schmale Sandstreifen angelegt werden, die als Erholungsstätte natürlich völlig wertlos sind. Trotzdem also in eingeweihten Kreisen kein Zweifel mehr besteht, daß der Park, den die Stadt für 4 1/2 Millionen erworben hat, fast völlig vernichtet wird, sucht man die Aufmerksamkeit von den bereits gefassten Plänen abzuwenden. Demgegenüber muß die Öffentlichkeit an den Magistrat die Frage richten, wieviel von den vorhandenen etwa 40 000 Quadratmetern, die der Park umfaßt, endgültig als Volkserholungsstätte erhalten bleiben. Nur wenn hierauf von amtlicher Seite Lipp und Lachkunst gegeben wird, kann man den fortwährenden Demontis, die billig wie Brombeeren sind, Wäanden schenken.

Treptow-Baumkulturbewegung.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Waldvereins wurde zunächst nach Entgegennahme des Jahresberichts Genosse Steinisch als 2. Vorsitzender und Genosse Berni als Revisor gewählt. Hiernach hielt Genosse Berni einen instruktiven Vortrag über das Thema: „Der Sozialismus von der Utopie bis zur Wirklichkeit.“ Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in fesselnder Weise und erzielte am Schluß seines Vortrages reichen Beifall. In der Diskussion richtete Genosse Hornig überzeugende Worte an die Versammlung, mehr wie bisher für die Jugendbewegung einzutreten. Eine Anregung des Genossen Freising, zu der Tagesordnung der Kreisgeneralversammlung Stellung zu nehmen, damit die Delegierten ihr Veto nicht nach eigenem Ermessen abzugeben gezwungen seien, wurde dadurch erledigt, daß der Vorsitzende, Genosse Pappé, erklärte, der Vorstand werde für die Zukunft darauf Rücksicht nehmen.

Röpenitz.

In der Mitgliederversammlung des Waldvereins widmete der Vorsitzende Genosse Wähler dem verstorbenen Genossen Gustav Heinrich einen warmempfundenen Nachruf. Einer unserer arbeitsfreudigsten Genossen sei mit ihm dahingegangen. Alsdann referierte Genosse Gahorn über „Die Einführung in den Sozialismus“. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Neuaufnahme hatten sich neun neue Mitglieder gemeldet, die ohne Widerspruch aufgenommen wurden. Als Delegierte für die Kreisgeneralversammlung wurden für die Altstadt Raskke, für die Reichsvorstadt Wilhelm Fischer, für die Köpenicker Vorstadt Mand und für

die Dammvorstadt die Genossin Riving, für die Verbands-
generalversammlung an Stelle der Genossin Riving der Genossin
Geislich gewählt. Beschlossen wurde noch am 19. September im
Stadttheater das diesjährige Stiftungsfest des Wahlvereins zu
feiern.

Wildau-Höherlehme.

Ein graufiger Hund wurde durch spielende Kinder am Lenteich
hinter der Schwarzpflanzfabrik gemacht. Dieselben entdeckten
ein Paket, das den Leichnam eines Kindes enthielt. Die Beine waren
auf dem Rücken und die Arme auf der Brust fest zusammengebunden.
Die Schädeldecke wies eine deutlich sichtbare schwere Verletzung auf.

Spandau.

Von einem unerhörten Vorgang wird uns folgendes berichtet:
Auf der Oberhavel in der Nähe der Bürgerablage bei Spandau
kletterte am Himmelfahrtstage ein mit vier Personen besetztes Boot.
Eine Dame verschwand in den Fluten, wurde aber von zwei Zu-
fassen des Bootes nach kurzer Zeit lebend geborgen, während der
vierte sich an dem Boote, das Kiel oben lag, festhielt und ebenfalls
gerettet wurde. Auf der Bürgerablage hielten zwei Vereine, der
Militärarbeiterverband und ein Sparverein, ein Waldfest ab. Als
die beiden Netze die verunglückte, laut schreiende Dame an den Strand
brachten, lösten sich aus der Gruppe des Militärarbeiterverbandes
8-10 Männer, die der Geretteten mit Gewalt die Kleider vom Körper
rißen. Auf den Ruf: „Stellt sie auf den Kopf!“ schrie einer der
Männer die Gerettete an die Höhe; die so Behandelte wählte
während dieser Prozedur schreiend mit dem Gesichte im Sande.
Aus der Menge heraus protestierte man gegen diese Behandlung
und es fehlte nicht viel, dann wäre es zwischen den betrübten
Mitgliedern des Militärarbeiterverbandes und den übrigen Aus-
säglichen zur Schlägerei gekommen; selbst der anwesende Polizei-
beamte von Spandau war dem Treiben dieser Missethäter gegenüber
machtlos.

Eine große Tafel, welche die Aufschrift Militärarbeiterverband
trug, wurde nach diesem Vorkommnis schnellig entfernt. Es dürfte
für die Behörde nicht schwer sein, die Täter festzustellen.

Die gelben Werkvereine und das Spandauer Gewerbegericht.
Neber dieses Thema sprach am Freitagabend Rechtsanwalt Dr. Hugo
Heinemann in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung
bei Koch in der Feldstraße. Redner beantwortete die Frage, ob die Firma
Siemens berechtigt sei, die gelben Beiträge vom Lohn abzuziehen, da-
hin, daß die Unternehmer verpflichtet sind, den vollen Lohn aus-
zahlen. Die Gewerbeordnung erkläre Abzüge vom Lohn nur dann
für zulässig, wenn es sich um Wohlfahrtsvereine handele. Das
Spandauer Gewerbegericht habe sich nun kürzlich auf den arbeiter-
freundlichen Standpunkt gestellt, daß die Abzüge berechtigt seien, da
es sich bei den gelben Vereinen um Unterstützungseinrichtungen
handele. Das Gericht hätte dabei in Betracht ziehen müssen, daß das
Statut des Werksvereins vorsehe, daß die Mitglieder anderen außerhalb
der Werke stehenden Verbänden nicht angehören dürfen. Das
Spandauer Gewerbegericht hätte aber auch darüber stützen werden
müssen, daß die Ansprüche der Arbeiter an dem Werkverein erlöschen,
wenn sie ihre Arbeitsverhältnisse mit der Firma lösen. Die Unter-
stützung- und Wohlfahrtsvereine der gelben Werksvereine seien
nur die Maske, um die Arbeiter zu isolieren und ihnen das
Koalitionsrecht zu rauben. Das Urteil des Spandauer Gewerbe-
gerichts sei aber weiter nicht tragisch zu nehmen, da sich das
Kammergericht in direkten Gegensatz hierzu stelle. Die Firma
Siemens verstoße durch ihr Vorgehen sowohl gegen die zivilrecht-
lichen wie auch gegen die strafrechtlichen Bestimmungen. Der Staats-
anwalt sei das ganze Material unterbreitet worden, daß die
gelben Werkvereine sich u. a. an Gewerbegerichts-, Krankenassen-
und Stadtverordnetenwahlen beteiligen und somit keine reine Unter-
stützungvereine seien. Mit schwarzen Listen gehen die Unternehmer
gegen die Arbeiterchaft vor und außer den Zwangs-
arbeitsnachweisen verleihe man jetzt noch, die Arbeiterchaft in die
gelben Werkvereine hineinzuweisen. Redner ging dann ausführlich
auf den geplanten Gesetzesentwurf ein, der der Arbeiterchaft das
ohnehin schon kümmerliche Koalitionsrecht vollständig rauben wolle.
Weder aber der Gesetzesentwurf in Kraft trete, müsse die Parole lauten:
Sine in die freien Organisationen. (Lebhafte Beifall.) Genossin
Nichter behrachte dann noch das Verhalten des Vorsitzenden des
Spandauer Gewerbegerichts, Magistratsassessor Volz. Seiner Auf-
fassung habe der Assessor bei der Klage einer Arbeiterin gegen den
Abzug der gelben Beiträge die Klagerin zugunsten der Firma
Siemens beeinflusst wollen. Als er, Redner, im Hörsaalraum die
Bemerkung gemacht: „Das ist eine Beeinflussung“, sei er zu 10 M.
Geldstrafe verurteilt worden. Hierfür wurde die Versammlung, da
sie, trotzdem die Firma Siemens einige Vertreter entsandt hatte,
niemand zum Wort meldete, geschlossen.

Panorama.

Zu einer würdigen und imposanten Demonstration für den
Völkerverein, aber auch für den Kampf gegen den inneren Feind,
die Reaktionskräfte aller Art, gestaltete sich eine, von der örtlichen Partei-
leitung im „Aurfließen“ einberufene Versammlung. Der große Kur-
fürstengarten vermochte die anrückenden Scharen nicht zu fassen es waren
etwa 2300-2500 Personen im Garten anwesend, so daß viele wieder
umkehren mußten und die Ordnung, als welche eine Anzahl Partei-

funktionäre tätig waren, hatten hinreichend zu tun, um die
immer von neuem Ankommenden unterzubringen. Die Ver-
sammlung wurde eingeleitet durch ein stimmungsvolles Lied des
Pantomer Arbeitergesangsvereins „Lieber Freund“. Sodann ergriff der
Referent, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Liebknecht, das
Wort zum Vortrag über das Thema „Militarismus und Arbeiter-
klasse“. Mit guter Sachkenntnis untersuchte der Redner das Wesen
des Militarismus. Er legte eingehend dar, aus welchen Gründen
sich die große Mehrheit des deutschen Volkes mit dem von den
herrschenden Klassen in jeder Beziehung geförderten Militarismus
nicht einverstanden erklären kann. Unter hümischem Beifall der
Versammlung ließ er sie alle Revue passieren: die schußfähigen
Militärministerhandlungen und ihre Ursachen, die Panzerplattenpatronen,
die Kriegsbeher, die aufgelaufenen Vertreter des Militarismus in
der Seeresverwaltung, a la Falkenhayn und Bild v. Hohenborn,
sowie die Kriegervereinsgeneräle, die typischen Vorgänge in Javern
mit Meuter und Forstner, das famose Militärkabinett mit seinen Be-
gleitererscheinungen und nicht zuletzt das sinnlich naive Völkertum mit
seinem „Leutnant der Reserve“. Ferner erfuhren die Chauvi-
nisten innerhalb und außerhalb Deutschlands und deren
schamloses Treiben eine recht gründliche Zurechtweisung.
Ein Ruf der Empörung ging durch die Versammlung, als der
Redner den neugeborenen Polizeiminister charakterisierte, der seine
Aufgabe darin erblicke, sich in den Landtag einzuführen mit einer
unerhörten Beleidigung des preussischen Volkes. Als ein Faustschlag
ins Gesicht des Volkes werde es empfunden, daß dieser Minister
erkläre: „Er denke nicht daran, eine Wahlrechtsvorlage einzu-
bringen.“ Zum Schluss forderte Liebknecht alle Frauen und Männer
auf, ihre Kinder zu freien, selbstbewußten Staatsbürgern
zu erziehen. Mit hümischem Beifall wurden die Schlussworte Lieb-
knechts aufgenommen, daß wir den Kampf führen müssen und
führen werden, den Kampf für Frieden und Freiheit, den Kampf gegen
den Militarismus.

Der Gesangsverein ließ nun das Lied „Ende zum Licht“ er-
klingen und erntete ebenfalls starken Beifall. — Nach einem fernigen,
ankfeuernden Schlusssatz des Vorsitzenden Genossen Schindler und
einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie, wurde diese groß-
artige Demonstrationversammlung geschlossen.

Notwendig.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest soll einem Beschluß der letzten
Kartellkongress zufolge, wiederum an der Berliner Straße abgehalten
und der Auszug auch diesmal auf das Neuenfelder Viertel aus-
gedehnt werden. Um einen besseren Besuch herbeizuführen, soll der
Eintrittspreis nur 20 Pf. betragen. In der Sitzung wurde zur
Sprache gebracht, daß der Rechtskonsulent Richard Wöbe, Wallstr. 52,
für Auskünfte sowie Anfertigung von Schriftstücken sehr oft ein
hohes Honorar fordere. Als verwerflich müsse es bezeichnet werden,
daß Wöbe sich als Arbeitersekretär ausgibt. Demgegenüber wird die
Arbeiterchaft auf den hier bestehenden Arbeiterauskunftsbüro im
Lokal von Gruhl, Pflaferstraße, aufmerksam gemacht. Dort wird
für die organisierte Arbeiterchaft jeden ersten und dritten Dienstag
im Monat unentgeltlich Auskunft erteilt. Die Handels- und Trans-
portarbeiter berichteten, daß sie die Einmarktulage, die ihr Tarif
bereits zum 1. Mai für Rückwärts vorkam, hätten fallen lassen müssen,
da sich die Führer weigerten, dieselbe zu zahlen. In einem
Kampf habe man der schlechten Konjunktur wegen nicht eintreten
wollen. Die Führerhäute Behlau und Braun seien für organisierte
Kaufher nach wie vor gesperrt.

Frauen-Leseabende.

Erster Wahlkreis. 1. bis 4. Abt. bei Weihnachts. Geislich, 21. —
5. Abt. bei Drepler, Altonaer Str. 20, Vortrag der Genossin Ruden:
„Vollschulen“.

Zweiter Wahlkreis. Montag, 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:
Siemens, Altonaer Str. 58, Genossin Dr. Grunmach: „Die Umfälle des täglichen
Lebens.“ — Café Dornik, 2. Vortrag von Genossin Otto Franke: —
Friedrich, Blücherstr. 55, Café Fontane, Vortrag des Genossen Karl
Wöbe: „Reich, Kartellanten, 73, Genossin Kurm: „Die Frau und der
Sozialismus von Bebel“.

Dritter Kreis. Der Frauen-Leseabend fällt in diesem Monat aus.

Baumischulenberg. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Erde, Ecke Ernststraße,
Genossin N. Nolech, Redattier der „Sünder-Blg.“ über: „Lrakten und
Koden im Wandel der Zeiten.“ Gäste willkommen.

Potsdam. Montag, 8 1/2 Uhr, in der Villa Kapf, Joh. Baloffer.
Vortrag des Genossen H. Müller über: „Land und Leute von Amerika“.

Vorhölzwalde. Dienstag, 8 1/2 Uhr, in den Vorhölzwalder Fest-
sälen, Vortrag der Genossin Malchle.

Britz-Buckow. Mittwoch, 1/2 9 Uhr, bei Becker, Chausseestr. 97.
Vortrag der Genossin Frau E. Rymel: „Hilf Rinderkühl eine Kultur-
bewegung“.

Charlottenburg. Montag, pünktlich 8 1/2 Uhr, gemeinsamer
Leseabend im Volkshaus, Rosinenstr. 3, in dem Genossin Ballo
Zehler einen Vortrag halten wird.

Friedenau. Dienstag, bei Klabe, Genossin Richard Hagen spricht
über „Angeln der Revolution“.

Alt-Giesde. Dienstag, 8 Uhr, im Restaurant von Nise,
Oranien-Strasse, Ecke Berder-Strasse, Genossin Fiedel-Neukölln spricht
über „Steuer und Zölle“.

Hermisdorf. Mittwoch, 8 1/2 Uhr, bei Eggbrecht, Wöbestr. 1.
Vortrag des Genossen Schradel über: „Entwicklung der Arten“.

Johannisdorf. Dienstag, bei Heidrich, Friedenstr. 6a, Genossin
Erwin Kennmann hält den zweiten Vortrag über das Thema: „Was wollen
wir Sozialdemokraten?“

Neukölln. Die Frauen-Leseabende finden viertelwöchentlich statt und zwar
für die Bezirke 1-6 in den Hohenhausener-Alleen, Rottbäcker Damm 76.
Referent: Arbeitersekretär Eugen Bräuner. Für die Bezirke 7-12 in den
Ballage-Heilälen, Bergstr. 151/152. Referent: Genossin Frau Carl. Für die
Bezirke 13-17 in Petrus Heilälen, Aniebedstr. 114. Referent: Genossin
Emil Barth. Für die Bezirke 18-24 in der Vereinsbräunerei, Hermann-
straße 214-219. Referent: Genossin Hermann Radtke. Thema: „Arbeiter-
schaft und Arbeiterversicherung.“ Es ist dieses der 7. Vortrag in der Er-
weiterung unseres Parteiprogramms.

Rödenitz. Dienstag, 8 1/2 Uhr, bei Hennig, Bahnhofstr. 31. Be-
sprechung über Ferienziele.

Sankt. Montag, bei Gigel, Kaiser-Wilhelm-Str. 34. Vortrag der
Genossin Böhm: „Warum sind wir Sozialdemokraten?“

Vietzenberg. 1. Viertel: Friedrich-Walke-Strasse 11, bei Schmitze.
Genossin Andree: „Entwicklung der Genossenschaftsbewegung.“ 2. Viertel:
Kronprinzstr. 47, bei Schulz. Genossin Stimmung: „Was heißt Ver-
sicherung?“ 3. Viertel: Alt-Bozinger 56, bei Blume. Genossin Glöckner:
„Parteinismus.“ 4. Viertel: Lärchenblüth 40, bei Krüger. Genossin
Nichter: „Der Sozialismus im Lichte der Gegenwart.“ 5. Viertel: Wilhelm-
straße 88, bei Berner. Genossin Göbel: „Die Entwicklung zur landwirtschaftlichen
Produktion.“ 6. Viertel: Kälberstr. 53/54, bei Hoffmann. Genossin
Jahn: „Erziehungstagen.“

Größ-Vietzenfeld. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Mahrendorf, Pöfestr. 7.
Julian Vorhadt: „Frauenfrage und Sozialismus.“

Maricendorf. 8 Uhr, bei Genossin, Chausseestr. 27. Genossin
H. Lorenburg spricht über „Imperialismus und Frauen“.

Maricendorf. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Schuster, Kirchstr. 68. Frau
Elisabeth Rymel: „Hilf Rinderkühl Kulturarbeit?“

Rieder-Zähne. Der Frauen-Leseabend findet diesmal am
4. Juni, bei Genossin, Vortrag der Genossin Rita Dunder: „Bes-
halb sind wir Sozialdemokraten?“

Reinickendorf-Ch. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Sadau, Reibengstr. 124.
Genossin Ernst Renter: „Christentum.“ (II).

Reinickendorf-Weh. Dienstag im Jugendheim: Vortrag des
Genossen Kandel über: „Reichsvereinsratsorganisation“.

Schöneberg. Montag, 8 1/2 Uhr, 1a. Bezirk, bei Händel, Vorberg-
straße 9; 1b. Bezirk, bei Rabe, Röllendorferstr. 16; 2a. Bezirk, bei Schulz,
Wapfel-Gaulstraße, Vortrag des Genossen Hoffmann; 2b. Bezirk, bei
Winde, Wühlstr. 8a; 3. Bezirk, bei Wanditz, Bohustr. 25; 4. Bezirk, bei
Häuser, Köpenickerweg 42, Vortrag; 5. Bezirk, bei Lehmann, Sedanstr. 56,
Vortrag des Genossen Grunmach; 6. Bezirk, bei Grams, Übersstraße,
Ecke Tempelhofer Straße, Vortrag des Genossen Dr. Sommerfeld über:
„Frauenleben“.

Über-Zähne. Mittwoch, 8 1/2 Uhr, bei Rabe, Wilhelmstr.-
hofstraße 43, Vortrag der Genossin Grunmach: „Die Frauen und der
Sozialismus.“

Tegel. Montag, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Bahnhofsstr. 15, Vortrag über:
„Sexuelle Aufklärung.“ Referent: Genossin Malchle.

Treptow. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Scholz, Gräbstr. 49. Dr. Max
Schütte über: „Deutschland im Mittelalter“.

Waldmannsluh. Mittwoch, im Schweizerhaus, Dianastraße,
Vortrag der Genossin Emma Adl: „Hilf Rinderkühl Kulturarbeit?“

Weihenker. Montag, 8 1/2 Uhr, bei Peusert, Berliner Allee 551, Vor-
trag des Genossen Fritz Jäh.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Vor Schluss der Teilnehmerlisten sei nochmals auf unsere
zwei großen Finghrunderfahrten aufmerksam gemacht. I. Zwei bis drei
Lage: Schwed a. D. — Tal der Weibe — Gaarleiner See — Oberberg — Waga-
sen — Chorsing. Unkosten 5-6 M. Redeschluss und Teilnehmer-
zusammenkunft am Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Heim I. —
II. Drei Tage: Teitin — Rügen — Bus — Rügen. Unkosten 15 M. Melde-
schluss und Teilnehmerzusammenkunft am Dienstag, abends 8 Uhr, im
Heim I. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. — Neben
Montag, Mittwoch und Donnerstag finden unsere Spiele auf dem Platz in,
der Gengerstraße statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Mai, von 11 bis 12 Uhr
Bappelacke 15-17; Neukölln, „Jugendhaus“; Tegel, Bahnhofsstr. 15, und
Derschauweide, Altonaer Str. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags
11 Uhr, Kleine Acanthustr. 6; Vortrag von Herrn H. Jähler:
„Denen und Wollen.“ Damen und Herren als Gäste willkommen.

Witterungsbericht vom 23. Mai 1914.

Stationen	Stunde	Wind	Witterung	Temperatur	Stationen	Stunde	Wind	Witterung	Temperatur
Ewinende	767	SO	3 halb bb	17	Daparanda	761	RD	2 bedekt	4
Hamburg	762	SO	4 bedekt	19	Petersburg	768	SE	1 halb bb	12
Berlin	760	S	3 heiter	18	St. Petersburg	761	SE	3 bedekt	12
Frankf. a. M.	761	SO	1 mollig	18	Aberdeen	763	N	3 Regen	8
München	760	S	1 mollig	17	Wars	762	SO	1 Regen	16
Wien	770	DEO	2 mollig	15					

Wetterprognose für Sonntag, den 24. Mai 1914.

Zunächst wärm und schwül, vorherrschend mollig bei ziemlich lebhaften
Südwestlichen Winden, Regen und Gewitterneigung; nachher langsam wieder
aufklarend, kühl.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag
mittag: kühl, meist größtenteils mollig und besonders im südlichen
Gebiet noch etwas Regen. Später ostwärts fortschreitende langsame
Wiederwärmung und nach einer kühl Nacht am Montagvormittag
ziemlich rasche Erwärmung.

Reisler

Schuhe

Das Schönste & Modernste zu Pfingsten

Farbige Stiefel * Farbige Halbschuhe * Leinenschuhe * Tennischuhe * Sandalen * Große Spezial-Abteilungen für Kinder-Stiefel

König-Strasse 54 Leipziger Strasse 65 Oranien-Strasse 47a Neukölln, Bergstr. 7/8 Mollen
Friedenau, Reinstrasse 14 Tourenzien-Strasse 20 Oranien-Strasse 54 Moabit, Turmstrasse 50 -Str. 3a



A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Neu eröffnet: Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 118-119

Billige Pfingst-Angebote

Heute Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet

Damen-Wäsche



Fesche Schute Hand aus Borte geätzt, Kopf aus Voile mit Margueriten oder Kornblumen u. Achren garniert, reiche Band-Untergarnitur... **8.75**

Untertaillen reich mit Stickerei garniert
95 1.25 1.45

Weisse Röcke mit Stickerei-Volant
2.45 2.95 3.75

Taghemden, Beinkleider, Nachtjaken in versch. Fassons, mit Stickerei garniert

Serie I	Serie II	Serie III
1.65	1.95	2.25

Bade-Artikel

Garnituren Hemd und Beinkleid, m. reicher Stickereigarnitur
5.95

Prinzess-Röcke mit Stickereivolant und Bandedurchzug
3.95 5.95



Moderner Rembrand aus Tagalin, reich mit Flieder und Rosen garniert... **7.90**

Trikot-Anzüge f. Herren 1.75, 2.25, 2.75
Trikot-Anzüge f. Damen 1.25, 1.65, 1.95
Trikot-Anzüge für Kinder, einfarbig 65, 75 Pf.
Frottier-Handtücher a. Kräuselstoff mit Kante... 55, 75 Pf.

Bade-Laken für Kinder, aus weissem Kräuselstoff 95, 1.25
Bade-Laken für Erwachsene, aus gutem Kräuselstoff 2.25, 2.95
Bade-Mäntel für Erwachsene... 3.75, 5.50
Bade-Mäntel für Damen oder Herren mit farbigem Besatz... 7.75

Damen-Konfektion

Weisse Blusen aus Voile, reich bestickt,.....	2.45, 3.95, 6.90	Kinder-Kleider aus weissen und farbig. Waschstoffen	1.85, 4.50, 7.95
Weisse Kleider reich bestickt, modernst. Verarbeitung	8.75, 14.50, 19.75	Kostüm-Röcke Leinen-imitation, weiss oder creme..	2.45, 3.95, 5.75
Blusen-Jacken aus Moiré od. Taffet	10.75, 16.50, 19.75	Kostüm-Röcke aus Frottéstoffen, in verschieden. Fassons	4.50, 6.75, 9.75

Trifotagen

Hemden für Herren, makofarbig 1.55, 1.75, 1.95
Beinkleider für Herren, makofarbig..... 1.25, 1.40, 1.55
Einsatz-Hemden für Herren, viele Halsw. 1.75, 1.95, 2.95
Sport-Hemden weiss, halbfrei, mit breit. Umlegekragen 3.95, 4.50
Hemd-Hosen für Damen, weiss 95, 1.25, 1.75
Direktore-Beinkleider für Damen, schwarz oder farbig..... 75, 95, 1.95

Damen-Schuhwaren

Knopi- od. Schnürschuhe Stoff, weiss, beige, grau, neue Formen 4.50
Pumps Stoff, weiss, beige, grau 3.50
Chevreau-Halbschuhe schwarz 7.75, braun 7.75, 8.75
Chevreau-Schnürstiefel schwarz 7.75, braun... 9.75

Strümpfe

Strümpfe für Damen, englisch lang, schwarz oder lederfarbig 48, 55, 85 Pf.
Strümpfe für Damen, ganz oder halb durchbrochen, schwarz, weiss, farbig 58, 75, 95 Pf.
Strümpfe für Damen, englisch lang, Mousseline, schwarz, weiss, farbig 58 Pf.
Strümpfe für Damen, Seide mit Florrand und Sohle, schwarz oder farbig... 1.45
Socken für Herren, schwarz oder lederfarbig 28, 38, 48 Pf.

Herren-Artikel

Sporthemden für Knaben, ca. 60 70 80 90 cm mit Steh-Umlegekragen.. 1.35 1.65 1.95 2.25
Sweaters für Kinder, Halbausschnitt, kurze Ärmel, versch. Farb., 58, 78 Pf.

Oberhemden durchgehend Perkal 2.25, 3.75 mit festem Mansch.
Oberhemden weiss, mit Pique-Falten-Einsatz u. fest. Manschetten 3.95
Herrenkragen mod. Form, garantiert 45 Pf.
Poulard-Krawatten Selbstbinder, extra lang, 95 Pf.
Selbstbinder Regattes oder Schleifen, aparte Dessins... 95 Pf.
Herren-Strohhüte Form, Rustic-Geflecht... 1.45, 2.25
Herren-Strohhüte mit Garnierung... 1.65, 2.25
Knaben-Strohhüte Panama-imitation, mit Garnierung... 1.45



ABC-Söckchen mit Wollrand, sitzen fest u. rutschen nicht hell od. dunkel-farbig 38 4, 5, 6 48 7, 8, 9 58 Pf.

Handschuhe für Damen

Zwirn 2 Druckknöpfe, farbig, oder weiss 42 Pf.
Imitiert Leinen 2 Druckknöpfe, farbig 70, 85 Pf.
Form Mousquetaire durchbrochen, 12 Knopf, weiss 85, 95 Pf.
Halbhandschuhe weiss o. schwarz, ca. 40 cm... 38, 48, 65 Pf.
Halbhandschuhe reine Seide, Perifilet, weiss oder schwarz... 95 Pf.

Gardinen

Künstler-Gardinen moderne Muster, 2 Flüg., 1 Querbeh. 3.95, 5.75
Gardinen weiss oder creme, Fenster 2 Flüg. 2.85, 4.95
Erststül-Bettdecken m. Volant üb. 2 Bolten, elegante Ausführung... 12.85



Direktore-Korsett weiss, mit Stickereigarnitur, Bandedurchzug, Schleife, 4 Haken, waschbar mit den Strümpfen 4.50

Reise-

Runde Hutkartons mit Lederriemen 95, 1.10, 1.25
Reisetaschen City-Bag-Form, ca. 33 35 39 42 45 cm aus kräftigem braunem Leder..... 6.85 7.50 8.25 9.25 10.25
Triumphstühle 1.45 mit Armlehne 1.85
Bahn-Koffer ca. 70 80 90 100 cm mit herumgebundenen Holzbögen... 21.50 22.50 24.50 27.50

Tändelschürze m. Trägern, reiche Stickereigarn. 1.45

Kinderschürze weiss, mit Falten-Volant u. Bindebändern, ca. 45-50 cm 1.25 1.65

Russenkittel aus verschiedenen Stoffen, m. hübschen Garnierungen, in drei Grössen 95 Pf.

Spielhöschen in halb. Ärmeln, 2 Taschen, hübsch garniert 1.15

Artikel

Kupee-Koffer dunkelbraune Leder-imitation, 2 Schlösser 2.90 3.50 4.00 4.50
Kupee-Koffer aus braunem Kunstleder, Patentgriff, 2 Schlösser 4.25 4.75 5.50 6.25
Kupee-Koffer aus Longrain-Vulkanfiber, m. Metallschiene, 2 Schlössern und beweglichem Metallgriff 6.75 7.00 7.25 7.75

Reise-Karton

aus Lederpappe mit Schloss und Griff 95 Pf.



Reise-Tasche

aus Kunstleder mit Metallgriff, ca. 45 cm 2.90



Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Sonnabend, den 23. Mai 1914, vormittags 10 Uhr.

Dritte Lesung des Etats.

Kultusetat.

Ein von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien eingebrachter Antrag verlangt, daß den in der Schweiz promovierten Tierärzten die Führung des Titels med. vet. in Deutschland gestattet werde, wenn ihre Dissertation den wissenschaftlichen Anforderungen der preussischen tierärztlichen Hochschule entspricht.

Ein konservativer Antrag will den in der zweiten Lesung gestrichenen Titel für den Neubau des Rauchmuseums in Höhe von 87 000 M. wieder herstellen.

Abg. Vierck (H.)

fragt den Minister, ob er schon in der Angelegenheit der beiden vom „Vorwärts“ veröffentlichten Briefe über den verbotenen Kauf des Professorentitels etwas veranlaßt habe.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Ich habe die beiden Hefen des „Vorwärts“, in denen die Briefe enthalten sind, an die Staatsanwaltschaft übergeben, die das weitere veranlassen wird. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir müssen abwarten, welchen Erfolg dieser Schritt haben wird. Ich brauche es wohl nicht erst auszusprechen, daß der Professorentitel in Preußen nicht käuflich ist, in welcher Form es auch immer sein mag. Das verleiht sich ganz von selbst. Gegenüber den gravierenden Angaben, die in den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ enthalten sind, sind eingehende Ermittlungen angeordnet worden. Diese haben ergeben, daß der verstorbene General v. Lindenau sich niemals im Ministerium um die Erlangung des Professorentitels oder einer anderen Auszeichnung bemüht hat, weder schriftlich noch mündlich. Allerdings konnte festgestellt werden, daß vor zwei oder drei Jahren der General v. Lindenau einmal im Ministerium gewesen ist, um sich bei dem Referenten über die Verleihung des Professorentitels an einen praktischen Arzt zu erkundigen. Der Referent war aber im Ministerium nicht anwesend. So ist es zu einer Unterredung mit ihm gar nicht gekommen, und ich kann hinzufügen, daß der praktische Arzt, für den der verstorbene General Erkundigungen einziehen wollte, den Professorentitel bis heute noch nicht erhalten hat. Was den zweiten Fall anlangt, den der „Vorwärts“ mitteilte, so handelt es sich hier um einen Dr. Ludwig, der einen Brief an eine ungenannte Adresse gerichtet hat. Wie festgestellt wurde, ist dieser Dr. Ludwig im Ministerium nur dadurch bekannt, daß er ein oder mehrere Male von ihm verbotene Schriften dem Ministerium übersandt hat und darauf, wie es öfters geschieht, den üblichen Dank bekommen hat. Sonst ist Dr. Ludwig im Ministerium nicht bekannt und er hat niemals, weder schriftlich noch mündlich, versucht, die Erlangung des Professorentitels oder einer anderen Auszeichnung für irgendeinen Herrn zu erwirken. Dieses sind die Feststellungen. Ich wiederhole, die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben, und wir werden sehen, was sich daraus ergeben wird.

Es ist richtig, ich sehe schon eine gefehliche Regelung des Mittelschulwesens und der Gehälter der Mittelschullehrer vorzunehmen, erscheint mir sehr zweifelhaft, denn das Mittelschulwesen befindet sich erst in seinen Anfängen, es muß sich zunächst etwas weiter ausdehnen und dann kann dieser Frage nähergetreten werden.

Abg. Dr. Marx (Z.)

polemistisch gegen die Nationalliberalen. Die Art, wie die Nationalliberalen in der zweiten Lesung den Zentrumsantrag, der der Kirche den ihr gebührenden Einfluß auf die Volksschule sichern wollte, bekämpften, sei um so bedauerlicher, als die sozialdemokratische Gefahr immer drohender werde, und den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien immer notwendiger mache. (Bravol im Zentrum.)

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Auf den Titelschacher des Generals v. Lindenau wird unser weiterer Fraktionsredner eingehen. Offensichtlich haben Sie den Mut, ihn anzuhören und beweisen nicht wieder durch einen Schlußantrag, daß da doch Dinge vorliegen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. In den Sitzak zwischen Zentrum und Nationalliberalen will ich mich nicht hineinmischen. Wenn der Sozialdemokrat zum Fenster hereinkommt, liegen sie sich ja doch in den Armen und zeigen ihre Einmütigkeit. Wir sind nicht die Freunde der Nationalliberalen und haben auch in diesem Hause reichliche Proben davon gegeben, wie wir über die Freundschaft der Nationalliberalen denken. Der Minister sprach von der Gefahr, die von der äußersten Linken drohe, er meint damit den Umsturz um. Sie wollen damit nur vor der Linken graulich machen und weiter die Schule der Kirche unterordnen. Und dabei stellen sie sich als die unschuldigen Lämmer hin, die kein Wasserchen trüben können. So behauptete das Zentrum, als Genosse Dacensich hier den Hamburger Seelenkauf anführte, daß sei alles nicht wahr. Jetzt hat der betreffende Kaplan 15 Beleidigungsklagen angestrengt und der Anfall der ersten wird ihm wohl genügen, denn inzwischen schwebt ein Strafverfahren gegen ihn. Neben der Eroberung des Wahlrechts ist die Trennung von Kirche und Schule die dringendste Aufgabe. Die Schule muß konfessionslos werden. Bei der Zahl von 1800 bis 1700 Religionsstunden in den Volksschulen kommen ihnen gegenüber nur 330 bis 370 Stunden für Naturerkenntnis in Betracht. Das zeigt, wohin Sie es treiben wollen: daß unsere Schulen nicht nur zu konfessionellen Schulen, sondern

zu kirchlichen Instrumenten gemacht

werden sollen. All diese Ueberfütterung unserer Kinder mit Religion trägt die größte Schuld daran, daß unsere Kinder, wenn sie aus der Volksschule heraus sind, nichts mehr von der Religion wissen wollen. Pastor Emil Felden hat in einem Artikel gesagt, wie nach einer Umfrage unter seinen Konfirmanden 12 bis 14jährige Knaben und Mädchen nicht mehr an Gott glauben. Von

410 Schülern, die er unterrichtete, glaubten nur 69 noch an Gott! Das beweist, daß Ihr Religionsunterricht nicht in die Herzen und noch viel weniger in den Verstand eindringt. Der konservative Abgeordnete Freiherr Schenk zu Schweinsberg hat hier ausgeführt, daß der Religionsunterricht das Schmerzenskind unseres höheren Schulunterrichts sei. 90 Proz. aller Abiturienten verlassen die Schule als religiös gleichgültig oder als irreligiös. Wenn das von Ihrer Seite gesagt wird, dann muß es schon richtig sein. An der Zahl derjenigen, die die Kirche verlassen, ist nicht zum wenigsten der Religionsunterricht, wie er in unseren Schulen ausgeübt wird, schuld. Die Gebliebenen sind religiös gleichgültig, aber nach Ihrer (zu den Konservativen) Meinung sollen sie das nicht zeigen. Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben. Goethe zwar sagt: Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat auch Religion. Wer diese beiden nicht besitzt, der habe Religion. Das Kultusministerium könnte also Erfolg schaffen für den Religionsunterricht. Aber wie können Sie mit einem Religionsunterricht etwas erreichen, der das Entgegengesetzte von dem lehrt, was sonst in den Schulen gelehrt wird. Es gibt nur eine Wahrheit, und der Staat hat kein Recht, das Gegenteil von ihr zu lehren.

Der Ministerpräsident, den man in diesem Hause ja so selten zu sehen bekommt, hatte einen gleichnamigen Vorgänger, Bethmann Hollweg den Älteren. Der stand auf einem anderen Standpunkt als dem, der jetzt eingenommen wird, der stand auf dem, den auch Minister Fall einnahm. Diese Minister zwangen die Eltern nicht, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Heute haben wir es aber in Berlin erlebt, daß es freireligiösen Gemeinden unmöglich gemacht wird, Moralunterricht zu geben. Bruno Wille, ein anerkannter Schriftsteller der bürgerlichen Gesellschaft, wurde 1895 auf Veranlassung des damaligen Kultusministers Woffe ohne Urteil ins Gefängnis gebracht, weil er freireligiösen Kindern Konfirmationsunterricht gab. Später ist er dann auf unbestimmte Zeit aus der Haft entlassen worden. Ueberall sucht man der Kirche das Anrecht auf die Schule in immer größerem Maße zu gewähren und den letzten Rest von Freiheit in der Schule zu zerstören. Die Anträge der Nationalliberalen und Fortschrittler haben heute leider nicht zur Debatte. Aber in welcher Weise der Religionsunterricht in der Schule geregelt werden muß, hat ja der Vertreter des Ministers in der Unterrichtskommission selbst zugegeben und hat gesagt: „Abern Sie nicht so viel, kommen Sie nicht so viel mit Anträgen. Denn sonst gibt es kein Halten mehr.“ Das beweist doch, daß da viel zu bessern ist. Aber nach Ihnen soll den Kindern

Unterwürfigkeit und Anechtung

anertzen werden. Und Sie reden vom Vaterland und meinen dabei Ihre eigenen Interessen. Sie (zu den Konservativen) geben nicht zu, daß die Kinder in der Muttersprache Religionsunterricht erhalten (Abg. Dietrich [H.]: Wie nicht? Sie nicht, aber Ihre Vordrüber. Traub hat mit Recht gesagt, daß der Staat nur aus Rücksicht auf die religiösen Grundgedanken des Glaubens, sondern Rücksicht auf die Arbeiterklasse zu bedürfen! Und nur dem Gesicht der Oberlehrer ist es nach den Angaben Traubs noch gelungen, Interesse für Religion auf den höheren Schulen zu wecken. Die Zahl der Dissidenten nimmt zu, das müssen selbst die „Post“ und die „Tägliche Rundschau“ zugeben. Im Jahre 1910 kamen auf 323 Schüler ein Dissident, 1911 ein Dissident auf 312, 1912 einer auf 270. Die Zahl ist also fortwährend gestiegen und in noch viel höherem Maße ist das in den Volksschulen der Fall. Es ist eine wundervolle Verwaltungspraxis, daß die Schüler der höheren Schulen vom Religionsunterricht dispensiert werden können, die Volksschüler nicht. Das heißt: wenn der Vater Geld genug hat, das Schulgeld zu bezahlen, dann braucht der Junge keinen Religionsunterricht. Hat der Vater kein Geld, dann muß der Junge unbedingt Religion haben.

Der Abgeordnete Marx (Z.) hat gesagt, der Führer der belgischen Sozialdemokraten, Huysman, habe gesagt, den Eltern stehe ein Recht auf die religiöse Erziehung des Kindes nicht zu; das Kind müsse konfessionslos erzogen werden. Ich habe mich an den Genossen Huysman gewandt und lege dessen Brief auf den Tisch des Hauses nieder. Huysman schreibt darin: „Die Worte, welche der Abgeordnete Marx mir in den Mund gelegt hat, sind erfunden von A bis Z.“ (Lebhafte Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Herr Marx stand heute hier und bellagte sich über den Mangel an Wahrheitsliebe!

Es muß nicht gut bestellt sein um den Glauben, wenn der Kultusminister mit Hilfe der Polizei wider den Willen der Eltern den Kindern die Religion aufzwingt. Es zeugt von wenig Gottvertrauen, wenn zu derartigen Maßnahmen gegriffen wird. Das Zentrum behauptet, seit Einführung der konfessionslosen Schulen in Frankreich sei die Zahl der Verbrechen gestiegen. Das Gegenteil ist der Fall! Als Portugal noch unter der Herrschaft des Manuel stand, zählte es 90 Prozent Analphabeten. In den 3 Jahren, da es Republik ist, ist die Zahl auf 60 Prozent gesunken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die kleine Freirepublik Portugal hat, seitdem das Pflasterregiment abgeschafft worden ist, 1912/13 das erste Jahr gehabt, in dem ein Ueberschuß erzielt wurde. Ich könnte darauf hinweisen, wie die Religion oft

Aberglauben und Verbrechen

fördert, wie in den frömmsten Gegenden die gemeinsten Verbrechen verübt werden. Und da bringt es Konfessionsrat Gutschmidt in Halle fertig, die Jugendpflege der Sozialdemokratie mit Raub und Diebstahl in eine Reihe zu stellen. In Ihren zurückgebliebenen Provinzen Westpreußen, Posen, kurz in Ostelbien (zu den Konservativen) hat der Alkoholismus die größte Bedeutung. (Zuruf des Abg. v. Pappenheim [kons.].) Ja, Herr v. Pappenheim, das müssen Sie doch wissen! In Ihren Reichen sitzen ja die großen Schnapsbrenner. (Zwischenruf der Konservativen. Präsident: Ich bitte Sie, den Redner nicht zu unterbrechen. Wie kommen sonst heute nicht zu Ende.) Bürgerliche Blätter haben die Tatsache festgenagelt, daß für neue Baracken 1 600 000 M., für neue Schulstellen aber nur 1 200 000 M. ausgeworfen worden sind. (Lebhafte Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Zahl der Kirchen, obwohl sie leer stehen, muß vermehrt werden, die Zahl der Lehrer nicht! Und deshalb verbinden Sie auch, diejenigen, die die Bildung fördern wollen, mit Polizei und Staatsanwalt daran zu hindern. Und dazu reicht der Kultusminister die Hand! Der Minister hat gesagt, wenn die sozialdemokratische Jugendbewegung nicht politisch wäre, würde keine Polizei Anlag haben, gegen sie vorzugehen. Angesichts der

Polizeibrutalität in Lichtenberg,

wo es sich um eine rein wissenschaftliche Veranstaltung für die Jugendlichen handelte, frage ich Sie, Herr Kultusminister: Haben Sie diesen Grundjah aufrechterhalten! Der badische Kultusminister hat unserer Jugendziehung Worte warmer Anerkennung ausgesprochen und hat gesagt: „Die Sozialdemokraten sind früher gekommen als die bürgerlichen Kreise... Die Arbeiterjugend ist in geradezu glänzender Weise von der Sozialdemokratie gefördert worden und kann jetzt den bürgerlichen Vereinen als Beispiel dienen.“ (Lebhafte Hört, hört! Zuruf des Abg. v. Pappenheim.) Dieser Ausdruck ist ein Lob für Baden. Aber wie mühte Baden aussehen, wenn es von Herrn v. Pappenheim regiert würde. Auch Preußen wird nachfolgen, wenn es auch langsam geht; denn Preußen geht nie voran, außer, wenn es sich um Reaktion und Unterdrückung handelt. Ich frage den Kultusminister: beruhen die Angaben, die in einem offenen Brief von religiösen Vereinen gemacht worden sind, auf Tatsachen, daß Freiherr v. d. Goltz für seine Tätigkeit für den Jungdeutschlandbund ein

Jahresgehalt von 20 000 Mark

bezieht, außerdem 35 Mark tägliche Reisekosten und Fahrt 1. Klasse? Daß der Sekretär 6000 Mark, 24 Mark Reisekosten und Fahrt 1. Klasse erhält. — Der Kultusminister hat bei der zweiten Lesung des Kultusetats, als ich hier den Fall des Pfarrers Luther erwähnte, erklärt: Pastor Luther sei, als er die Beleidigungen ausgesprochen habe, geistig unmnacht gewesen. In einem Brief wird aber behauptet, und das ist durch Zeugen vor Gericht bestätigt worden, daß Pastor Luther gesagt hat: wenn er wegen solcher Äußerungen in Konflikt kommen sollte, würde er sagen, er sei nervös. Ein königlicher Oberbahnoffizier hat mit einem Brief geschrieben, unter der ausdrücklichen Genehmigung, daß ich seinen Namen dem Kultusminister bekannt geben darf. In dem Briefe schreibt er, trotzdem er sein 40jähriges Jubiläum gefeiert habe, er ist über 60 Jahre alt, habe er in 8 Wochen keinen freien Sonntag gehabt. Auch der Kirchenbesuch sei ihm verweigert worden. Infolgedessen sei er aus der Landeskirche ausgestreut. Wir verlangen die Religionsfreiheit, die uns verfassungsmäßig zusteht. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kluppenborg (Däne)

führt Beschwerde über Zurückdrängung der dänischen Sprache in den Schulen.

Abg. Dr. Irmer (L.)

empfiehlt den Antrag Ahrens auf Bau des Rauchmuseums in Berlin.

Abg. Eichhoff (Sp.)

empfiehlt den Antrag Dr. Ahrens.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Seit 1870 ist immer in Belgien ein ultramontanes Ministerium am Ruder gewesen, mit Ausnahme von ein paar Jahren. Der Antrag Porich war verfassungswidrig, weil er ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Recht der Kirche auf die Schulaufsicht forderte und er war friedensstörend, weil er den Zweck verfolgte, die Gegensätze zu verschärfen.

Abg. Graf Rolffe (H.)

wendet sich gegen den Antrag Kluppenborg. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird unter dem Widerspruch der Sozialdemokraten angenommen. Persönlich bemerkt!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Tatsache, daß Sie mit dem Wort abgeknitten haben, obgleich Sie wußten, daß ich über die Titelschachersache sprechen wollte, beweist nur, daß Sie die wohl begründete Verorgannis hatten (Stürmische Gelächter rechts), ich könnte vielleicht Dinge vorbringen, die den Optimismus des Ministers Lügen strafte. (Lärm und Zurufe rechts.) Ich werde bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen. Hierauf wird der Kultusetat bewilligt. Alle drei Anträge werden angenommen.

Es entspinnt sich nun eine sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte, bei der

Abg. Dr. Sieputat (Vittauer)

bedauert, daß er die Angriffe des Abg. v. Trompegnski nicht habe zurückweisen können.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Während der Rede des Abg. Liebknecht rief der alte Parlamentsarier v. Jedlich mindestens fünfmal: „Anstus! Anstus!“ (Lebhafte Zurufe rechts: Sehr richtig! Stürmische Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Porich:

Ich habe diese Zurufe nicht gehört.

Abg. Dr. Kriebberg (natl.):

Was man von den Enthüllungen des Abg. Dr. Liebknecht zu halten hat, weiß man in Deutschland.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Man kann auch an Ausführungen kein Interesse haben, weil man zu abgebrüht ist! Da Herr v. Jedlich mir „Anstus!“ zurief, nehme ich an, daß er damit seine eigenen Ausführungen und die des Ministers meint.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Das Zentrum hat uns oft genug das Wort abgeknitten und hat kein Recht, sich darüber zu beschweren.

Darauf wird das Etatsgesetz ohne Debatte angenommen. Die dritte Staatsberatung ist damit beendet. Ohne Debatte bewilligt das Haus den Nachtragsetat in dreier Lesung.

Darauf wird nach unweiteschlicher Debatte der Geschenkwurf über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Novelle zum Zuständigkeitsgesetz, die gewisse gewerbliche Anlagen aus dem Verzeichnis der vom Kreis- (Stadt-) Ausschuss zu genehmigenden Anlagen herausnimmt, wird der Handels- und Gewerbekommission überwiesen.

Montag 11 Uhr: Befolgungsnovelle, Eisenbahnanleihegesetz, Rentendanken, Fischereigesetz und zahlreiche kleine Vorlagen.

Wer auf Qualität sieht, kauft nur MAGGI'S Bouillon-Würfel. Sie sind unerreicht in Güte und Wohlgeschmack! 5 Würfel 20 Pfg.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhne.
 Sonntag, den 24. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Der lebende Leichnam.
 Nachm. 3 Uhr:
Schiller-Theater O.: Geschäft im Geschäft.
Künstler-Theater: Der Silberpelz.
Kolossale Spiel-Theater: Dreytelle: Orpheus in der Unterwelt.
Abendvorstellungen
 Neues Volks-Theater:
 Dienstag, den 2. Juni, Mittwoch, den 3. Juni, Donnerstag, den 4. Juni, Freitag, den 5. Juni,
 Preis 8 1/2 Uhr: Maria Friedhammer.

Neue Freie Volkshöhne.
 Sonntag, den 24. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr:
Kammertheater: Die Cinnahme von Berg-op-Joom.
 Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Die Handwerker.
Deutsches Opernhaus: Figaros Hochzeit.
Schiller-Theater Charlottenb.: Rosenmontag.
Leffing-Theater: Inquisition.
Metropol-Theater: Ein Blumendel.
Berliner Theater: Große Rollen.
Tomis Operetten-Theater: Die Heidenmaus.
Theater in der Königsgrabenstraße: Das Lebensfest.
 Abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: Maria Friedhammer.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Montag und Sonnabend: Frau Barrens Gewerbe. Dienstag: Die Handwerker. Mittwoch: Maria Friedhammer. Donnerstag und Freitag: Hans Aufsehn.

Schiller-Theater O. Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.
 Montag, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinbauer.
 Montag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.

Theater in der Königsgrabenstraße
 Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
 8 1/2 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1393.
 Sonntag 8 Uhr: Der Silberpelz.
 Sonntag, 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
 Montag 8 Uhr: Schneider Wibbel.
 Dienstag: Schneider Wibbel.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.
 8 1/2 Uhr: Der Juxbaron.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**

Theater a. d. Weidendammerbrücke.
 Heute 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Der müde Theodor.
 Sensationeller Lacherfolg.
Residenz-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Jeannettes Dunkelkammer
 Schauspiel in 3 Akten von Benedikt Schumann.
 Wochen und folgende Tage:
Jeannettes Dunkelkammer.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Christl.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
Die Kino-Königin.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: Gr. Konzert u. Vorstellung. Anfang 4 Uhr.
 Sonntag: **Die Kino-Königin.**

URANIA
 Taubenstraße 43/42.
 Sonntag 4 Uhr:
 Mit dem „Imperator“ nach New York.
 (Kleine Preise.)
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
Zum Hochfirt der Jungfrau.

ZOOLOG
ischer Garten
 Zoo: Heute ja
 Aquarium: 50 Pf.
 Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Neu! Neu!
AQUARIUM
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
 Die Novität „Im Tangoklub“ und das effektvolle Eisballspiel „Die lustige Puppe“.
 Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.
 Lebend!
Die letzten weiblichen Azteken!
 Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbröcher. Aga, die schwabende Jungfrau. Südhas Geisterfest.
 Alles ohne Extra-Entree!
 Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Apollo-Theater.
 7 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
 u. das übrige Mai-Variétéprogramm.
Rauchen gestattet!

WINTER GARTEN
 Neues Programm:
Radjah
 in Ihren Tänzen Johnson u. Dean Jeanette Donarbor Ragtime mit ihrem Sextett Ballon und eine Auslese hervorragender Kunstkräfte!
 Entreeplatz wochentags M. 0.60.
 — Rauchen gestattet! —

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
 Abends 7 Uhr 55 prägnant:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

EVA
 ERSTE VARIÉTÉ AUSSTELLUNG
 BERLIN 9-24. MAI 1914
 AUSSTELLUNGSHALLE AM ZOO

Voigt-Theater
 Bahnhofsstr. 58.
 Sonntag, den 24. Mai 1914.
 Im Garten sind 1000 Personen gegen Regen geschützt.
 Eine verfolgte Unschuld. Singvögelchen
Der Liebe Erwachen.
 Kassenöffn. 10 Uhr. Nat. 4 Uhr.

Voigt-Theater
 Bahnhofsstr. 58.
 Sonntag, den 24. Mai 1914:
 7 Uhr: 7 Uhr:
Der Liebe Erwachen
 Schauspiel in 5 Akten von Gaim. Kassenöffnung 10-1 und 6 Uhr.

7 tägige Gesellschaftsreise nach
Kopenhagen u. Kullen
 vom 13. bis 20. Juni 1914 (Schweden) Preis 80 M.
 Sämtl. Eisenbahnfahrten (D-Zug 3 Kl.) Dampfer- und Motorbootfahrten, Besichtigungskosten, Logis u. vollständige Verpflegung in ersten Hotels.
Ausführliche Prospekte u. Anmeldungen bei P. Horsch, S. Engelster 15, W. Schröder, NW, Waldstr. 35, G. Buschhardt, W. Bülowstraße 88, O. Prochnow, Neukölln, Hermannstr. 60, W. Bulau, Treptow, Krüllstr. 1, oder direkt durch das
Reisebureau „Nordland“, Neukölln, Hermannstr. 176.
Meldeschluß 3. Juni.

Charlottenburger Liedertafel
 (M. d. D. A.-S.-B.) Gut Berlin und Umgegend
 Chorleiter: Herr Friedrich Seiffert.
 Sonntag, den 31. Mai 1914 (1. Pfingstfeiertag) im Vergnügungspark Jungfernheide, Charlottenburg, Tegelerweg 74-75
Frühkonzert
 Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester (Direktor Franz Hoffelder) sowie Frauen- und Männerchor der Charlottenburger Liedertafel. — Eintritt 25 Pf. — Kassenöffnung morgens 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. — Bei ungünstiger Witterung ist das Konzert im Saal.
 Bahnverbindung 5 Minuten vom Ringbahnhof Jungfernheide. Straßenbahnlinien bis Jungfernheide mit der 18, 54 und 164. Auto-Omnibusverbindung vom Wilhelmplatz aus.

Sängerchor Wedding (Chorm.) (Emil Thilo)
Mädchen- u. Frauenchor „Norden“ (Chorm.) (Fr. Bothe)
 M. d. D. A.-S.-B.
 Sonntag, den 31. Mai 1914 (1. Pfingstfeiertag):
Früh-Konzert
 im Konzertpark des Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhauses, Chausseestraße unter Mitwirkung des Neuen Berliner Blas-Orchesters (Dir.: Berth. Bothe).
 Oeffnung des Gartens früh 4 Uhr. Konzertbeginn 5 Uhr.
 Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Café Weddingpalast
 Müllerstr. 182-183
 täglich grosses Künstler-Konzert.
 Anfang 4 Uhr.
 Inh.: C. Sittsamstein.

Luna-Park
 Täglich großes Doppel-Konzert.
 Die Berg- u. Talbahn ist eröffnet.
 Wirtschaftsbetrieb: Bernhard Hoffmann.
 Entree 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
 1. u. 2. Pfingstfeiertag
Große Früh-Konzerte
 2. Pfingstfeiertag: Sommerfest d. Männerges.-Vereins M. d. D. A.-S.-B. Dir. Thilo.
Namenlos. Vokal-Konzert u. Tonkünstler-Orchester.
Spezialitäten-Vorstellung.
 U. a.: Die Truppe Blackwells vom Zirkus Busch.
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Mentes Volksgarten
 Berlin, an der Landsberger Allee, Röderstr. 28/29
 Heute Sonntag sowie jeden Sonntag:
 Gr. Konzert Spezialitäten Ball
 Stelle Gewerkschaften, Vereinen Konzert, Spezialitäten an allen Tagen, auch Sonntags, bei Abhaltung von Festen vollständiges Programm gratis!
Ausschneiden! 4 verstellte Plätze gratis!
 Kaffeeküche, Volkbelustigungen, 3 Bühnen, 20 000 Sitzplätze.

Deutsches Stadion Grunewald
 Pfingstsonntag und mittig 4 Uhr
 Friedrich Wilhelm Göbel
 der Erfinder der
rad- u. gleislosen Eisenbahn
 seine aussergewöhnliche Fahrt über eine turmhohle Pyramide von 50° Steigung unternehmen. 235/1

Walhalla-Theater.
 Weinbergsweg 10/20.
 Gastspiel des Rollen-Theater-Ensembles.
 Zum ersten Male:
Zwischen Himmel und Erde.
 Illustriertes von Ernst Landl.
 Bucher: Ein Paar Domeshöhen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Morgen u. folg. Tage: Derselbe Stoff.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Herr Direktor Kuhlike
 Burleske von Reysel.
 Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
er Luftturner.
Das Karnickel.
Das Erdbeben.

Schweizer-Garten
 Am Friedrichshain Nr. 20/22.
 Heute:
Konzert, Theater und Spezialitäten.
Im Saale: Ball.
 In den Wochenenden ist das Stabliement an Vereine zu vergeben.

Sommertheater Urania,
 Wrangelstraße 11.
Spezialitätentheater
 und Kino im Garten.
 2000 Sitzplätze. 2148*

Elysium
 Landsberger Allee 40/41.
Täglich: Konzert, Ball, Spezialitäten Franz Sobanski.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
 Vereine: Saal u. Garten gratis.

Schwarzer Adler
 Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.
Eröffnung der Sommer-Saison
 Donnerstag, den 21. Mai 1914.
 Großes Konzert und Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten nur hervorragender Künstler.
 Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert und Vorstellungen.
 Nachmittags sowie täglich das große Pfingst-Programm.

Arminius-Hallen, Moabit
 Bremer Straße 72-73. Telefon 186.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. **Schneidige Ballmusik.** Anfang 4 1/2 Uhr.
 Avis! Große und kleine Säle mit Bühne, Vereinszimmer und 2 Kegelbahnen noch frei.
Max Schölzel.

Seebad Reinickendorf.
 Größtes Vergnügungs-Etablissement des Nordens, 1000 Sitzplätze, hundertjähriger Park, am herrlichen großen Schäfersee gelegen, Ruderboote, Kegelbahnen, Volkbelustigungen aller Art, große Saale stellen den geschätzten Vereinen zur Abhaltung größerer Festlichkeiten und Versammlungen Sonntag sowie auch Werktags gratis zur gef. Verfügung.
A. Raasch, Telefon Reinickendorf 3064.
 Einige Sonntage, Sonnabende und Pfingstfeiertage frei.
 Bequeme Fahrverbindung: Linien 32, 35, 41.

Zirkus Busch.
 Gastspiel des Deutschen Theaters
 Direktion: Max Reinhardt
Das Mirakel
 68/10*
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim.
 Preise der Plätze von 1-10 M.

Berliner Prater-Theater
 Saffarier-Allee 7/3.
 Während der Saison:
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
 Im Saale: **Großer Ball.**
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Eröffnung der Sommer-Saison 1. Pfingstfeiertag.

Neue Welt
 Arnold Scholz, Saffarier-Allee 108/114.
 Heute Sonntag:
Großes Extra-Konzert u. Variété-Vorstellung.
 Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
 Im Neben-Saal:
Großer Ball.

Alhambra
 Wallner-Theater-Strasse 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zameitat.

Berliner Uik-Tric
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74/6

Öffentliche politische Versammlungen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Dienstag, den 26. Mai 1914,
abends 8 Uhr:

Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

- Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
- Urania, Wrangelstr. 10/11
- Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29
- Clytium, Landsberger Allee 40
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23
- Prater-Theater, Kastanienallee 7-9
- Kastanien-Waldchen, Badstr. 15/16
- Germania-Säle, Chausseestr. 110
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24

- Charlottenburg: Volkshaus, Kojinenstr. 3
- Schöneberg: Neue Rathausäle, Meiningen Str. 8
- Neukölln: Neue Welt, Hasenheide 108-114 (neuer Saal)
- Lichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee
- Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102
- Weißensee: Schloß Weißensee, Berliner Allee 205-210

Tagesordnung:

Preussische Minister u. Dreiklassenschmied.

Referenten:

- Landtagsabgeordnete: Otto Braun, Konrad Haenisch, Adolf Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Otto Hue, Dr. Karl Liebknecht, Heinrich Ströbel.
- Reichstagsabgeordnete: Otto Buchner, Dr. Oskar Cohn, Georg Davidsohn, Hermann Käppler, Daniel Stücklen, Fritz Zubeil.
- Parteiordnungsmitglieder: Friedrich Bartels, Hermann Müller, Luise Zieh.

Die Genossen der übrigen Vororte werden zu diesen Versammlungen eingeladen.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1209, 9714, 185.

Montag, den 25. Mai 1914:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Prachtsäle Nordwest, Wickestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Kojinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinisdorf, Eichbornstraße 18, abends 8 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau-Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 Uhr.
- Weißensee: Prälaten, Seiberstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 6), abends 8 1/2 Uhr. — Vortrag des Genossen Dr. R. Breitscheid.
- Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Schellhases Festsäle, Abornstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick und Friedrichshagen: Restaurant Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 41, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschöneeweide, Niederschöneeweide, Johannishal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneeweide, Wilhelmshofstr. 41a, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Dertz, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Versammlung der Chirurgischen Branche fällt im Monat Mai aus!

119/1

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Am Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr, finden in allen Bezirken in den bekannten Lokalen Versammlungen statt. — Das Erscheinen aller Kollegen erwarten Die Obleute.

Achtung, Delegierte!

Die Generalversammlung des Zweigvereins findet am Sonntag, den 7. Juni d. J., vormittags 9 Uhr, im Saal I des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, statt. Der Zweigvereinsvorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Neukölln.

Bekanntmachung.

I. Satzungsänderung.
(Beschluss von der Mitgliederversammlung am 16. Februar 1914.)
Der § 50 Absatz III der Satzung erhält folgenden Inhalt:
„Falls die Zahlung der künftigen Beiträge innerhalb 5 Tagen nach erfolgter Zustellung der Rechnung nicht erfolgt, wird das Inanspruchsetzungsverfahren eingeleitet.“
Der § 105 Absatz IV der Satzung erhält folgende Fassung:
„Die Kündigung oder Entlassung der Angestellten, die der Dienstordnung unterliegen, darf vorbehaltlich des § 254 Absatz 6 der Reichsversicherungsordnung, nur auf übereinstimmenden Beschluss der Arbeitgeber und der Betriebsrat im Vorstand, kommt aber ein solcher Beschluss nicht zustande, auf Beschluss der Vorstandsmehrheit mit Zustimmung des Vorsitzenden des Versicherungsausschusses ausgesprochen werden; nach fünfjähriger Beschäftigung darf sie nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen.“

Genehmigt
Charlottenburg, den 9. Mai 1914.
Königliches Oberverwaltungsamt
Groß-Berlin.
Gen.: v. Goltzschell
(Siegel)
Sichernde Satzungsänderung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Neukölln, den 23. Mai 1914.
Der Kassenvorstand.
Geschwäher, Vorsitzender.
Ritter, Schriftführer.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-3, Sonntags 9-11.

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß, eigenes Stofflag. Per Kasse. Bestermäßigung.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Lehr SW 47, Treibschiffstr. 47, an der
Vollendungsstr. u. Tempelhofer Feld.
Auf Wunsch komme ich mit Mutter.

Knabenanzüge

in Kammergarn, Ebenholz, Suedlin.
Dr. Aus-Knaben-Waschanzüge
wahl in
zu außerordentl. billigen Preisen
direkt in der Fabrik
Bertha Prösel
50 Adreassstr. 50, I. Etage.
Kein Baden.

Fabrikräume

zu vermieten, große u. kleine, Fahr-
stuhl, große Öfen, für jeden Betrieb.
— Kilowatt 10 Pf. — Grundstück,
nach zwei Straßen, auch zu ver-
kaufen. 71/00*

Weißensee (Tel. 92),
Langhausstraße 4 (Antonplatz).

Kranzspenden

sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 60, Tel. 301.7203

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen!

Rahmenmacher!

Montag, den 25. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht über die Kasse. 3. Bericht über die erste und zweite Generalversammlung. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Bürstenmacher!

Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in Hermels Lokal, Holzmarktstr. 21.
Tagesordnung:
1. Bericht von der letzten Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Stellmacher!

Achtung! Donnerstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11 u. 12.
Tagesordnung:
1. Bericht von der außerordentlichen und ordentlichen Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Kommission.

Stegdecken

größte Auswahl, billigst; auch Ausarbeiten alter Stegdecken.
Bernhard Strohmandel,
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Uelm Vorzeigen dieses Inserates 4 uCT. Rabatt.

Damen sparen Geld!

6 Ulster Staubmäntel Kindermäntel Mark Sport-Paletots	Kostüme engl. Art Sport-Paletots Popeline-Mäntel Loden-Capes	9
Elegante Modelle 12 „Kostüme, Mäntel“ Tuch, Etonne, Preis Etamine und Moiré		
Spezialität: Extraweiten für starke Damen.		
12 Popeline-Mäntel Kostüme auf Seide Alpaka-Mäntel Mark Moiré-Blusen	Tuch-Mantel Kostüme-Kinotot Mohair-Mäntel Soidon-Paletots	15

Max Mosczytz, Berlin C, Landsberger Str. 59, eine Treppe, am Alexanderpl.
Sonnabends jetzt den ganzen Tag geschlossen. Achtung! Achtung! Achtung!
Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

Teilzahlung 50 Pf. an

klappstuhlwagen, Kinderwagen, Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Wäsche, Portieren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Spiegel, Betten, Uhren, Zithern, Grammophone

F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, nur 1. Etage.

Herren-Konfektions-Engros-Geschäft

verkauft direkt an Private nur bis Pfingsten
Herren-Anzüge Wert bis 30.— von 13.75 an.
Ferner einen großen Posten Barschen u. Jünglingsanzüge
Hoher Steinweg 1, a. d. Königstr. — Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.
Vorwärts-leser erhalten 10 Proz. Rabatt in bar.

Vertrieb v. Erzeugnissen sächs. Gärten-Fabriken

Johann Pellot u. Co., Kommanditgesellschaft.

Unser Original-Preise sind verbürgt nur:

- C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Platz.
- S. Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz.
- S. Kottbusor Damm 63, Neukölln, nah Hermannpl.
- C. Neue Königstr. 61/64, Zentrale und Versand.
- O. Frankfurter Str. 5/6, Ecke Fruchtstraße.
- O. Niedorbarnimstraße 13, Ecke Boxhagenor Straße.
- O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.
- N. Schönhauser Allee 83, nah Hochbahnst. Nordring.

Gärten-Reste Einzelne Fenster
Künstler-Gärten, bunte Etamine-Garnituren, Bettdecken
ganz besonders preiswert.
Spezialhaus allergrößten Stils mit Einzelverkauf.

Aufruf!

an alle, die sich mit Meinem Einkommen stets gut und modern kleiden wollen. Ueberzeugen Sie sich, daß die seit 25 Jahren als reell bekannte Firma des Schneidermeisters A. Ringel jedem Gelegenheit bietet, sich mit reeller, fertiger Garderobe für billiges Geld zu versehen.

Anzüge, Paletots, Ulster 22.—, 25.—, 28.—, 33.— M.
Extra-Anfertigung 36.—, 39.—, 44.—, 49.— M.

Abonnement und Verleihung sämtlicher Herren-Bekleidung. Verliehen gewasene Garderobe und Modelle, von Maßschneidern gearbeitet, werden billigst abgegeben.

A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31.

Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß
Champagne, 1.10 an.
Schönhauser
Migge, Allee 146a.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfge.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr,
in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstage.
2. Kassenbericht.
3. Berichtedenes.
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen der Kollegen beider Sektionen ergeht
Die Ortsverwaltung.

Sommer-Kostüme

aus Waschstoffen, in
aparten Ausführungen

12⁷⁵ 18⁷⁵
27⁵⁰ 36⁰⁰

Hermann Tietz

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Sommer-Kleider

aus weissem Waschvolle
hochaparte Fassons

8⁷⁵ 12⁷⁵
18⁷⁵ 29⁵⁰

Preiswertes für das Pfingstfest

Damen-Blusen

Blusen aus Pr. Crêpe Millefleur mit Ripskragen u. Aufschlägen	2 ⁹⁰
Blusen aus Waschvolle, halsfrei, mit schönen Einsätzen und Vorderschluss	2 ⁹⁰
Blusen aus prima Waschvolle, mit grossem modernen Kragen und Einsätzen	3 ⁹⁰
Blusen aus besticktem Voile, lose Form, Vorderschluss	4 ⁵⁰
Blusen aus besticktem Voile, in verschiedenen neuen Fassons	5 ⁹⁰
Blusen aus Pr. Waschvolle, moderne Westenform m. Ripseinsatz	7 ⁹⁰
Blusen aus Pr. besticktem Voile mit modernen hochstehenden Glasbatistkragen	9 ⁷⁵
Blusen aus feinem Waschvolle mit handgesticktem Vorderteil	11 ⁷⁵

Kinder-Garderobe

Stick.-Kleidchen weiss, 45 bis 60 cm lang	2 ⁹⁰	3 ⁵⁰	4 ⁹⁰
Kittel-Kleidch. weiss und bunt, dar. Matr.-Form für Knaben	1 ⁷⁵	2 ²⁵	2 ⁹⁰
Matros.-Kleider weiss und bunt, amerikan. Form, 65-70 cm	6 ⁵⁰	7 ²⁵	8 ⁰⁰
Voile-Kleider weiss, m. Stick, 65-70 cm	8 ²⁵	9 ⁵⁰	10 ⁷⁵
Spiel-Anzüge für 2 bis 5 Jahre	95 Pl.	1 ⁹⁵	2 ⁷⁵
Kittel-Anzüge für 2 bis 4 Jahre	1 ⁷⁵	2 ⁷⁵	3 ⁷⁵
Matros.-Anzüge für 3 bis 5 Jahre	95 Pl.	1 ³⁵	1 ⁹⁰
Matros.-Anzüge aus Kadettstoff, Amer. od. Kieler Art, 3-5 Jahre	4 ⁰⁰	5 ⁰⁰	6 ⁰⁰



Genossenschaft Berl. Bandagisten

50 16, Köpenicker Str. 95 b
zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Plattfüßeinlagen, Gummiwaren,
Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

:: :: Lieferung aller Krankenkassen Berlins und Vororte, :: ::
des Verbandes der Hausarztvereine und der Konsum-Genossen-
schaft Berlin und Umgegend. 104/9*

Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.



Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Persil

wäscht und schont
Spitzenwäsche

Henkel's Bleich-Soda

Pfingst-Sonder-Angebot!

Garderobe

auf Teilzahlung

Anzüge	Paletots
1 Anzug 18 Mark, Anzahlung 3 Mark	1 Paletot 30 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Anzug 25 Mark, Anzahlung 4 Mark	1 Paletot 35 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Anzug 30 Mark, Anzahlung 5 Mark	1 Paletot 45 Mark, Anzahlung 8 Mark
1 Anzug 45 Mark, Anzahlung 9 Mark	1 Paletot 50 Mark, Anzahlung 11 Mark

Cutaway mit gestreifter Hose, Gehrock-Anzüge etc.
kolossale Auswahl am Lager. Wochenrate nur 1 Mark.

Gratis! Jeder Herr erhält beim Einkauf einen eleganten Hut sofort **gratis!**

Damen-Garderobe

1 Mantel 15 Mark, Anzahlung 2 Mark	1 Kostüm 28 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Mantel 25 Mark, Anzahlung 4 Mark	1 Kostüm 40 Mark, Anzahlung 7 Mark
1 Mantel 35 Mark, Anzahlung 6 Mark	1 Kostüm 60 Mark, Anzahlung 10 Mark

Sportjacken in großer Auswahl. Blusen und Röcke, Anzahlung 3 Mark.
Letzte Saison-Neuheiten. Wochenrate 1 Mark.

Gratis! Jede Dame erhält beim Einkauf eine moderne Handtasche **gratis!**

Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen.
Ausbezahlte Kunden und Beamte

Ohne jede Anzahlung!

M. Beiser, Lothringer Straße 67

am Untergrundbahnhof Schönhauser Tor.

Heute Sonntag von 8-10 u. 2-6 Uhr geöffnet.